

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wochenblatt 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsgehaltene Kolonne
eine oder deren Raum 40 Pfg., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen, sowie
Arbeitsmarkt 20 Pfg. Insetate für die
nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 16. Februar 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Halensee Baukatastrophe

wird von unserer in der Ausbeutung sensationeller Einzelfälle
sonst so eifrigen reaktionären Presse in peinliches Stillschweigen
eingefahrt. In anderen Fällen hätte man sofort nach einem
Gelegenheitsgesetz geschrien — hier hat man sich mit der
Wiedergabe der möglichst gefälschten und gefälschten Reporter-
berichte begnügt, ohne die mindeste kritische Aktion an das
traurige Ereignis zu knüpfen.

Die Leute haben ihre triftigen Gründe zu dieser bei
ihnen ganz ungewohnten Enthaltbarkeit. Denn — bei ihrer
frommen Lebensanschauung — hätten sie in dem fürchtbaren
Unglück geradezu ein — Gottesgericht gegen die Zuchthausvorlage
erkennen müssen. Denn um einen von den organisierten
Arbeitern gesperrten und von Arbeitswilligen
aufgeführten Bau handelte es sich. Das Geschehniß ist
eine weithin hallende Mahnung, wie wichtig es ist, daß es
nicht nur unter allen Umständen Arbeitswillige giebt,
sondern auch Arbeiter, die höhere Interessen und Pflichten
der Gemeinschaft anerkennen, als die unbedingte Flügigkeit
dem Unternehmeregöismus gegenüber — um fargen Lohnes
Willen.

In der Organisation liegt auch ein starkes Moment der
technischen Betriebsicherheit und damit eine nicht hoch genug
zu werthende Leistung für die Gesamtheit. In der an-
archistischen Zerstückung der arbeitswilligen Streikbrecher hin-
gegen liegt eine Quelle der Verdrohung von Leben und
Gesundheit der Gesellschaft, ein kulturfeindliches, niederziehendes
Element der Volkserbitterniß.

Das ist die Lehre jener Baukatastrophe, und darum
schweigt man ringsum im Mäntelwald, so weit die „Roune“
der Kulturschädlichkeit in ihm haust.

Zu diesem Unglücksfall wird uns noch eine Episode mitgeteilt,
die für das moderne Bauwesen recht bezeichnend ist.

Als im Oktober vorigen Jahres auf dem Bau des Herrn Walter der
Streik ausbrach, weil die bisher dort beschäftigten organisierten
Maurer dem Unternehmer nicht genug schauten, gingeinige Mitglieder
der Lohnkommission zum Bauleiter, um, wenn irgend möglich,
die Angelegenheit in Güte zu regeln. Herr Walter empfing die
Deputierten mit jener heute in konservativen Unternehmertreuen allein
als mustergerichtig anerkannten Schneidigkeit. „Ich kenne keine
Lohnkommission“, war seine Antwort, „wenn die Arbeiter
nicht wollen, wie ich will, haben sie sich von meinem Bau
herunterzuziehen.“ Velmächtig ganz der Standpunkt, den
die Herren Felisch, Stumm und Konsorten vertreten und so
stump als Wahrung der gottgewollten Autorität des
„Vroherrn“ bezeichnen. Der Arbeiter hat sich wie ein Stroh Vieh dem
Willen des Unternehmers unterzuordnen. Ja, eigentlich hat
er nach staatsverhaltender Anschauung sich noch um einige Stufen
erhöhtlicher als das Vieh zu stellen, das doch bei allzu grüßlicher
Anschuldigung die Hilfe des Thierschutzvereins für sich hat und sich
sogar ziemlich ungestraft wehren darf. Ein Verfahren, das dem
Arbeiter unter Umständen eilige Jahre Zuchthaus einbringen
würde.

Wir theilten am Dienstag bereits mit, daß die Behörde sich
völlig ohnmächtig zeigte, als es gegolten hätte, rechtzeitig Schutz-
maßnahmen zu Gunsten der am Bau beschäftigten Arbeiter zu
treffen. Desto eifriger war sie auch in diesem Falle im Spenden
von Schutz an dem Mann, der in so frevelhafter Weise den Tod
der vier Arbeiter verschuldet hat.

Die Siderheitsorgane der Behörde brachten es damals fertig,
in der Angelegenheit des Streiks am Bau Ringbahnstr. 121 nicht
weniger als fünf Maurer vor das Strafgericht zu
bringen. Was hatten diese fünf Verbrecher gethan? Hatten
sie Arbeitswillige vergewaltigt, hatten sie, wie es der
geschätzte Unternehmer Walter einige Monate später that, in ihrem
Fanatismus gar das Leben ihrer Mitmenschen frevelhaft zu
Grunde gerichtet?

O nein, nichts von alledem! Sie hatten in Ausübung ihres
bischen Koalitionsrechts — Streikposten vor dem Bau ge-
standen und waren dafür mit Anklagen wegen Verübung
groben Unfugs bedacht worden!

Die Wiltstäter, die in ihrem Frevelmuth ein ihnen gesetzlich
zustehendes Recht zu benutzen geragt hatten, wurden in erster
Instanz richtig verurtheilt, von der Strafkammer aber sämmtlich
freigesprochen.

Wo die Organe des Staates so eifrig auf dem Posten waren,
um den Unternehmer selbst vor scheinbaren Unthun zu schützen,
muß es jeder wahrhaft Outgesunnte völlig in der Ordnung finden,
daß für genügende Inspektion des Baues, für die Sicherung
des Lebens der verunglückten Proletarier keine Zeit vor-
handen war.

Muß nicht auch jeder Ordnungsmann einsehen, daß der Ab-
geordnete Ring-Düppel recht hatte, als er gestern im preussischen
Landtage verlangte, die Regierung solle in die Arbeiter-
verbände, die sich vermessen, Leben und Gesundheit ihrer An-
gehörigen gegen die Profitgier zu schützen, einmal ganz ge-
hörig Presse schreien? Drecht schreien natürlich im
Sinne des Schießerlasses mit Achtmillimeter-Geschossen.
So löst man, wohl nach Ansicht des Herrn Ring, am einfachsten und
zeitgemähesten die soziale Frage!

Dresdener Zuchthauskurs.

Das „Großenhainer Tageblatt“ bemut das Urtheil
im Lübbauer Falle zu einer eigenartigen Verleumdungssatze. Es
behauptet, der Genosse Rechtsanwält Wolfgang Heine, der als Ver-
theidiger fungierte, habe keine Revision gegen das Urtheil eingeleit, um
Parasitenart zu schaffen. Es bedarf keines Wortes darüber, daß das
eine unvernünftige Erfindung ist; abgesehen davon, daß niemand dem
Genossen Heine oder der Sozialdemokratie eine solche Karikatur
zutrauen wird, so vertheidigte Heine auch nur 3 von den 9 Ver-
urtheilten; die übrigen, die sich ebenfalls bei dem Urtheil

berühigt haben, wurden durch nichtsozialdemokratische Anwälte
vertheidigt, die doch wahrhaftig kein Interesse haben konnten,
die Sozialdemokratie zu fördern.

Noch weniger lohnt es sich, ein Wort zu der unfürsinnigen Aus-
lassung einiger Blätter zu sagen, daß Heine „Schreien“ im Gerichts-
saal gehalten und dadurch die Richter gereizt habe, welche Be-
hauptung, wenn sie wahr wäre, ja vor allem für die Richter höchst
kompromittirend sein würde.

Immerhin ist auch in Parteikreisen die Frage erörtert worden,
weßhalb die Angeklagten auf Rechtsmittel verzichtet haben; man hat
angedeutet, die Verteidiger hätten die Angeklagten in dieser Be-
ziehung ohne Rath gelassen, und diese seien am folgenden Tage
von den Beamten zur Annahme der Strafen bestimmt worden. Nach
unseren Erkundigungen trifft dieser Vorwurf weder gegen den
Genossen Heine noch gegen die übrigen Verteidiger zu.
Alle haben noch unmittelbar nach der Urtheilsverkündung
mit ihren Klienten gesprochen. Heine theilt uns mit,
daß er seine Ansicht dahin ausgesprochen habe, das Urtheil
erwarte ihm nicht mit Aussicht auf Erfolg ansehbar.
Urtheile von Geschworenengerichten enthalten eine eigentliche Be-
gründung nur über die Frage des Strafmaßes, diese aber kann
nicht Gegenstand der Revision sein, wenn sich die Strafe
innerhalb der vom Gesetze zugelassenen Grenzen hält. Sämmt-
liche Beweisurkunden hatte das Gericht stattgegeben, Mängel der
Fragestellung lagen nicht vor.

Heine hielt es angehts der Thatsache, daß eine erfolglose
Revision die Untersuchungshaft um Monate verlängert haben würde,
für seine Pflicht, seine Ansicht darüber nicht zu verhehlen.

Gerade dieser Fall beweist, welcher Art die „Rechtsgarantien“
sind, die in unserer Verfassung selbst liegen. Vor solchen Schwur-
gerichts-Urtheilen, wenn sie einmal gefällt sind, giebt es in der That
kein Entkommen.

Die reaktionäre Presse fährt fort, in ihrer Weise der allgemeinen
Erregung über das Urtheil des Dresdener Gerichts dadurch zu be-
gegnen, daß sie ihr gesammtes Heer von Verleumdungen wider die
Sozialdemokratie mobil macht.

Den Eisleberer Fall erwähnt niemand. Nur die „Post“ spricht
von ihm heillosig als einer „Prügelei“, natürlich ohne ein Wort
von dem gerichtlichen Erkenntniß mitzutheilen. Jetzt wissen wir also,
wie „Prügeleien“ beschaffen sein müssen, um die Achtung der Stimm-
linge zu gewinnen. Augenblicks-Grüsse in der Trunkenheit
erscheinen ihnen so wenig großartig, daß sie gerade um ihrer
Geringfügigkeit Willen mit 33 Jahren Zuchthaus bestraft werden
müssen. Sungen, wohlzubereitete Massenüberfälle mit den ge-
fährlichsten Waffen und der brutalsten Hohnheit, das sind Prügeleien,
die der „Post“ gefallen — wenn die Opfer nämlich Sozialdemo-
kraten sind.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Februar.

Der Reichstag

widmete der Berathung des Invalidengesetzes einen
dritten Tag, und es ist fraglich, ob auch nicht die morgige
Sitzung noch ganz wird in Anspruch genommen werden. Die
Quantität muß bei den meisten Reden die Qualität erziehen.
Zunächst ergriff heute der süddeutsche Volksparteiler Bayer
das Wort; er verurtheilte die „Theilerei“ zu Gunsten der
Herren Agrarier und forderte Selbstverwaltung der Berufs-
genossenschaften. Ihm folgte ein Landrath, der Löbell
heißt, und seine Landrathsstimme in Landrathstheise und nach
Landrathschablone so kräftig ertönen ließ, daß ihm am
Schluß ein: Gut gebrüllt, Löbell! lohnte. Inzwischen
hatte Staatssekretär von Rosadowsky sich Material
für eine Antwort auf die gestrige Kritik Köfide's
beschafft und hielt eine lange Rede, die freilich Herrn
Köfide nicht überzeugen konnte. Nach dem Staatssekretär
erst der Zentrumsmann Herrmann, dann der Sozial-
demokrat Genosse Wurm wies in einstündiger Rede die
gegen Molkenbuhre vorgebrachten Einwürfe und Angriffe
juridisch und gerpflückte die Gesetzesvorlage in all' ihren Theilen.
Besonders wirksam war sein Nachweis, daß die Arbeiter-
versicherung gar keine Sozialreform ist, sondern nur eine
Mahnregel des Armenwesens, und daß mit diesem Gesetz den
Junkern abermals eine Viebesgabe gestiftet werden soll. Der
nationalliberale Dortmunder Bergwerksdirektor Hilb hielt
hierauf eine Stumm-Rede und sang ein Loblied
auf die Anknappschaffstassen, worauf ein Regierungs-
kommissar Rodike sehr schwach gegen Wurm plänkelte.
Schließlich schwang der Elässer Hauf sich zu einem
poetischen Erguß mit unbestimmter Tendenz auf, und
als letzter Redner der heutigen Sitzung betrat Genosse
Sachse die Rednertribüne. Er stellte die Schönfärberei
Hilb's bezüglich der Anknappschaffstassen in das richtige Licht.
Sachse ist selbst Bergmann und hat die Segnungen der
Anknappschaffstassen, die zu Unterdrückungsmitteln geworden sind,
am eigenen Leibe erfahren. Nach Annahme eines Vertagungs-
antrags benutzte Herr Liebermann v. Sonnenberg
noch in aller Eile die Gelegenheit, um zu zeigen, daß er die
Geschäftsordnung nicht kennt, und das Dresdener Zuchthaus-
Urtheil bewundert. Geschleht den Dresdener Richtern und Ge-
schworenen recht!

Morgen: Fortsetzung der Debatte. Interpellation
Johannsen.

Das Parlament der Scharfmacher.

Seit Jahren schon ist der preussische Landtag die Stätte, wo
alle reaktionären Pläne, alle Attentate auf des Volkes Rechte und
des Volkes Freiheiten von den hochmüthigen Junkern und Junker-
genossen erkoren und gepflegt werden. Hier wurde der Staats-
streich gepredigt, der dem allgemeinen Wahlrecht ein gewaltsames

Ende bereiten sollte, von hier gingen die Angriffe auf die Freizügig-
keit aus, hier wurde der Versuch gemacht, unter Umgehung des
Reichstages ein neues Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie
zu schaffen, hier predigte Miquel unter dem Namen der „Politik der
Sammlung“ den Deutzug gegen das arbeitende Volk. Kein
Wunder, daß auch jetzt wieder die Agenten des Königs Stumm hier
ihre Unwesen treiben und die Tribüne des Abgeordnetenhauses be-
nutzen, um ihrer Klage darüber Ausdruck zu geben, daß die in
Aussicht gestellte Zuchthausvorlage immer noch nicht an
den Reichstag gelangt ist. Es ist ja nicht das erste Mal, daß der
preussische Landtag die deutsche Reichsregierung zu beeinflussen sucht.

Die Vertreter eines vor den Thoren Berlins gelegenen Kreises,
des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, die Herren
Ring und Felisch, hatten sich würdig gefühlt, gemeinsam die
Arbeit zu verrichten, der Stumm im Reichstag mit so gewaltigem
Erfolg obliegt. Und der Doppelschleiffstein wurde in der preussischen
Landrathskammer mit solchem Ungeßüm gedreht, daß die Funken
flogen und sogar Herrn v. d. Mede erlenketeten. Oder ging die
Erleuchtung von dem Minister aus, und leisteten die Charlottenburger
bestellte Arbeit?

Fast scheint es so. Denn Herr v. d. Mede fand sofort eine
Antwort und trug sie sogar flehend vor. Für diese Wahrscheinlichkeit
spricht auch vor allem die Entrüstung des Abg. Ring, der, als
ihm von anderer Seite vorgehalten wurde, er leiste bestellte Arbeit,
diesen Vorwurf als eine Insamie bezeichnete und hinzusetzte, daß
man damit sagen wolle, er sei — Polizeispitzel! Da Herr v. Mede
zufällig nicht präsidirte, sondern der Vizepräsident Hrbr. v. Heereman,
so wurde Herr Ring zur Ordnung gerufen. Im Ubrigen erzählte
der Oberamtmann Ring mit rührender Anbetheit dem hohen Hause
schauerhafte Ausergesichten vom sozialdemokratischen Terrorismus.
Wir würden unseren Vekern einen Genuß entziehen, wenn wir diesen
echten Ring nicht in seinem ganzen Umfang dem Parlamentsbericht
des „Vorwärts“ einverleiben. Das ist die geistige Höhe unserer
Begier!

Von demselben arbeiterfeindlichen Bestreben diktiert war die
Rede des Abg. Felisch, auf dessen Anregung das zu erwartende
Gesetz zum Schutz der „Arbeitswilligen“ zurückzuführen ist. Unter-
hoben gab Felisch seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß es im
Deutschen Reich noch einige Orte gebe, wo das Streikpostenflehen
nicht bestraft wird, und er verlangte, daß das Streikpostenflehen
unter allen Umständen als grober Unfug ausgelegt wird. Hoffentlich
verheilen die Gerichte diesen Wund.

Daß der Polizeiminister v. d. Mede die beiden Stimmlinge
öffentlich lobte und ganz in ihrem Sinne über den Arbeiterterrorismus
klagte, dem gegenüber die Polizei machtslos sei, versteht sich von
selbst. Er kündigte offiziell die in Aussicht gestellte Zuchthausvorlage
an, die dem Kollegen Rosadowsky so schwere Sorgen macht, so weit
in unserer verquälten Zeit ein Minister Mühe für Sorgen hat.

Anerkennenswerth war es, daß zwei Mitglieder der freisinnigen
Volkspartei, Dr. Hirsch und Goldschmidt den Herren Ring
und Felisch mit Entschiedenheit gegenübertraten.

Die Nationalliberalen und das Zentrum verfielen nicht über
den Rath, sofort bei dieser ersten sich bietenden Gelegenheit gegen
die Verleumdung des Koalitionsrechts Protest zu erheben, wenn
sich auch ein Zentrumsmann für die Organisation der Arbeiter durch
die — reaktionären Parteien ansprach.

Im Abgeordnetenhaus reden die Junker von der Dreschmaschine
und dem Hohenofen nebst ihrer beamteten Vetterschaft, wie ihnen der
Schmabel geschmeckt ist. Darin besteht der unvergleichliche Werth
dieser Verhandlungen!

Die seckranke Regierung.

Unsere Regierung bietet gegenwärtig, nach den Schilde-
rungen der bürgerlichen Presse, das ergreifende Bild einer
annuthig hilflos halb über Bord gelohnten Mannschaft, die
erst übermüthig geschaukelt hat, der eine nach links, der andere
nach rechts, und nun nach Erleichterung von den Folgen solchen
Thuns schmachtet.

Das Schaukeln soll nun eigentlich kein Ergeß des Ueber-
muthes gewesen sein, sondern die Folge einer Kauferei. Die
Leute sollen sich auf dem schwanken Boot in die Haare gerathen
sein, wodurch dann die gefährlichen Schwankungen entstanden.
Hoffe habe durch seinen Vertrauensmann Kügler den Kollegen
Hammerstein anrathen lassen — eine für den formvollendeten
Kultusminister ganz undenkbare Zumuthung. Weiter wird
erzählt, v. Bülow sei mit dem Landwirtschaftsminister zu-
sammengerathen, und was der Geschichtserzählungen mehr
sind, in denen u. A. auch Herrn Miquel als schönlachelndem
Anregter des Zwistes und zugleich völlig seckfestem Steuermann
eine bedeutsame Rolle zugewiesen wird.

Wir sind der Meinung, daß die Presse das Schauspiel
faßlich aufsaßt. Die regierenden Herren befinden sich allezeit
in der verdächtigen Halb-über-Bord-Stellung, und es mühte
eine dauernde Seckrantheit sein, in der sie, gewissermaßen
als in ihrem Normalzustand, leben. Sie sind aber gar nicht
seckranf, sie lehnen sich nur hinüber, um den Stimmen der
Tiefe zu lauschen, sich aus dem Geheimnißvollen bestimmen
zu lassen, in dem dunklen Ungefähr ihres ziellosen Willens,
und, um, wenn es gar zu lockend herausklingt, geräuschlos in
die Tiefe zu verschwinden. . . .

Russische Abrüstung.

Aus Petersburg wird gemeldet:
Das Marineministerium beschloß, sofort nach dem Stapellauf
der neuen drei Kreuzer „Aurora“, „Diana“ und „Pallas“ auf der
Petersburger Werft ein neues großes Panzerschiff zu
bauen. Dasselbe wird 12 000 Tonnen Wasserdrängung und
18 Knoten Fahrtgeschwindigkeit in der Stunde haben.

Deutsches Reich.

Recke's Scharfschieß-Gesetz vor Gericht. Das Manifest der
höchsten Humanität, durch das Herr v. d. Mede v. d. Horst der
Polizei im Umgang mit Menschen das Scharfschießen und Scharf-
haken zur Pflicht machte, darf in seiner Eigenschaft als Staats-

einrichtung nicht verächtlich gemacht werden. Man kann zweifelhaft sein, ob nicht durch die bloße Mitteilung des Erlasses der erwähnte Schrupparaph des Strafgesetzbuchs verletzt wird. Jedenfalls hat die Kritik, die an den Erlaß sich knüpfte, mehrfach auf die Staatsanwälte angesetzt.

So mußte sich am 13. Februar in Erfurt der verantwortliche Redakteur der „*Triebüne*“, in deren dortigen Parteiblatt, Genosse K u d o l p h verantworten, weil er die Staatsanwaltschaft des Herrn v. d. Rede verächtlich gemacht haben soll. Der Staatsanwalt beantragte vier Monate Gefängnis. Der Gerichtshof aber sprach den Angeklagten frei.

Der Präsident führte in der Begründung aus, daß der von der „*Triebüne*“ gebrachte wortgetreue Abdruck des Erlasses dafür bürgte, daß an eine Entstellung von Thatsachen nicht gedacht worden sei. Wenn auch die Kritik eine scharfe sei, so überdies sie doch nicht das Maß des Erlaubten; eine Kritik an sich sei aber nicht strafbar.

Die Magdeburger Justiz hat seiner Zeit den Redakteur Viktorius wegen falscher Auslegung des Erlasses zur vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus dem Lande des Bratens mit Kompost.

In meiner schlesischen Heimat bekommt das Geseinde jedes Mal in der Woche Fleisch, darunter dreimal Braten mit Kompost. So hat Herr Langer, seines Zeichens katolischer Pfarrer, im preussischen Landparlament gelegentlich der Debatte über den Leutenangel auf dem Lande gesagt, und dem noch hinzugefügt, daß das Verhalten der jungen Leute gegen die Herrschaft oft empörend sei.

In einem aus Ostschlesien zugegangenen Briefe wird dieses ländliche paradiesische Bild etwas stark getrübt. Man schreibt uns: Vor ein paar Jahren machten einige zuverlässige Parteigenossen während der Pfingsttage eine Forsttour in dies Pfarrers Langer'sche Schlaraffia und berichteten bei ihrer Rückkunft unter Anderem Folgendes: In einer Hütte, von der das Dach durch den Wind fortgerissen war und deren Hölzer so grobe Nisse hatten, daß man von vorn nach hinten durch und durch sehen konnte, hauste eine ländliche Arbeiterin, die seit zwei Jahren Wittwe war, mit ihren vier kleinen Kindern, das Holzwerk des Daches hatte die Arme als Brennmaterial verbraucht. Die Hütte hätte schon deshalb zum Schneinstall nicht genutzt, weil die Schweine sie gänzlich eingerissen hätten. Diese Frau hatte als einzige Nahrung am hohen christlichen Pfingstfest nur etwas rohe Kartoffeln im Hause, welche ihre Kinder zusammengebettelt hatten, aber kein Brennmaterial, um Kartoffeln zu kochen. Nur einmal hatte die Frau in zwei Monaten 8 M. Unterstüßung bekommen, als sie dann um weitere Hilfe gebeten, waren ihr Worte wie saures Stroh zu theil geworden. Die Frau konnte im Sommer 3 M. pro Woche verdienen, aber im Winter keine regelmäßige Arbeit bekommen und hat im Winter manchmal tagelang als einzige warme Nahrung mit den Kindern nur etwas warmes Wasser mit Salz gehabt.

Andere Dominikarbeiterinnen erzählten, daß sie, und zwar gerade auf den größten Gütern, pro Tag 40 Pf. Lohn erhielten und ihre Männer 85 Pf. bei einer Arbeitszeit von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang. Einige dieser gut katholischen Frauen meinten, daß sie bei ihrem großen Elend bald nicht mehr glauben könnten, daß es einen Herrgott gäbe. In vielen Dörfern und selbst in der auch von Landarbeitern bewohnten Stadt Münsterberg waren die Arbeiterlöhne ohne diesen, nur mit Lehmstücken versehen, ein Holzloß mit einem Brett darauf erlegte den Tisch, ein Bretterverischlag mit etwas Lumpen dahinter die Westseite für die ganze Familie, sonstige Möbel fehlten oft gänzlich. Ein großer Theil des Grundes und Bodens in den Kreisen Frankenstein-Münsterberg ist in den Händen Adliger, allein die gräfliche Familie der Strachwitz soll ca. 20 Güter besitzen.

Auf einem Gute war der Vezier auch Amtsvorsteher und Amtsvorsteher. Derselbe ließ seine Kutsche mit den Pferden morgens antreten und prüfte mit weisbekandshandter Hand die Sauberkeit der Pferde, ließ diese oder die Lanze des Herrn Amtsvorstehers etwas zu wünschen übrig, dann gab es rituelle Rosenmarien, zur Abwechslung auch etwas mit der Reispelze.

In der Gegend hatte ein Amtsvorsteher eine Verordnung erlassen, durch welche Diensthöfen, die sich zwischen Feiertagen und Schlafenszeit, also etwa von 8—10 Uhr Abends, ohne Auftrag oder Erlaubnis der Herrschaft auf der Dorfstraße aufhielten, dieserhalb mit Strafe bedroht wurden.

In der That eine sehr empfehlenswerte Gegend für landwirtschaftliche Arbeiter und Diensthöfen, der Wahlkreis des Herrn Pfarrers Langer.

Redakteur-Razzia. Zu den von uns mitgetheilten Erhebungen über die Verhältnisse sozialdemokratischer Redakteure bemerkt die „*Frankfurter Volksstimme*“:

„Aus gewissen Anzeigen, die wir selbst zu spüren Gelegenheit haben, schließen wir, daß es sich um ein Vorgehen in ganz Deutschland und die Vorbereitung scharfer Verfolgungen gegen bisher noch weniger bestrafte sozialdemokratische Redakteure handelt.“

Vielleicht bereitet man ein Gesetz vor, in der gewisse obligatorische Minimalstrafen für alle sozialdemokratischen Publizisten eingeführt werden, so eine Art vier- bis fünfjährige Gefängnisstrafe mit Zwangsarbeit und Amtsblattentzug.

Erhebungen über die Fleischnoth. Die Ergebnisse der in den Einzelstaaten längst veranstalteten Erhebungen über die Fleischfrage sind, wie gemeldet wird, im Reichsamt des Innern zusammengestellt und nach einheitlichen Gesichtspunkten geordnet. Zur Ergänzung wurden übersichtliche Aufstellungen über den deutschen Viehbestand, die deutsche Ein- und Ausfuhr von Vieh und Fleisch, sowie Angaben über den Seuchenstand herangezogen. Die Veröffentlichung dieses Materials soll demnächst erfolgen.

Zur Förderung der inneren Kolonisation soll, wie in der Hauptversammlung des Ausschusses für Wohlfahrtspflege auf dem Lande am Mittwoch in Berlin mitgeteilt wurde, schon in den nächsten Tagen eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gebildet werden. Gegenstand des Unternehmens, so wird stolz verkündet, soll die Schaffung gesunder Dörfer sein. Wie das erreicht werden soll, darüber fehlen nähere Angaben; es heißt nur: „Man will vor allem das ausdeuterliche Vermittelungsweisen bei Verzeilung und Verlaufen von Landgütern beseitigen.“ Die Verzeilung irgend eines Reingewinns durch die Gesellschaft soll grundsätzlich ausgeschlossen sein.

Schnelle Justiz. Der Chefredakteur der „*Völkischen Zeitung*“, Goldbeck, war wegen Verleumdung des Oberpräsidenten v. Wilamowitz-Möllendorff angeklagt worden. Voreits zwei Tage nach der ersten Vernehmung, am 12. d. M., erhielt Herr Goldbeck die Klageschrift mit der Aufforderung, sich innerhalb eines Tages an der Angelegenheit zu äußern. Herr Goldbeck hat um eine Frist von 5 Tagen, um auf die ausführliche Anklage ausführlich antworten zu können. Er reichte diese Schrift am Samstag dem Gericht ein und schon eine halbe Stunde später hatte er die ablesende Antwort. Heute meldet die „*Völkische Zeitung*“, daß die Hauptverhandlung auf den 21. d. Mts. anberaumt worden sei.

Ein wahres Muster von Schnelligkeit, wie man sieht, ist die Völkische Justiz. Und niemand wird so verneinen, daß die Völkische Justiz nicht ebenso schnell gearbeitet haben würde, wenn etwa der Redakteur den Oberpräsidenten verlegt hätte.

Eine Ehrung. Der neue Oberpräsident von Hessen-Kassau v. Redlich-Trüblichler hat neulich Würzburg besucht. Das Ereignis wurde in sumiger Weise gefeiert. Es wurden an diesem Tage alle städtischen Reusen abgefahrt oder durch Besetzung der Kanäle durch Bomben um 3 Uhr geschlossen.

Es wurde also so eine Art Gottesfrieden herbeigeführt, damit der heilige Tag des hohen Besuchs nicht durch Blut entweiht werde.

Oder ist der neue Oberpräsident überhaupt ein Feind der Ausschreitungen und Nothzeiten auch der — Gebildeten? —

Die freisinnigen Hausagrarier, die den Mund nicht voll genug nehmen können, wenn es gilt, über die Vergehrlichkeit der Vollblutagrarier heranzuziehen, sind genau ebenso habgierig, wenn ihr Geldbeutel in Frage kommt. So hat dieser Tage die Breslauer Stadtverordneten-Versammlung mit 62 gegen 80 Stimmen die Weitererhebung der Schlichtsteuer beschlossen. Die liberalen Hausagrarier sind zu sich, diese schreiend ungerechte Steuer, die eine Durchschnitts-Arbeiterfamilie mit 16—20 M. pro Jahr belastet, auf direktem Wege aufzubringen.

Zum medizinischen Frauenstudium. Bisher ist es jedem einzelnen Universitätsprofessor überlassen, ob er studierende Frauen zu seinen Vorlesungen zulassen will oder nicht. Jetzt liegt es in der Absicht der Reichsregierung, die studierenden Frauen auch zu den ärztlichen Prüfungen zuzulassen, natürlich unter denselben Bedingungen, wie die männlichen Studierenden. In diesen Bedingungen gehört außer dem Nachweis der Maturitätsprüfung der Nachweis über die Dauer des medizinischen Studiums und über den Besuch der vorgeschriebenen Vorlesungen und Kliniken, der durch die Universitätsmatrikel erbracht wird. Hier bestand bisher die Schwierigkeit, daß die studierenden Frauen, die nicht ordnungsmäßig immatriculiert, sondern nur als Gasthörerinnen (Hospitalisten) zugelassen werden, die vorgeschriebene Matrikel behufs Zulassung zu den ärztlichen Prüfungen nicht erlangen konnten. Diese Schwierigkeit soll dadurch behoben werden, daß die Hospitalistenscheine der studierenden Frauen der Matrikel gleichgestellt werden sollen. Geben die Bundesregierungen zu dieser Bestimmung ihre Einwilligung, dann werden die weiblichen Studierenden der Medizin auf Grund ihrer Hospitalistenscheine zu den Prüfungen ebenso zugelassen werden, wie die männlichen, vorausgesetzt, daß sie die zur Zulassung gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen erfüllen. Die Studentinnen haben nur bei der Wahl der Universität sich zu vergewissern, ob sie dort zu dem Besuch der vorgeschriebenen Vorlesungen und Kliniken die Genehmigung der betreffenden Professoren und sonstiger Dozenten erhalten werden.

Ostpreussische Wahlvorgänge. Ein recht interessantes Ereignis hatte ein Bezirk, der dieser Tage vor der Königsberger Strafkammer zur Verhandlung kam. In Dolschhöfen im Wahlkreis Labiau-Wehlen hatte ein Parteigenosse, Arbeiter Becker, am Tage nach der Reichstagswahl zu einem Nachbar gesagt, es sei bei der Wahlhandlung „nicht mit rechten Dingen zugegangen“, es seien für den sozialdemokratischen Kandidaten Rechtsanwalt Hugo Haase mehr Stimmen abgegeben, wie ausgezählt seien. Becker wurde wegen Verleumdung des Wahlvorstandes angeklagt und vom Schöffengericht zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Er legte Berufung ein. Zur Verhandlung vor der Strafkammer waren die gesammten wahlberechtigten Männer des Dorfes als Zeugen erschienen. Davon sagten 27 unter dem Eide aus, daß die Stimmgelbe für Haase abgegeben hätten. Auch der Angeklagte hat für Haase gestimmt. Es müßten also 28 sozialdemokratische Stimmzettel in der Urne gewesen sein. Ausgezählt sind aber nur 24 Zettel für Haase. Der Wahlvorsteher, ein Gutbesitzer Spieß, wußte auf Befragen des Vorsitzenden des Gerichtshofes keine Erklärung für diese interessante Feststellung zu geben. Da noch weitere Wähler für Haase gestimmt haben wollen, wurde die Verhandlung vertagt, damit eine weitere Weisaufnahme stattfinden kann.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Ein Gärtner B. aus Königsberg hatte sich vor der Strafkammer in Rassel kürzlich wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten. Der noch im jugendlichen Alter stehende Angeklagte hatte mit Anderen ein Gespräch über die Palastina-Reise des Kaiserpaars geführt, als er sich im Herbst vorigen Jahres in Rassel in Stellung befand und dabei mehrerbietige Aussetzungen gethan, die vom Gerichtshof als eine Majestätsbeleidigung im Sinne des § 95 des Reichsstrafgesetzbuchs aufgefaßt wurden. In Anbetracht der großen Jugend des Angeklagten ließ es der Gerichtshof bei dem gesetzlichen Strafmaß von zwei Monaten Gefängnis bewenden.

Ebenfalls wegen Majestätsbeleidigung wurde in einer früheren Sitzung ein Maschinist verurteilt. Er hatte im vorigen Sommer, als das Kaiserpaar auf Schloss Wilhelmshöhe residierte, auf die Anfrage, woran man erkennen könne, ob das Kaiserpaar persönlich im Schloß anwesend sei, eine alberne Bemerkung gemacht, die vom Gerichtshof als eine Verleumdung des Kaisers angesehen wurde. Resultat: drei Monate Gefängnis!

Berliner Reichstagswahl.

Die Konservativen zieren sich noch, mit voller Macht für den edelen Freisinn einzutreten. Der Freisinn, so meint die „*Streu-Ztg.*“, sei bei vielen Gelegenheiten der Sozialdemokratie so nahe wie thunlich gerückt, habe deren Interessen gefördert und über ihre Gefährlichkeit hinweggelächelt; für die parlamentarische Prozedur ist also vollkommen gleichgültig, in wessen Hände das wieder freitragende Mandat gelangt, ob in die des Freisinns oder der Sozialdemokratie.

Unsere Parteigenossen werden sich durch derlei Aussetzungen nicht dazu bestimmen lassen, ihre Wahlvorbereitungen weniger lebhaft zu betreiben. Wir wissen, daß den Konservativen ein Ernst drei Freisinnige lieber sind als ein Sozialdemokrat, denn wozu sonst die „*Sammlung aller bürgerlichen Parteien*“, welche stets gegen die Sozialdemokratie gebredigt wird, welche bei der Wahl im vorigen Jahre nicht völlig erfolglos war und auch bei der jetzigen Neuwahl Erfolg haben könnte, wenn unsere Parteigenossen sich nicht mit größter Regsamkeit der Wahlarbeit widmeten!

Kein Zweifel, wenn es zum Schluß kommt, werden die konservativen Mittelstandstänzer den freisinnigen Kapitalisthären vollständig beizugehen. Die „*Post*“, das einflussreiche Schachmachersorgan, tritt aufs Lebhafteste für das konservativ-liberale Zusammengehen ein, und auswärtige Mächte, wie die „*Abend-Zeitung*“, sind entrüstet über die traurige Auffassung bürgerlicher Verpflichtungen der Sozialdemokratie gegenüber.

Kammern wir uns nicht um die Auseinandersetzungen unter den Gegnern. Agittren wir, daß wir der vereinten Gegnermacht überlegen sind und im ersten Wahlgange Sieger werden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Aus Ungarn ist noch immer keine Nachricht von der endlichen Entscheidung der mit schon wochenlang schwebenden Ministerliste eingeleiteten. Am Mittwoch fand in Wien, nachdem der Kaiser die Minister Fejervary, v. Lutzky und Baron Vanshy sowie Koloman Szell einzeln empfangen hatte, unter dem Vorsitze des Kaisers ein ministerieller Ministerrat statt. Welches Ergebnis die Konferenz gehabt hat, weiß man noch nicht.

Neber dieses ewige Hin- und Herreisen der Minister zwischen Budapest und Wien und die fortwährenden, ohne Ergebnis bleibenden Konferenzen schreibt die „*Wiener Arbeiter-Zeitung*“: „Nebenhernahme ein anderer Mann, der der Opposition nicht geradezu mißlieblich ist, als neuer Ministerpräsident die Führung der Verhandlungen, so würde ein Uebereinkommen ernstlichen Schwierigkeiten nicht mehr begegnen. Warum hält man also den Baron Vanshy noch immer, warum läßt man dieses lächerliche, trostlos langweilige, Ungarn blöthellende Spiel weitergehen, warum verlängert man sein und zweifelt die Herrschaft des außerordentlichen Zustandes? Diese Staatskunst spottet aller Begriffe. Was soll Vanshy noch für Beweise dafür erbringen, daß er ganz und gar unfähig ist, mit dem Parlament ein Einverständnis zu finden, die Regierung im Abgeordnetenssaal zu vertreten? Der Politiker Vanshy ist tot, seine eigenen Parteifreunde haben ihn zu den Toten gelegt und“

opfern ihn ohne Bedauern, und doch ist er noch immer im Amte, weil man zögert, der Opposition das verlangte Zugeständnis zu machen. Man wird es aber doch machen müssen unter weit unbehaglicheren Umständen, ähnlich wie das lange Festhalten Baden's seinen Fall um so schmächtlicher werden ließ.“

Schweiz.

Bern, 12. Februar. (Fig. Ver.) Nach dem Geschäftsbericht des eidgenössischen Handels- und Industrie-Departements fanden 1898 5728 Betriebe mit 212 648 Arbeitern gegen 5494 Betriebe mit 209 920 Arbeitern Ende 1897 unter dem Fabrikgesetz. Die Vermehrung im verfloßenen Jahre betrug 292 Etablissements und 2968 Arbeiter, eine verhältnismäßig ganz lebhafte und befriedigende industrielle Fortentwicklung.

Italien.

Die Bewegung zu Gunsten der Amnestie der Verurtheilten vom Mai 1898 hat eine außerordentliche Ausdehnung und Intensivität erlangt. Das ist nicht mehr eine Parteibewegung, ins Werk gesetzt von einer Partei, die durch die Verurtheilung ihrer Chef getroffen ist, sondern an ihr ist die Intelligenz des ganzen Landes, aller politischen Parteien theilhaftig; Literaten, Künstler, Journalisten, Gelehrte aller Parteidirectionen haben sich ihr angeschlossen. Hundertfünfzig Deputirte haben sich öffentlich zu Gunsten der Amnestie ausgesprochen. Die Vereinigung der lombardischen Presse hat die vier von den Kriegsgerichten verurtheilten Mailänder Journalisten Turati, Ghisli, Romassi und den Priester Albertario als Delegirte zu dem internationalen Schriftsteller-Kongreß gewählt. In Mailand ist, wie wir bereits mitgetheilt haben, ein besonderes Journal gegründet, „*Pro Amnestia*“, durch welches die Bewegung geleitet wird. In jeder Nummer der Zeitung werden Aufsätze französischer, englischer und deutscher Schriftsteller und Politiker veröffentlicht, die sich für den Erlaß der Amnestie aussprechen.

Rom, 15. Februar. Wie die „*Agenzia Stefani*“ meldet, hat der Vizepräsident Forzi wegen der gestrigen Ablehnung des Gesetzesentwurfes über Getreidebessern und über landwirtschaftliche Kassen durch den Senat dem Könige sein Entlassungsgesuch überreicht, welches indessen nicht bewilligt wurde.

Frankreich.

Die Dreifind-Angelegenheit soll, wie sich Dupuy ausgesprochen haben soll, bis zum 20. März durch die Vereinigten Kammer des Kassationshofes seine Entscheidung gefunden haben. Voraussetzung dabei ist, daß der Senat dem Revisionsgesetze zustimmt. Clemenceau berichtet in der „*Kurore*“, Justizminister Lebret habe infolge des energischen Einspruchs des Oberstaatsanwalts Panau der Kriminalkammer die Ueberwachung der Trudlegung der Untersuchungsakten überlassen müssen.

Die radikal-sozialistische Kammergruppe beschloß, in einem Aufruf an das Land gegen das Lebertzgesetz entschlossenste Verwahrung einzulegen; dadurch soll der Ausschluß der sechs Mitglieder, die für das Gesetz gestimmt haben, herbeigeführt werden.

Esterhazy hat einen Brief an den Präsidenten des Kassationshofes Mazeau gerichtet, in welchem er sich darüber beklagt, daß die Untersuchung gegen ihn wegen Erpressung, begangen an seinem Vetter Christian, wieder aufgenommen worden ist. Esterhazy erklärt, es wären in der Drehfus-Affäre noch viele, die vor den Richterstuhl gehörten, welche man aber unbehelligt lasse.

Paris, 14. Februar. (Fig. Ver.) Das hiesige Schwurgericht hat gestern gedungene Mordmörder nebst ihrem Auftragneber, dem antisemitischen Straßenhelden Jules Guérin, freigesprochen. Es handelte sich nämlich um einen mörderischen nächtlichen Überfall auf den Redakteur eines revisionsfreundlichen Blattes, Philibert Rogert von der „*Grande Patrie*“. Das erklärt alles. Die flagranten Beweise gegen die Angeklagten, die vom Untersuchungsrichter ermittelt waren, die Unmöglichkeit der Abfertigung seitens der gedungenen drei Banditen, die oben- und unten sämtlich gewerbsmäßige Verbrecher sind, die schweren Folgen des Überfalles für Rogert, der drei Wochen lang an den ihm mit Todtschlägen beigebrachten Wunden im Arantentbett blieb — nichts konnte im „*Gewissen*“ der bougevoisen Geschworenen die Thatsache aufwiegen, daß das Opfer ein „*Drehschwärz*“ und die Banditen im Anstrich eines Verteidigers des Generalstabes, gehandelt haben!... In Guérin denn nicht seit mehr als einem Jahre der ebenso brutale wie strafbare Hauptling der Lumpenbanden, die gegen baar Geld patriotische Kundgebungen und die „*Vollstreckung*“ vormachen? Ist Guérin denn nicht gewissermaßen der offiziöse Polizeipräsident des Generalstabes? Spielte seine Banden nicht die Rolle der „*Dezember-Gesellschaften*“ des Staatsdiktators Napoleon III. — nur mit dem Unterschied, daß sie ganz offen auftreten dürfen und von der offiziellen Polizei durchaus als Bundesgenossen anerkannt werden? Also Guérin ist unantastbar auch dann, wenn er persönliche Rache nimmt an einem Gegner, der seine dunkle Vergangenheit, u. A. einen zweimaligen betrügerischen Bankrott, in der Presse aufgedeckt hat. Und ist Guérin unantastbar, so wäre es ja ungerecht, seine gedungenen Werkzeuge allein zu bestrafen... Der Gerichtshof zeigte sich seinerseits auf der Höhe der Situation, indem er das Opfer des Mordversuchs in die Gerichtskosten verurtheilte. So geschahen in der Stadt Paris im vorletzten Jahre des neunzehnten Jahrhunderts.

Von großer Reichverdroffenheit scheinen die Beamten der chinesischen Gesandtschaft in Paris besessen zu sein. Nachdem vor einigen Tagen der Sekretär den ersten Anschlag ermorde und sich dann selbst getödtet hat, sprang am Dienstag der zweite Anschlag in seine. Er wurde indeß gerettet und in die Gefandtschaft gebracht, wo er verpflegt wird.

England.

Die Aufhebung der Zuckerprämien machte im Unterhause der Abgeordnete Sutherland zum Gegenstand einer Anfrage an die Regierung. Parlaments-Untersekretär Brodrick erklärte, die belgische Regierung lege die ihr von der Krüffler Konferenz übertragenen Unterhandlungen fort; eine weitere Allianz Englands sei zur Zeit verfrüht.

Spanien.

Die Wirtschaftslage Spaniens nach dem Kriege. Edmond Terry hat seine Enquete über die Finanzlage Spaniens beendet. Seine Entwürfe sind sehr günstig. Er betrachtet den Verlust der spanischen Kolonien als ein großes Glück für Spanien. Spanien werde jetzt ungehindert seine zahlreichen Hilfsquellen ausbeuten und an der Entwicklung seines Wohlstandes arbeiten können. Die niedrigen Löhne und die Genügsamkeit der Arbeiter seien eine gute Bedingung für alle industriellen Unternehmungen. Wenn der innere Frieden nicht gestört werde, würden zahlreiche auswärtige Kapitalien hereinströmen. Die Regierung müßte unbedingt weiter in Gold zahlen. Der Kolumbianer habe um weitere 6½ Millionen zugenommen.

Als Gegenstück zu diesen günstigen Mittheilungen sind jedoch unsere in der Sonntagnummer publizierten Mittheilungen über die erschreckend große Arbeitslosigkeit in Spanien zu vergleichen.

Amerika.

Die Wünsche der Amerikaner bezüglich der Philippinen. Der Senat nahm am Dienstag mit 26 gegen 22 Stimmen einen von Ruc Eneyr gestellten Beschlusentwurf an, in welchem erklärt wird, daß durch die Ratifizierung des Friedensvertrages nicht beabsichtigt werde, den Bewohnern der Philippinen das Bürgerrecht der Vereinigten Staaten zu gewähren oder die Inseln dauernd als integrierenden Theil des Gebietes der Vereinigten Staaten zu annektieren. Es sei vielmehr die Absicht der Vereinigten Staaten, auf den Inseln eine Regierung einzurichten, welche den Wünschen und den Verhältnissen ihrer Bewohner entspricht, dieselben für lokale Selbstregierung vorzubereiten und zu

gegebenen Zeit so über die Inseln zu verfügen, wie es für die Förderung der Interessen der Bürger der Vereinigten Staaten und der Bewohner der Inseln das Beste ist.

Sollte es nicht besser sein, die Philippiner selbst die Förderung ihrer Interessen besorgen zu lassen? —

Australien.

Auf Neuseeland scheinen äußerst strenge Gesetze gegen die Einwanderung zu bestehen. Aus Auckland wird geschrieben: Vor einigen Tagen langte hier der Dampfer „Walhara“ an, der zwei Oesterreicher an Bord hatte. Der österreichisch-ungarische Konsul stellte sofort fest, daß seine beiden Landsleute weder lungen-, noch krebs-, noch hautkrank seien, daß sie sofort in Arbeit treten würden und für drei Monate Substitutionsmittel besäßen. Er nahm nun die Oesterreicher mit an das Land, hier aber erwarteten sie dreißig Polizisten und eine Abteilung Artillerie; außerdem hatte sich natürlich in Erwartung der kriegerischen Aktion eine große Vollmenge angesammelt. Der Konsul wurde zurückgedrängt, die Oesterreicher mit Gewalt wieder auf das Schiff gebracht und vor ihre Kabine ein Doppelposten gestellt. Der Konsul rief sofort die Hilfe des Gouverneurs an, und nach drei Stunden gelang es, die beiden gefürchteten „Feinde“ aus ihrer Haft zu erlösen. In welchen Folgen die scharfen Naturalisationsgesetze und ihre Handhabung führen, beweist folgender Vorfall: In Sydney ankerte jüngst ein japanisches Schiff, kurz vor der Abfahrt verirrte sich ein auf Ulaub befindlicher Matrose und langte erst am Hafen an, als das Schiff diesen eben verlassen hatte. Was thut das Gericht? Es verurteilt den armen Kerl „wegen unerlaubter Einwanderung“ zu drei Monaten Gefängnis!

Abgeordnetenhause.

20. Sitzung vom 16. Februar. 11 Uhr.

Die Beratung über den Titel „Ministergehalt“ des Staats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Richter (fr. Bg.) geht auf die bekannte antisemitische Rede des Amtsvorstehers Graf Bülker in Tschirna ein, die offen zu Gewaltthatigkeiten gegen die Juden auffordere. Wenn ein Amtsvorsteher in dieser Weise auftreten dürfe, was solle man dann von dem kleinen Handwerker und Geschäftsmann erwarten?

Abg. Ehlers (fr. Bg.)

wünscht Kommissionsberatung des Antrages Wiemer (Mißbilligung des Waffengebrauchs-Erlasses). Die Form des Antrages finde nicht seinen Beifall, aber nähere Beratung sei wichtig, denn die Fälle von Waffengebrauch werden ziemlich zahlreich. Namentlich sei die Anwendung der für den Krieg bestimmten Waffen gefährlich. Sei es doch vorgekommen, daß ein Soldat die Waffe auforderte, bei Seite zu treten, um auf seinen schützenden Arrestanten anlegen zu können und dann diesen auch richtig niederschlug, wobei die Kugel durch den Körper des Getroffenen, durch eine Anschlagkante und in ein benachbartes Gebäude ging. Wie man sich von Ausläufen fernhalten soll, wo die Möglichkeit der Waffenanwendung gegeben ist, verheißt ich nicht.

Abg. Bartels (L.)

teilt den gestrigen Ausführungen des Abg. Dr. Friedberg entgegen, welcher das Ueberwiegen des Falschen in der Verwaltung bekämpfte. Es könne im Gegenteil nur als erfreulich bezeichnet werden, wenn in dieser Weise der Adel mit der Bevölkerung in nähere Berührung komme.

Abg. Ring (L.)

Ich möchte die Aufmerksamkeit des Hauses wie der Staatsregierung auf eine Anzahl Organisationen lenken, die, unter sozialdemokratischem Einfluß stehend, das wirtschaftliche Leben in unserem gesamten deutschen Vaterlande schwer bedrohen. Aus dem Amtsbezirk, wo ich wohne, mache ich Ihnen einige Mitteilungen, wie unser Vereins- und Verammlungsrecht wirkt. Ich lege Ihnen zunächst ein paar Aktensätze vor. Ich bin stellvertretender Amtsvorsteher. Die Aktensätze sind überschrieben: „Zahlstelle des Verbandes der Maurer in Deutschland“, „Zahlstelle des Verbandes der Bau- und Gebläsearbeiter“, „Zahlstelle der Maschinenbauer, Metallarbeiter, Holzarbeiter“ u. s. w. In diesen Aktensätzen befinden sich vorn die Statuten dieser Verbände, die ziemlich gleich aussehen. Wie werden nun diese Organisationen draußen gehandhabt? Sie sehen in diesem Mitgliedsbuch eine Eintheilung in Carrean, wie bei den Quittungsarten der sozialen Gesetzgebung, mit Marken. Jedes Verbandsmitglied muß in dies Buch Marken von 20, 40 Pf. bis 1 M. allwöchentlich einleihen und wird genau allwöchentlich kontrolliert. Der Sekretär der Zentralstelle stempelt die Marken ab, kurz ein in dieser Form völlig organisierter Verband ist in der That in der Lage, jede Bewegung, jede Handlung seiner Mitglieder zu beobachten. Dann habe ich hier zwei Karten, auch vom Zentralverband der Maurer in Deutschland, Quittungsarten über gezahlte Beiträge zum Streikfonds. (Hört! hört!) Da sehen Sie verschiedene Arten von Marken, blaue und grüne; Sie sehen auch viele freie Stellen, aber auch mit einem Stempel versehen, d. h. auch wenn der Arbeiter nicht gearbeitet hat, steht da z. B.: am Sonnabend, den xten arbeitslos gewesen, also auch in der Zeit, in welcher der Betreffende keine Arbeit hatte, ist er vom Verbande kontrolliert worden. (Hört, hört! Bevoegung.)

Kann aus eigener Praxis eine Anwendung. Im August v. J. wurde mir vom Gendarmen gemeldet, daß in einer Ortschaft ein Streik ausgebrochen wäre. Ich begab mich zu dem leitenden Maurermeister. Er war nicht anwesend. Während ich in seinem Bureau stand, traten zwei Maurergefellen ein. Diese hielten mich für den Meister und fragten mich, ob ich ihnen keine Arbeit geben könnte. Es war mir kurze Zeit vorher gesagt worden, daß für die Kontrolle dieser Quittungsarten das Wort maßgebend sei: „Hast Du auch reine Wäsche?“ (Hört, hört! rechts.) Infolge dessen antwortete ich den Leuten: Gewiß sollt ihr Arbeit haben; „hast Du auch reine Wäsche?“ Hieraus erwiderte der befragte Mann: selbstverständlich, zog seine Quittungslarve und reichte sie hin. Ich stellte mich ihm jetzt als Amtsvorsteher vor und machte ihm Vorklärungen, daß er seinen sauer verdienten Lohn für diesen Zweck hingabe und seiner Familie entziehe. Ich sprach ziemlich eindringlich auf ihn ein, und was war die Folge? Der Mann erklärte mir Thränen: so wie ihm ginge es einer großen Zahl von gewerblichen Arbeitern. Er wäre gezwungen, dieser Organisation beizutreten. (Hört! hört! rechts.) Wenn er nicht beitrüge, so wäre es ausgeschlossen, daß er überhaupt noch Arbeit fände. Und seine wiederholte Frage, die er an mich richtete, war immer die: Können Sie mir helfen, wollen Sie mir helfen? Sie können mir als Amtsvorsteher doch nicht Arbeit geben. Ich bin der Zwangsorganisation mit Haut und Haaren mitgeworfen. Wenn ich nicht für die Sozialdemokratie lebe, so verliere ich jede Arbeit. Ich bekomme in der Berliner Gegend auf keinem Bau mehr Arbeit, weil die Anderen mit mir zusammen nicht arbeiten würden, oder ich werde in einem finsternen Winkel halb tot geschlagen, die Arbeiter werden mir mit einem Messer zerschneiden und der Wölfer, auf dem ich stehe, wird durchgeschägt. (Hört! hört! rechts.) Dieser Maurer bekannte das ganze Gland, was auf ihm und Tausenden lastet, und geriet zuletzt ganz außer sich.

Die Anwendung davon ist: wenn es nicht gelingt, diesen Verbänden gegenüber Abhilfe zu schaffen, wenn wir die Arbeiter vor dieser Art des Zwanges nicht retten können, dann schwindet jedes Vertrauen zum Staate überhaupt. Ich bin damals zu den beteiligten Maurermeistern hingegangen, habe sie gefragt, wie sie sich zu diesen Organisationen verhalten. Die Antwort war sehr bezeichnend. Auch die Maurermeister sagten mir: helfen Sie uns doch, uns in unseren Arbeiten zu schützen vor dieser Art des Streiks, insbesondere vor dem Vorkommen und vor dem Absperren unserer Leute. Der Staat hilft uns doch nicht! (Hört! hört! rechts.) Einzelne Maurermeister erklärten mir zahnlos, sie müßten sich fügen, aber es sei ihnen die Lust und Liebe zur Arbeit und zum Handwerk überhaupt vergangen.

Ich möchte anregen, ob hier nicht einmal Besätze geschossen werden und unsere gesamte Arbeiterschaft gerettet werden kann vor diesen freiwilligen Zwangsverbänden. (Sehr richtig! rechts.) Denn der Bestand des Bürgerthums, der Bestand des Staates ist in allerschwerster Weise gefährdet. (Sehr richtig! rechts.) Was daraus werden soll und wie das enden soll, weiß ich nicht. Werden diese Verbände aufgelöst, dann fallen statutenmäßig einfach diese Klassen der Sozialdemokratie zu. Wenn ich Ihnen ein Mittel sagen sollte, diese Zustände zu beseitigen, ich könnte es nicht. Aber greift diese Bewegung um sich und beispielsweise auch auf die landwirtschaftlichen Arbeiter über, dann haben wir den sozialdemokratischen Staat bereits, wir brauchen gar nicht mehr darauf zu warten. (Lebhafter Beifall rechts.)

Der verheerende Einfluß dieser Verbände und ihre Macht auf die Leute greift immer weiter um sich, und zwar in einer Weise, die sich überhaupt nicht mehr schildern läßt. Entweder wir schützen und dagegen durch das Gesetz oder wir haben den sozialdemokratischen Staat bei uns bereits heute im Lande Preußen! (Lebhafter Beifall rechts.)

Minister Frhr. v. d. Neffe:

Mir und den Behörden sind solche Vorgänge aus der sozialdemokratischen Bewegung, wie sie der Abg. Ring vorgetragen hat, ja nicht unbekannt. Aber ich halte es doch für möglich, daß sie auch weiteren Kreisen bekannt werden, damit dem Volke klar wird, welche Gefahren wir von der Sozialdemokratie zu erwarten haben. Es ergreift sich hieraus für die Polizei die sehr ernste Verpflichtung, gegen diese Vorgänge aufs sorgfältigste einzuschreiten, soweit die gesetzlichen Befugnisse ihr dazu eine Handhabe geben. Leider verfügen manchmal die Befugnisse (sehr richtig! rechts), und wir haben alle Veranlassung, ernstlich darüber nachzudenken, nach welcher Richtung hin eine Verstärkung der gesetzlichen Befugnisse, namentlich zum Schutze der Arbeitswilligen, erforderlich ist. (Beifall rechts.) Ich hoffe, daß wir uns in nicht langer Zeit, wenn auch in einem anderen Parlament, damit zu beschäftigen haben werden.

Abg. Felsch (L.):

Dem Arbeitswilligen wird es immer mehr erschwert zu arbeiten; er darf nur arbeiten, wenn es die Organisation erlaubt. Hinter der Organisation steht die Sozialdemokratie. Man glaubt stark genug zu sein, um zum Angriff auf die Arbeitsherren übergehen zu können. Man antwortet leicht bei einzelnen Differenzen mit einem Generalstreik. Arbeiter, die sich der sozialdemokratischen Organisation nicht beugen wollen, finden nirgends Beschäftigung, sie werden herausgedrängt aus den Arbeitsplätzen, ihre persönliche Sicherheit ist gefährdet, sie sind auf Wildbühnen angewiesen. Die Auffassungen der verschiedenen Behörden über die §§ 153 und 158 der Reichsgewerbeordnung gehen auseinander. So ist es in manchen Orten verboten, Streikposten auszustellen und vor Zugang zu warnen, in anderen Orten hingegen schreiben die Behörden gegen solche Auswüchse nicht ein. Unter allen Umständen muß das Streikpostenstehen unter dem Begriff des groben Unfugs fallen. Ich bin durchaus kein Feind des Koalitionsrechts, aber die Auswüchse desselben müssen beschnitten werden, und vor allem muß eine einheitliche Rechtsprechung herrschen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Hirsch (fr. Bg.):

Die Herren Ring und Felsch haben offenbar bestellte Arbeit geliefert. (Unruhe rechts.) Sofort, nachdem Herr Ring gesprochen, erhob sich der Minister, um für das angeforderte Gesetz zum Schutze Arbeitswilliger zu sprechen. (Sehr richtig! links.) Man spricht von mangelndem Schutze Arbeitswilliger im selben Augenblick, wo das furchtbare Erkenntnis in Dresden die gebildeten und ungebildeten Kreise erregt. (Sehr richtig! links.) Wir treten entschieden gegen den Terrorismus auf, aber auch gegen den der Arbeitgeber. Diese wollen nicht bloß die sozialdemokratischen Gewerkschaften zerstören, sondern auch unsere Gewerkschaften. Sind die schwarzen Listen der Arbeitgeber nicht derselbe Terrorismus? Mir ist es nicht bekannt, daß auf den Bauplätzen in Deutschland mit Sozialdemokraten arbeiten. (Lachen rechts.) Wenn die Arbeiter wirklich so quälend wären, wie die Herren es darstellen, wie löschend Handel, Gewerbe und Industrie eine solche Wüste haben, wie es die Dromedare darstellt? (Sehr richtig!) Sie (noch rechts) wollen bloß Stimmung für die Justizvorlage machen. (Große Unruhe.) Die Auswüchse des Koalitionsrechts bei den Arbeitgebern wollen Sie nicht beschnitten, und doch machen diese sich sogar an den Arbeitern vorzugehen, welche Zeitungen sie lesen sollen, welche Wirtschaften sie betreiben sollen. (Sehr richtig! links.) Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter steht wie jedermann weiß, bloß auf dem Papier. Deshalb stemmen Sie sich auch gegen die Anerkennung der Berufsvereine, die wir in anderen Häusern beantragt haben. (Unruhe.) Geben Sie volle Koalitionsfreiheit, machen Sie den Arbeitern ihre heiligen Rechte nicht illusorisch und Sie werden den sozialen Frieden bekommen, den auch wie sehr wünscht. (Lebhafter Beifall links; Bischen rechts.)

Abg. Fuchs (B.):

Terrorismus kommt sicher vor, auf beiden Seiten. Der Arbeiter kann der Organisation nicht entbehren, denn er hat weiter nichts, als seine Arbeitskraft. Wenn die meisten Organisationen sozialdemokratisch sind, so rächt es sich, daß die anderen Parteien nicht eher etwas für die Organisation der Arbeiter gethan haben. Die Arbeitgeber bekämpfen aber nicht bloß die sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen, sondern auch die der christlichen Vereinigungen, z. B. im Ruhrrevier, in einer Weise, daß man sich nicht wundern kann, daß die Sozialdemokratie immer neue Nahrung findet, daß die Leute sagen, jeder zielbewußte Arbeiter muß Sozialdemokrat sein. Wollen wir die Arbeiter der Sozialdemokratie entreißen, ist es die höchste Zeit, daß auch wir uns organisieren. Es ist heute lediglich die Frage: Wer organisiert die Arbeiter. Thun wir es nicht, so thut es die Sozialdemokratie!

Abg. Dr. Schulz (Wodum, natl.):

Ich muß dem Abg. Fuchs widersprechen. Im Ruhrrevier ist die katholische Arbeitervereingung nicht schlecht behandelt worden. Doch aber die Empfindungen über jenen Verein bei den Arbeitgebern keine freundlichen sein können, ist verständlich, wenn Sie bedenken, daß der Verein den Streik vom Rießberge angezettelt hat. (Unruhe.)

Abg. Ring (L.):

Dem Abg. Fuchs erwidere ich, wir sind mit den Leuten im Lande der Meinung, daß der Terrorismus der sozialdemokratischen Arbeiter nicht so weiter gehen darf. Sonst bezweifelt man an der Autorität des Staates und es ist die höchste Zeit, daß das scharf ausgesprochen wird. (Lachen links. Sehr richtig! rechts.) Was den Vöbtauer Prozeß betrifft, können wir nur sagen: Wer das Schwert ergreift, muß mit dem Schwerte gerichtet werden! Die strengsten Strafen sind da gerade richtig! (Unruhe links.) Dann macht Herr Fuchs uns den Vorwurf, wir hätten bestellte Arbeit geliefert und Herr Hirsch lächelt auch jetzt noch zustimmend. (Unruhe.) Sie machen uns damit den Vorwurf, wir hätten als Volksempfehlung fungiert (Lachen) und das ist eine Infamie, die ich zurückweisen muß. (Große Unruhe. Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Frhr. v. Seerevan:

Ich rufe den Redner zur Ordnung. Die Rede des Abg. Fuchs ist nicht so aufgeführt worden, sonst wäre er auch zur Ordnung gerufen worden.

Abg. Goldschmidt (fr. Bg.):

Wir wären mit dem Minister des Innern schon längst fertig geworden, wenn Herr Ring nicht eine Sache hier hineingezogen hätte, die vor den Reichstag gehört. (Lachen rechts.) Die Koalitionsfreiheit beruht auf Reichsgesetz. Diese wollen Sie aber nicht schützen. Im Gegentheil, Herr Felsch steht an der Spitze der Zwangsorganisation, die gegen alle Arbeiterinteressen auftritt. (Unruhe.) Man vergißt, daß diese Arbeiter Saisonarbeiter sind, die natürlich die Zeit der Arbeit auch ausnützen müssen. (Auf rechts: Gewiß!) Warum verweigern Sie den Arbeitern, sich Lohnverbündungen zu verschaffen, wo das Streben auf Vermehrung des Einkommens doch bis

in die allerhöchsten Kreise hineinreicht? Warum sollen Streikposten verboten werden, die ihre Kameraden schützen wollen? (Lachen rechts.) Ist es kein Schutze der Arbeiter, wenn er verhindert wird, in eine Arbeit zu treten, wo er mit seiner Familie verhungern muß? (Große Unruhe.) Sie auf der Rechten hören es allerdings nicht gern, wenn man von Arbeiterinteressen spricht. (Ohl rechts.) Wir wollen, wie der Abg. Fuchs, die Arbeiterbewegung in legale, geeignete Bahnen lenken. (Auf rechts: Wir auch!) Sie aber wollen zu den bisherigen Strafbestimmungen noch drakonische gegen die Ausübung des Koalitionsrechts hinzufügen. (Unruhe und Lachen rechts.) Damit schaffen Sie die große Unzufriedenheit und die Sozialdemokratie, deren schlimmster Feind die Freiheit ist. (Beifall links, Bischen rechts.)

Abg. Felsch (L.):

Wir sollen keine Freunde der Arbeiter sein! Herr Goldschmidt verdient allerdings die Lobprüche des „Vordrängers“. Die Gewerkschaften sind jetzt wie es scheint, theilweise auch sozialdemokratisch geworden. Vielleicht fürchtet Herr Felsch, sonst seine geringe Befolgung zu verlieren. (Unruhe.) Die Arbeitgebervereine sind nur Defensivvereine. Wenn die Arbeiter könnten, wie sie wollten, würden sie erklären, daß sie ganz auf meinem Standpunkt stehen. (Lachen links. Beifall rechts.)

Die Erörterung wird geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen. Die Abstimmung darüber, ob der Antrag Biemer an die Budgetkommission verwiesen werden soll, bleibt zweifelhaft. Es muß daher zum sogenannten Hannelssprung, dem ersten in der neuen Tagung geschritten werden.

Donnerstag 1 Uhr: Einführungs-gesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch.

Parlamentarisches.

Die Petitionskommission des Reichstages hielt am 15. d. M. ihre fünfte Sitzung ab. Zunächst wurden schriftliche Berichte an das Plenum festgesetzt. Mehrere, die Abg. Zugerer verfaßt hat, betrafen Petitionen der Leipziger Drofschulmeister über die Sonntagsruhe, von Higarungsgeschäfts-Inhabern im Rheinland, welche den Wirthen den Verkauf von Higarren an Sonntagen verboten sehen wollen, von bayerischen Gardier- und Freizeutgeschäfts-Inhabern, welche den Schluß der Geschäfte nach Entlassung der Gehilfen am Sonntage wollen, entgegen dem heutigen Zustande, der den Weistern gestattet, nach Eintritt der Sonntagsruhe der Gehilfen weiter zu arbeiten. Die Kommission beantragt beim Plenum, die Petitionen dem Reichslanzler als Material zur Aenderung der Gesetzgebung zu überweisen. Ebenso wurde eine Petition des Berliner Arbeitervereins, die Erwerbsthätigkeit von Kindern unter 14 Jahren gesetzlich zu verbieten, nach dem schriftlichen Bericht des Abg. Schwarz dem Plenum überwiesen mit dem Beschlusse, die Petition dem Reichslanzler als Material zu überweisen. Eine hierauf verhandelte Petition betraf das Weingefetz. Der hinzugezogene Regierungskommissar erklärte, daß bei den Verhandlungen des Reichsparlaments im Reichs-Besundheitsamt die Wünsche der Petenten bereits mit zur Erörterung gekommen seien. Auf Grund der gepflogenen Erörterungen werde an die Aenderung des Gesetzes herangetreten werden. Welcher Art sie sei, könne noch nicht mitgeteilt werden, da noch keine Beschlüsse gefaßt seien. — Die Petition des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister, welche den Immobilien-Feuerversicherungs-Zwang verlangt und weiterhin die Verstaatlichung des Versicherungswesens, rief eine längere Debatte hervor. Der hinzugezogene Regierungskommissar wies auf die Schwierigkeit der Materie hin. Eine gleichlautende Petition habe dem Bundesrat vorgelegen und dieser habe sie dem Reichslanzler überwiesen, ohne zur Sache selbst Stellung zu nehmen. Zur Zeit sei keine Aussicht, daß das Reich in Bezug auf den Feuerversicherungs-Zwang und die Verstaatlichung der Versicherung eingreife. Die Kommission beschloß nach längerer Debatte, Uebergang zur Tagesordnung zu votiren. — Die weiteren Petitionen betrafen Rechtschutz u. s. w. und haben kein weiteres Interesse. Eine Petition des Verbandes gewerbetreibender Bädermeister Mitteldeutschlands wendet sich gegen die Bäderverordnung. Der Abg. v. Treuenfels (L.) empfahl, diese Petition dem Reichslanzler als Material zu überweisen. Die Abg. Rosenow und Zugerer (Soz.) wandten sich gegen dieses Votum, indem sie darauf verwiesen, daß die Debatte im Plenum gelegentlich der Beratung des Etats des Reichsanfs des Innern keineswegs die Nothwendigkeit der Aenderung der Bäderverordnung und Abschaffung des Normalarbeits-tages dargelegt hätten. Durch die Ueberweisung der Petition an die Regierung würde aber die Kommission gewissermaßen sich einverstanden mit dem Inhalt der Petition erklären. Es war neben dem konservativen unter Anderen ein Freisinniger, der Abg. Müller, der für das Verlangen der Bädermeister eintrat, worauf die Petition, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, an den Reichslanzler überwiesen wurde. —

Justiznotelle. In der sechsten Kommission des Reichstages wurde heute die Beratung der vom Abg. Rintelen beantragten Novelle zur Strafprozeß-Ordnung fortgesetzt. Man kam bis § 276. Zunächst wurden die von Dr. Rintelen gestellten Anträge angenommen.

Die Wahl des Abg. Förster im 2. sächsischen Wahlkreise ist, wie bereits mitgeteilt wurde, von der Wahlprüfungs-Kommission beanstanden worden. Der jetzt veröffentlichte Bericht der Kommission giebt die Gründe der Beanstandung an. Förster wurde in der Stichwahl mit 977 gegen Postel (Soz.) mit 953 gewählt. Durch eine Anzahl Korrekturen, welche die Kommission vornahm, sinkt die Stimmenzahl Försters auf 976, steigt die Stimmenzahl für Postel auf 969. Es verbleibt also für Förster eine Mehrheit von 6 Stimmen. Von den zahlreichen Protestpunkten hat die Kommission drei für berechtigt befunden. Es soll amtliche Auskunft eingeholt werden, ob ein Wähler August Schmidt, der in Witten gewählt hat, zur Zeit der Aufstellung der Wählerlisten unter Vormundschaft gestanden hat. Ferner wurden am 24. Juni 88 Stimmen in den Gemeinden Wurzen-Belgern-Neuborn abgegeben, wonach sämtliche eingetragene Wähler gewählt hätten; sämtliche Stimmen sind für Förster gezählt worden, und doch behauptet der Wähler August Kaiser für Postel gestimmt zu haben und bietet seinen Eid dafür an. Die hier aufgestellte Behauptung könnte im Falle der Verwehrung dazu führen, daß der ganze Wahlakt laßig werden müßte. Es sollen darüber Vernehmungen stattfinden. Endlich behauptet der Protest, der Steinmetzmeister Wolanz in Röhrl habe zu seinen Arbeitern gesagt: „Wer zur Wahl geht, bekommt sofort Freierabend,“ worauf ein Arbeiter geantwortet habe: „daß jeder sein Wahlrecht ausüben könne“; dieser Arbeiter sei sofort entlassen worden. Eine solche Einschränkung der Wahlfreiheit hält die Kommission für unzulässig. Es wurde beschloffen, Erhebungen über die Protestbehauptung durch die eblidige Vernehmung des im Protest genannten Zeugen Wagner und des Steinmetzmeisters Wolanz zu veranlassen.

Der Gesekentwurf betreffend den Anlauf der Versteinerwerke der Firma Stantien u. Weder in Königsberg ermächtigt die Regierung zum Anlauf des der Firma Stantien u. Weder oder dem Geheimen Kommerzienrath Weder in Königsberg i. Pr. gehörigen, in den Kreisen Hirschhausen und Wemel und in der Stadt Königsberg i. Pr. belegenen Grundbesitzes, sowie des gesammten unter der genannten Firma betriebenen, auf Gewinnung und Verarbeitung von Bernstein und auf Handel mit Rohbernstein, Krebsstein (Amberoid), geschmolzenem Bernstein (Kolophon) und Nebenprodukten gerichteten Geschäftes und Gewerbe-Unternehmens eine Summe bis zu 9 750 000 M. zu verwenden. —

Partei-Nachrichten.

Die sozialdemokratischen Gemeinderäthe und Stadtverordneten des Kreises Offenbach-Dieburg halten am 5. März in Offenbach eine Konferenz ab.

Wegen die Gemeinderathswahl in Löhning (Erzgeb.) hatten unsere dortigen Parteigenossen Protest eingelegt, weil die Ordnungsparteien eine Zettelverausgabung hatten. Die Kreishauptmannschaft hat den Protest als unbegründet zurückgewiesen, weil keine der revidierten Städte-Ordnung, noch im Ortsstatut eine Vorschrift über bestimmte Farbe der Stimmzettel sich vorfindet. Formell hat die Kreishauptmannschaft recht, es giebt keine Vorschrift im Gesetz, die das schloffe Verhalten der Reaktionsparteien verbietet.

Genosse Kister, der Reichstags-Abgeordnete für den 9. badischen Wahlkreis, ist in letzter Zeit von hochgradiger Nervosität befallen worden. Wie der „Bad. Landesbote“ mittheilt, beabsichtigt Genosse Kister zur Beruhigung seiner Nerven sich auf mehrere Wochen nach Serravallo zu begeben.

Todtenliste der Partei. In Braunschweig starb der Schriftsteller August Asmus, Redakteur in der Druckerei des „Volksfreund“. Derselbe war seit frühestem Jugend an — sein Vater war einer der Mitbegründer der braunschweigischen Sozialdemokratie — in seiner Gewerkschaft sowohl als auch in der politischen Partei unablässig thätig. Die Braunschweiger Genossen verlieren in ihm einen braven, ehrlichen Vorkämpfer.

Eine Ente. Durch die Presse geht die Notiz, daß Dr. Kronz die Gründung einer neuen sozialpolitischen Zeitschrift vorbereite, die er in Gemeinschaft mit Dr. Jastrow und Dr. Heinrich Braun herausgeben wolle. Demgegenüber können wir auf das Bestimmteste feststellen, daß Dr. Kronz einem solchen Plane vollkommen fern steht.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

In der Teppichfabrik von Benjamin u. Co., Berlin, Blumenstraße 65, haben die Arbeiter wegen Verletzung eines ihrer Kollegen die Arbeit niedergelegt.

Deutsches Reich.

Post und Polizei. Das Deuthener Postamt hat nunmehr wieder die Bestellung der an das dortige Arbeitersekretariat gerichteten Sendungen aufgenommen, nachdem ihm durch die Generalkommission der Gewerkschaften eine offizielle Mittheilung über die Gründung und Leitung des Sekretariats zugegangen war. Die Beschwerde hat also gescheitert. Der Postdirektor (Wölkner) hat sich indeß veranlaßt gesehen, unter Uebersendung des Schreibens der Generalkommission an die Deuthener Polizeiverwaltung (!) bei dieser anzufragen, wie es um die angeblich nöthige polizeiliche Anmeldung des Sekretariats steht, und die Polizeiverwaltung, die, wie es ganz sicher anzunehmen ist, läugelt von der Existenz des Sekretariats unterrichtet war, hat auf Veranlassung dieser Anfrage Erkundigungen über den Betrieb des Sekretariats eingezogen, insbesondere darüber, ob der Reichstagsrat unentgeltlich oder gegen Gebühren gewährt werde. Das Deuthener Arbeitersekretariat gewährt seinen Besuchern den Reichstagsrat völlig kostenfrei, es ist kein in Sinne des § 35 der Reichsgewerbeordnung gewerkschaftliches Nachbüro, und unterliegt deshalb auch nicht der Anzeigepflicht. Die Anzeige des polizeilichen Postbeamten wird also nichts fruchten.

Die Steinarbeiter in Bunzlau haben über ihre Arbeitsverhältnisse eine Statistik aufgenommen, die einige recht interessante Zahlen enthält. Es haben sich an den Erhebungen 112 Mann betheiligt, die ihren Verdienst vom 1. Oktober 1897 bis 30. September 1898 auf 124 788,94 M. angaben, also im Durchschnitt 1114,18 M. verdienten. Der niedrigste Lohn betrug 700 M., der höchste, den nur zwei Arbeiter erreichten, 1800—2000 M. 58 Arbeiter erreichten nicht einmal den Durchschnitt. Ueber das Alter der dort beschäftigten Steinarbeiter giebt folgende Uebersicht Auskunft:

Alter	Zahl
von 20—25 Jahren alt	4 Mann
„ 25—30 „	38 „
„ 30—35 „	34 „
„ 35—40 „	19 „
„ 40—45 „	11 „
„ 45—50 „	4 „
„ über 50 „	1 „

Es zeigt sich also, daß Arbeiter über 40 Jahre in Bunzlau nur noch selten in Beruf der Steinarbeiter thätig sind und mit einem Alter von über 50 Jahren unter den 112 Arbeitern nur noch einer anzutreffen ist. Was hier im Kleinen als Ergebnis angeführt ist, dürfte auch im Allgemeinen für den Beruf zutreffend sein, und damit bestätigt sich, welche mörderische Vernichtung von Arbeitskräften in diesem Berufszweige anzutreffen ist.

Die Bergarbeiter in Zwilau nahmen am Dienstag in einer stark besuchten Versammlung den Bericht der Lohnkommission entgegen. Man beschloß den Anschluß an den Berg- und Hüttenarbeiter-Verband eifrig zu betreiben, um später mit Erfolg die Forderungen der Bergleute vertreten zu können.

In der Müllereffektenfabrik von Böttcher in Eisleben ist es zu einem Ausstande der dort beschäftigten Sattler gekommen. Veranlaßt sind 30 Kollegen. Der Grund des Ausstandes ist das Verlangen des Herrn Böttcher, die Sattler sollten die an den umzuändernden Formstern nötigen Reparaturen umsonst machen, eine Arbeit, die öfters halbe Tage in Anspruch nimmt und mit den Umänderungsarbeiten in gar keinem Zusammenhange stehen. Herr Böttcher wird jedenfalls versuchen, von auswärts neue Arbeiter heranzuziehen. Die Sattler werden in ihrem eigenen Interesse gewarnt, bei Herrn Böttcher Arbeit anzunehmen, da die Verhältnisse sehr traurige sind.

Lohnunterschiede sind in der Schuhfabrik von G. Schöbe in S. u. r. bei Wörlitz ausgebrochen. Der Fabrikant mißt den Schuhmachern einen 20—30prozentigen Lohnabzug zu und will einen dementsprechenden neuen Tarif von Montag ab einführen. Die Fabrikordnung bestimmt, daß ein neuer Tarif nur nach einer hiebzehnjährigen Kündigung des alten Tarifs in Kraft treten kann. Dieser Bestimmung zuwider will nun der Fabrikant den neuen, schlechteren Tarif einführen, ohne daß er sich mit den Arbeitern verständigt. Die Arbeiter lehnen sich gegen die Lohnverschlechterung auf. In Frage kommen 53 Schuhmacher, von denen 47 organisiert sind. Der Verband der Schuhmacher hat sich der Sache angenommen. Eine Versammlung der in Frage kommenden Schuhmacher beschloß, sich einen Lohnabzug bis zur Hälfte der vom Fabrikanten festgesetzten Summe gefallen zu lassen. Der Fabrikant will selbst dieses Anerkenntnis nicht annehmen. Voraussichtlich kommt es Montag zum Streik. Ob sich dieser auf weitere Fabriken erstrecken wird, ist noch nicht voranzusehen.

In Wiesbaden beschloßen die Tischler in einer sehr gut besuchten Versammlung mit den Meistern in Verbindung zu treten, um eine mäßige Lohnforderung geltend zu machen.

Die Schneider haben sich mit dem gleichen Verlangen an die Prinzipale gewandt. Mehrere Prinzipale bezeichneten die Forderungen als keineswegs unbillige. Eine Verständigung soll in einer demnächst stattfindenden Versammlung versucht werden.

Ausland.

Die Gewerkschaftskommission in Oesterreich hat vor einige Zeit ihren Bericht für das Jahr 1898 herausgegeben. Bei der im allgemeinen schlechten Geschäftslage in den meisten Industriegruppen in Oesterreich kann trotzdem ein nicht unbedeutender Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung verzeichnet werden. Man muß dabei die Schwierigkeiten berücksichtigen, die durch die Verdrängtheit der Sprache, das beschränkte Koalitionsrecht entstehen, um bei den geringen Geldmitteln die ganze Thätigkeit der Kommission richtig durchführen zu können. Die Kommission, die aus 13 Mitgliedern der verschiedenen Industriegruppen und drei Beamten besteht, hielt 17 ordentliche und 4 außerordentliche Sitzungen ab und verhandelte über 1067 deutsche und 168 tschechische Zuschriften der Organisationen. Sie entsandte zu 24 Verbandstagen, Kongressen und Konferenzen Delegationen und war auf 4 außerordentlichen Kongressen vertreten. Die Kommission

hat in der Provinz 3 Sekretariate errichtet (Brünn, Prag und Triest) und 17 Landes-Vertrauensmänner angestellt. Sie hat 125 Versammlungen einberufen und in 91 Fällen Referenten und Delegierte zu Branchenversammlungen und Sitzungen entsendet. Aufrufe zu Unterstützungsaktionen wurden von der Kommission 8000 und Flugblätter 15 000 verendet und verbreitet. Das Organ der Kommission „Die Gewerkschaft“ wurde innerhalb des letzten Jahres in 46 350 Exemplaren gratis an die Organisationen abgegeben. Arbeitseinstellungen wurden bei der Kommission 250 angemeldet, bei vielen intervenirte sie entweder direkt oder mit Hilfe der Provinz-Vertrauensmänner. Im Durchschnitt haben in dem verfloßenen Jahre 105 865 Mitglieder ihre Monatsbeiträge geleistet, somit um 7662 mehr als im Jahre 1897.

Der Streikfonds hatte an Gesamteinnahmen (einschließlich des Saldo vom Jahre 1897) 24 111 fl. 40 kr., an Gesamtausgaben 23 190 fl. 65 kr.; auf das Jahr 1899 verbleibt ein Saldo von 920 fl. 75 kr.

Die Gesamteinnahmen der Gewerkschaftskommission betragen (einschließlich des Saldo vom Jahre 1897) 15 793 fl. 78 kr., die Gesamtausgaben 15 336 fl. 97 kr. Auf das Jahr 1899 verbleibt ein Saldo von 456 fl. 81 kr.

Der Metallarbeiterstreik in Baden bei Jülich hat nach acht-tägiger Dauer infolge der anerkanntenswerthen Bemühungen des aargauischen Ministerpräsidenten Dr. Ruzi von Karau mit einem theilweisen Erfolg der Arbeiter beendet. Der gewählte Streikführer hatte auf Wiedereinstellung verzichtet, dagegen gewährte ihm die Firma Brown, Boveri u. Co. eine Entschädigung von 200 Fr. Das Vereinsrecht der Arbeiter wurde ausdrücklich — zum zweiten Male! — anerkannt, sodann zugesprochen, daß unter Beiziehung einer Amtsperion die gegen den Meister vorgebrachten Beschwerden geprüft und dieser inwischen von seiner Funktion suspendirt sein soll; ferner wird eine Arbeiterkommission zur Prüfung aller Arbeiterbeschwerden bestellt und endlich zugestanden, daß kein am Streik Theilhabender und auch kein Arbeiter wegen seiner Vereinsthätigkeit gemahregelt wird. Die Streikenden erklärten sich damit einverstanden, dankten Dr. Ruzi für seine Bemühungen und nahmen am Freitag die Arbeit wieder auf.

Ein Erfolg des Achtstundentages. Aus London wird uns geschrieben: Dr. A. F. Hills, der Direktor der großen Schiffbau-Werke in Blackwell bei London („Thames Ironworks“) hat auf einem am 6. Februar abgehaltenen Fest der Angestellten des Werkes einige Mittheilungen gemacht, die zeigen, daß sich der von ihm 1894 dort eingeführte Achtstundentag als großer Erfolg bewährt hat. Die Firma zahlt die höchsten Löhne im Gewerbe und hat doch ihren Betrieb fortwährend ausdehnen können, so daß sie jetzt auch ein großes Etablissement auf dem südlichen Ufer der Themse (in Greenwich) angekauft und ihrem Unternehmen einverleibt hat. Für 1898, das letzte Jahr vor Einführung des Achtstundentages, betrug die Summe der von ihr gezahlten Löhne auf nicht ganz 2 Millionen, für 1898 dagegen auf nahezu 5 Millionen Mark (242 356 Pfd. Sterl.). Der Achtstundentag hat die Konkurrenzfähigkeit der Firma durchaus nicht geschädigt. Der Kostenpreis von drei Kriegsschiffen, welche die Firma nach Einführung des Achtstundentages gebaut hat, stellte sich im Durchschnitt auf 17—18 pCt. über dem durchschnittlichen Kostenpreis von fünf vorher von ihr gebauten Kriegsschiffen, und vor wenigen Wochen war sie in der Lage, bei einem allgemeinen Ausschreiben sich einen großen Auftrag dadurch zu verschaffen, daß sie den niedrigsten Preis verlangte.

Natürlich konnte dies Resultat nur dadurch erzielt werden, daß die Arbeit selbst verdichtet wurde, dies ward ermöglicht und unterstützt durch die von Herrn Hills eingeführte Gewinntheilung im Afford, die er die „gute Kameradschaft“ (good fellowship) nennt, und die ein qualifizirtes Stücklohnsystem darstellt. Bei diesem System werden den Arbeitern der einzelnen Abtheilungen Arbeiten im Afford überwiesen, dem der Normallohn zu Grunde gelegt ist, mit dem Beding, daß jede von ihnen gemachte Ersparnis ihnen selbst gutgeschrieben, bezw. als Zuschußdividende auszubezahlt wird. An solchen Zuschußdividenden zahlte die Firma 1892, wo das System zuerst probirt wurde, 96 000 M., 1898 aber 307 000 M. Diese Steigerung zeigt, daß durch den Achtstundentag die Fähigkeit, Ersparnisse zu machen, nicht beeinträchtigt wurde. Wie sich die Sache vom Arbeiterstandpunkt aus ausnimmt, ist aus diesen Zahlen allein nicht zu berechnen, sicher ist nur, daß die Arbeiter den Gewinn an Ruhe dadurch erkaufen, daß sie in der Arbeitsstunde mehr Arbeit verrichten oder mehr produzieren als vorher.

W. Hills, ein eifriger Vegetarianer, ist im Allgemeinen als Philanthrop und Freund der Gewerkschaftsbewegung bekannt und unterstützt den von dem Abgeordneten F. Maddison herausgegebenen „Trade Unionist“, eine Monatschrift für Gewerkschaften, die eine Mittelstellung zwischen alten und neuen Gewerkschaftlern einnimmt.

Unternehmer-Verbände.

Verband deutscher Blechemailierwerke. Die bisberige, aus dem maßgebenden Berlin bestehende Vereinigung deutscher Blechemailierwerke trat am 3. d. M. in Berlin zu einem festen Verbande deutscher Blechemailierwerke zusammen und beschloß die Herausgabe einer gemeinsamen Verbandspreisliste, welche von nun an für alle neuen Abschlässe in Geltung treten wird. Ferner wurde wegen der weiteren Vertheuerung der Selbstkosten durch die fortgesetzte Steigerung der Rohmaterialienpreise eine mäßige Preiserhöhung beschlossen.

Subsidat der französischen Teppichfabrikanten. Die Lage in der französischen Teppichindustrie hat sich derart verschlechtert, daß von einer Krisis in der Branche gesprochen werden kann. Infolge dessen hat eine Versammlung der Theilhaber in Antiens stattgefunden, in welcher 4500 Webstühle vertreten waren, während im Ganzen ungefähr 5000 gezählt werden. Man beschloß im Prinzip die Bildung eines Subsidats in der Erwartung, daß sich die noch fehlenden wenigen Fabrikanten demselben anschließen werden. Die definitive Konstitution soll in nächster Zeit vor sich gehen.

Soziales.

Widerum drei Opfer hat der Bergbau gefordert. Aus Dortmund wird unterm 15. d. M. berichtet: Auf der Seche „Glückauf Tiefbau“ verunglückte heute bei Sprengungen drei Bergleute. Zwei derselben sind todt, der dritte ist schwer verletzt.

Arbeiter-Risiko. Im Zwilauer Steinkohlenrevier sind innerhalb 10 Tagen zwei tödtliche Verunglückungen vorgekommen. Der in England weilende, ehemalige Kaiserdelegirte Siegel hat am Sonntag seinen Bänder verloren; derselbe war Mangrter aus „Vereinsglück“, er gerieth zwischen zwei Puffer und lebte nur noch einige Stunden.

Der zehnjährige Arbeitstag ist nunmehr in allen Hüttenwerken Eibersfelds eingeführt. Bis auf die Hüttenwerke von Rönig, die sich dieser Tage mit den Arbeitern einigte, bestand der zehnjährige Arbeitstag schon seit dem großen Hüttenstreik von 1885 in allen Betrieben.

Zur Erwerbsarbeit der Schulinder. In den Volksschulen des silesischen Webersdorfs Langenbieleau wurden Ende 1897 Ermittlungen über die Erwerbsarbeit der Kinder angestellt. Etwa zwei Drittel der Schulaner machten die verlangten Angaben, die sich auf 2104 Kinder erstreckten. Von diesen waren 1130, also rund 53 pCt., erwerbsmäßig beschäftigt, darunter verschiedene doppelt oder mehrfach. In den einzelnen Schulen waren zwischen 51—63 pCt. beschäftigt (nur in einer Mädchenschule 38 pCt.), in den unteren Klassen im allgemeinen weniger als in den oberen (von 88—90 pCt. gezählt wurden). Mit industriellen Arbeiten beschäftigt waren 876 Kinder (77½ pCt. der Beschäftigten), davon mit Spulweben 842 (74½ pCt.), mit Fächerweben, Kommschreiden u. s. w. (31 pCt.). Sie verdienen pro Woche beim Spulweben 0,30—1,50 M., im Durch-

schnitt 1 M., beim Fächerweben 0,50 M., beim Kommschreiden 0,75 M., im Durchschnitt 0,85 M. Mit landwirtschaftlichen Arbeiten (Feldarbeit, Hütebinden, Holz-, Beeren-, Pilzgesamelmeln u. s. w.) wurden 209 Kinder (18½ pCt.) beschäftigt. Sie hatten einen Wochenlohn von 1,50 M. und darüber. Mit anderen Arbeiten (Holzhandel, Potendensien, Flaschenpflücken, Wadmaarenverkauf u. s. w.) waren 108 Kinder (9½ pCt.) beschäftigt. Diese Arbeiten werden meist gegen Essen, Kleidung oder geringes Geld verrichtet. Ein Knabe bekam 5 Runder, Pferdejungen bekamen pro Woche 0,50 M. und Essen, Holzhandl bis 1,50 M. Doppelt oder mehrfach beschäftigt waren etwa 6 pCt. der Kinder. Die Arbeit begann meist 1 Uhr Mittags, aber bei 1 Kinde zweimal in der Woche 2 Uhr früh, bei 1 Kinde täglich 4 Uhr früh, bei 44 Kindern täglich 5 Uhr früh, bei 100 Kindern täglich 1/6 oder 8 Uhr früh. Die Arbeit endete meist 6 oder 7 Uhr Abends, aber bei 82 Kindern um acht Uhr, bei 8 nach 10 Uhr. 1 Kind wurde im Sommer in einer Restauration vielfach bis 1 Uhr Nachts beschäftigt. 1 Kind war in jeder Woche einmal von 8 Uhr Abends bis 1/2 8 Uhr früh beschäftigt. Die Dauer der Arbeitszeit war, von den Fällen kürzerer Dauer abgesehen, wöchentlich 37—40 Stunden bei 329 Kindern, 40—50 bei 78 Kindern, 50—60 bei 18 Kindern, über 60 bei 8 Kindern; 993 Kinder arbeiteten 6 Tage, 78 alle 7 Tage. Die Nothwendigkeit der Erwerbsarbeit konnte nur bei 72 Kindern in Abrede gestellt werden, bei 421 war die Frage nicht zu entscheiden, bei den übrigen 697 bildete zweifellos die Noth die alleinige Ursache. Dabei hatten 883 der Kinder noch beide Eltern, 207 waren Halbweisen, 18 Ganzweisen, über den Rest fehlt eine Angabe.

Ueber den Einfluß der Erwerbsarbeit auf die Schule wird berichtet, daß bisweilen die Hälfte der Klassen sitzen bleibt. Daran soll aber nach Ansicht der „Pädagog. Ztg.“ die die obigen Zahlen mittheilt, die Ueberfüllung der Klassen die Hauptschuld tragen; denn auf jeden Lehrer, mit Ausnahme der Hauptlehrer, kommen 120—140 Kinder. „Und dies angeht die Thatsache,“ fügt das genannte Blatt hinzu, „daß Langenbieleau nicht nur einen, sondern mehrere Millionäre zu Bürgern zählt, die freilich an der Volksschule kein Interesse haben, da sie ihren Nachwuchs besser ausgestatteten Schulen zuweisen können.“ Der häusliche Fleiß ist, wie die Lehrer versichern, sehr mangelhaft; aber Aufmerksamkeit und Leistungen der erwerbsfähigen Jugend wird nicht minder gelagert. „Man merkt die traurigen Folgen der übergroßen Ausnutzung der Kindeskraft,“ schreibt ein Lehrer, „wenn man sieht, wie die eben erst ermunterten Kinder immer wieder in sich zusammenfallen, und wenn man daneben die Thatsache in Betracht zieht, daß der Procentsatz der erwerbsmäßig beschäftigten Kinder in den unteren Klassen ein bedeutend niedrigerer ist, als in den oberen Klassen, daß aber auch die Aufmerksamkeit und die Leistungen in den unteren Klassen verhältnismäßig besser sind, als in den oberen Klassen.“ — Ja, es sind wirklich herrliche Früchte, die die „göttliche“ Weltordnung zeitigt! —

Was sagt unser Minister des Geistes zu diesen besänftigenden Thatsachen?

Zum Kapitel unserer Sozialreform. Aus Krimmitschau in Sachsen wird uns Folgendes mitgeteilt. Im ersten Drittel des vorigen Jahres verunglückte in Leitelschön bei Krimmitschau der Arbeiter Schneider. Er war bei dem Tiefbau-Unternehmer Bachmann in Leitelschön in Arbeit gewesen; da aber Bachmann dauernde Arbeit für Schneider nicht hatte, ließ er ihn von dem Gerber und Oekonom Lohse in Krimmitschau beschäftigen. Bei diesem verunglückte Schneider, er erlitt einen schweren Beinbruch, er wurde zwar geheilt, blieb aber erwerbsunfähig. Da Lohse den Schneider nicht bei einer Unfallgenossenschaft angemeldet hatte, wandte sich Schneider an die Tiefbau-Genossenschaft, in der er durch Bachmann versichert war. Diese wies Schneider an die land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft. Da die letztere ermittelte, daß Schneider bei Lohse im Steinbruch beschäftigt war, wies dieselbe Schneider an die Steinbruch-Genossenschaft. Diese ermittelte aber, daß Schneider keinen Stein gebrochen, sondern den Steinbruch wieder mit Erde bedeckt habe und verwies ihn deshalb wieder an die land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.

Schneider, der so von Pontius zu Pilatus geschickt wurde, aber gänzlich mittellos war, hatte schließlich von dieser Behandlung genug; er ging hin und erhängte sich. Damit war der Kompetenzkonflikt der Berufsgenossenschaften beseitigt und ein armer Proletarier weniger in der Welt. Aber mit welchen Gedanken und Gefühlen über die Sozialreform im Deutschen Reich mag dieser Kernste zum Strid gegriffen haben? —

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Berliner Lehrerverein nahm gestern Abend in einer allgemeinen Lehrerversammlung, die im „Berliner Handwerkerverein“ tagte, Stellung zu dem Reliktengesetz-Entwurf. Nach einem Referat des Vorsitzenden des Deutschen Lehrerverbandes, Lehrers Clausenier, gelangte ein Beschlußantrag zur Annahme, wonach der Berliner Lehrerverein dem diesbezüglichen Gesetzesentwurf, mit einigen Einschränkungen, seine Zustimmung ertheilt.

Strasburg i. Elz., 15. Febr. (W. T. B.) Nach Meldungen verschiedener Blätter machte sich gestern Nachmittag 5 Uhr das Erdbeben auch in den elzässigen Gemeinden des Kreises Schlettstadt, die dem Kaiserstuhl gegenüber liegen, bemerkbar. Die Dauer des Erdbebens wird auf zwei bis fünf Sekunden angegeben. Die Richtung des Erdstoßes ging von Südwest nach Nordost.

Budapest, 15. Februar. (W. T. B.) Verhaftet wurde durch die Polizei der Ulanenoberleutnant Ritter von Zieskowski wegen Wechselfälschungen im Betrage von 28 000 Gulden.

London, 15. Februar. (W. T. B.) Unterhaus. Bei der fortgesetzten Redebrattee bringt Mac Reill einen Interantrag ein, in dem hervorgehoben wird, daß von 44 Ministern 25 Verwalter rathen bei Aktiengesellschaften seien. Ein solches Amt sei mit dem Amte eines Ministers unvereinbar und geeignet, das staatliche Leben herabzuwürdigen. Campbell Bannerman unterstützt den Antrag; Walfour bekämpft denselben. Der Interantrag wird darauf mit 247 gegen 143 Stimmen verworfen.

London, 15. Februar. (W. T. B.) Nach einer bei London eingegangenen Meldung aus St. Michaels (Azoren) vom heutigen Tage, sind die Mannschaft und die Passagiere der „Vulgaria“, welche von dem Dampfer „Wechhausen“ aufgenommen wurden, gestern Mittag dort gelandet. Von der „Vulgaria“ wurde berichtet, daß sich die Ladung des Dampfers verschoben habe, so daß das Schiff auf der Seite lag. Ein Theil der Ladung wurde aber Bord geworfen; 150 Pferde gingen verloren. Ein Boot mit 5 Mann wurde in See getrieben. Der Dampfer „Wechhausen“ wartete bis zum 6. Februar Mittags, konnte jedoch von der „Vulgaria“ nichts sehen.

London, 15. Februar. (W. T. B.) Nach einem Lloyd-Telegramm aus Saint Catherine's Point (Insel Wight) signalisirte der von Savannah nach Bremen unterwegs befindliche englische Dampfer „Aoridian“, er habe mit der „Vulgaria“ unter dem 48. Grad westlicher Länge Signale getauscht. Die „Vulgaria“ sei in hilflosem Zustande gewesen.

Madrid, 15. Februar. (W. T. B.) Aus Bilbao wird gemeldet, daß es dort wegen Auslieferung gegen die Thür- und Fenstersteuer zu Unruhen gekommen ist, die Polizei aber die Ordnung wieder hergestellt hat.

Sofia, 15. Februar. (W. T. B.) Infolge Antrags des Justizministers begnadigte der Fürst sämtliche wegen Verbrechen verurtheilten Journalisten und andere Personlichkeiten.

Bombay, den 15. Februar. (W. T. B.) In den Südkoliar-Goldfeldern hat das Auftreten der Pest zu einer Panik Anlaß gegeben; 2500 Anliss sind entflohen. Bisher waren 60 Fälle von Erkrankung an Pest zu verzeichnen, von denen 45 einen tödtlichen Ausgang hatten.

Reichstag.

33. Sitzung, Mittwoch, 16. Februar 1899, 1 Uhr. Am Tische des Bundesrates: Graf v. Posadowsky. Die erste Beratung des neuen Invalidenversicherungsgesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Bayer (lib. Sp.):

Es ist bezeichnend, daß sich für den Vermögensausgleich nur die Konservativen und die Reformpartei ausgesprochen haben. Die traurige Lage der ostpreussischen Versicherungsanstalt — und diese soll ja den Ausgleich begründen — ist sicher nicht unverschuldet gekommen. Jene eine Abhilfe muß da natürlich geschaffen werden. Da giebt es mancherlei Mittel: Veräußerung des Reichszustausches und Verdrückung der Rentenlasten. Ein ungerechtfertigtes Wohlwollen auf Kosten der Arbeiter können wir aber nicht üben. Die nothwendigen Anstalten könnten freilich das, was zu ihrem Dedungskapital fehlt, von den anderen Anstalten erhalten, aber nur von den Ueberflüssen über deren Dedungskapital. Damit wäre die Kalamität gehoben, ohne daß für alle Zeit eine Zwangsheilung gesetzlich festgelegt wird, ohne die Mediation der jetzt bestehenden selbständigen Versicherungsanstalten.

Was die Frage der örtlichen Rentenstellen anlangt, so halte ich dieselben für durchaus ungeeignet zur Erfüllung ihrer Hauptaufgabe, nämlich der Mitwirkung bei der Feststellung der Renten. Es würde ihnen vornehmlich das nötige Wissen, die nötige Erfahrung und die wünschenswerthe Objektivität fehlen. Sie werden wahrscheinlich stets bestritt sein, die Lasten auf andere Schultern abzuwälzen. Der persönliche Verkehr mit den Rentenempfängern kann da kein genügendes Äquivalent bieten. Es kommt eben darauf an, wie diese persönliche Verkehr beschaffen ist. Ob der Einzelne seine Rente als Wohlthat oder als Recht ansieht, ist ohnehin Sache des Temperaments. Wenn er ein sehr dankbares Gemüth ist, wird er es vielleicht als Wohlthat annehmen. Hoffentlich wird es nicht viele solche dankbare Gemüther geben. Der Hauptnachtheil der Einrichtung örtlicher Rentenstellen scheint mir der, daß sie der bestehenden Organisation künstlich aufgefressen werden, nicht organisch aus ihr herauswachsen. Für Dezentralisation bin ich sehr zu haben, auf den meisten Gebieten. Aber sie muß eben der Zweckmäßigkeit entsprechen und nicht etwa die Erfüllung der Funktionen in Frage stellen, wie das hier entschieden der Fall sein würde. Man sollte dezentralisieren im Sinne der Stärkung der Selbstverwaltung. Ich hoffe, daß die Kommission bemüht sein wird, dem Bureaukratismus, der in der Vorlage enthalten ist, möglichst viel auszuwmerzen. (Beifall links.)

Abg. von Vöbell (l.):

Das Vermögen der Versicherungsanstalten gehört den Arbeitern im Allgemeinen. Es ist durch ein Reichsgesetz aufgebracht zu einem Reichszweck. Von einem Privatvermögen der einzelnen Anstalten kann gar keine Rede sein. Es ist durchaus unzulässig, bei dem Regierungsentwurf von sozialdemokratischen Theilungsgelüsten zu reden.

In Bezug auf die formalen Änderungen siehe ich dagegen nicht auf dem Boden der Vorlage. Das bestehende Verfahren ist keineswegs so bürokratisch, wie es dargestellt wurde. Auch der mündliche Verkehr wird keine wesentliche Änderung bewirken. Gerade das jetzige Verfahren hat sich außerordentlich bewährt, vor allem bei der Vorbereitung und Festlegung der Renten. Den Ausschlag giebt ja doch stets das ärztliche Urtheil. Auch die örtlichen Rentenstellen werden sich nach ihm richten müssen, Stimulanten gegenüber werden auch diese maßlos sein. Nimmt man den Versicherungsanstalten das Recht der Entscheidung, so fällt man diesen sonst so lebensfähigen Gebilden eine capitis diminutio zu. Ich schlage vor: man lasse es bei dem bisherigen Verfahren, bei der Vorbereitung und der Festlegung der Renten. Das Patentelement hat nur Zweck in der Entscheidungsinstanz, nicht aber bei der Vorbereitung.

Die konservative Partei ist nach wie vor gewillt, in Arbeiter-schutz und Arbeiterversicherung mitzuarbeiten. Aber wir sind der Ansicht, daß das Tempo ein launiges sein muß. Die Sozialpolitik hat bisher stets nur für den Arbeiter gefordert. Es ist hohe Zeit, daß sie sich endlich des Mittelstandes annimmt. (Bravo! rechts.) Die Sozialpolitik kann aber so lange keinen Erfolg haben, als man nicht der Agitation entgegentritt, die in Stadt und Land seitens der Sozialdemokratie ins Werk gesetzt wird. Wir müssen die Arbeiterschaft, in der noch viel gesunder nationaler Sinn ruht, schützen vor der Sozialdemokratie. (Sehr richtig! rechts.) Wie wird denn agitiert? Ein Beispiel davon haben wir hier im Hause vor Kurzem erlebt. Herr Wollenbühr hat am Montag eine Anschuldigung des Herrn v. Korn aus dem Abgeordnetenhaus zitiert, wonach dieser für die Erziehung der Minderjährigen die Prügelstrafe empfohlen habe. Dies hat Herr Wollenbühr am Montag aus der „Kreuzzeitung“ zitiert, während schon am Sonntag in der „Kreuzzeitung“ folgende Verichtigung gestanden hat: Der Passus aus der gestrigen Rede des Herrn v. Korn über die Prügelstrafe ist ganz entfallen worden. Herr v. Korn hat sich nur für die Prügelstrafe gegen die zunehmende Verrohung der Minderjährigen ausgesprochen. Trotzdem also hat Herr Wollenbühr am Montag diese grobe Entstellung wieder vorgebracht. Ich enthalte mich jeder Bemerkung darüber, da ich keinen parlamentarischen Ausdruck für solches Verhalten habe. Im Uebrigen billige ich vollständig diese Anschuldigung des Herrn v. Korn. Gegenüber der Verrohung der jungen Deutschen (Abg. Vöbell: Verrohung der Studenten) ist die Prügelstrafe durchaus notwendig und ich richte die dringende Bitte an die Regierung, gegenüber der maßlosen Agitation der Sozialdemokratie mit allen Mitteln vorzugehen. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky:

Ich muß noch auf einige Einzelheiten in den Ausführungen der Reden der Redner eingehen. Man hat gesagt, die Verhältnisse der ostpreussischen Versicherungsanstalt würdelt im natürlichen Verhältnis der Uebergangsperiode. Ich habe allerdings gewünscht, man solle während der Uebergangsperiode nicht so engstirnig mit der Bewilligung von Renten vorgehen; daß das aber nicht nur in Ostpreußen, sondern überall geschehe. Man hat infolge dieser verschiedenen Zustände in Versicherungsanstalten schwere Vorwürfe gegen diejenigen erhoben, die jeherzeit die mathematischen Grundlagen geschaffen haben. Aber, meine Herren, bedenken Sie doch, vor wem? Vollkommen fremdem Material wie damals standen. Es fehlte uns das ganze statistische Material, das wir jetzt benutzen können.

Ein solcher Irrthum in der Kalkulation ist doch aber immer möglich und gerade diese Thatsache bildet nach meiner Ueberzeugung die innere sittliche Begründung dafür, daß ein Ausgleich zu Stande kommen muß. Außerdem sind manche Ursachen erst nachträglich entstanden, so z. B. die massenhafte Abwanderung der jungen Leute nach den Hauptindustrienzentren, die die Mathematiker nicht voraussehen konnten. Es ist gesagt worden, man solle sich vor der Differenzierung der Beiträge nicht scheuen, viel schlimmer sei die Differenzierung der Renten. Die Höhe der Rente beruht doch aber auf den höheren Löhnen, die wieder die Abwanderung nach den Industriezentren bewirken. Wir haben doch aber keinen Grund, nun zu dieser Ursache der Abwanderung noch die andere Ursache der verschiedenen hohen Beiträge festzulegen. — Man hat auch das System der Novelle angegriffen, daß die Grundrente erhöht und die Steigerung ermäßigt. Durch die jetzige Methode wird doch aber gerade erreicht, daß hochgelohnte Arbeiter, also besonders solche, welche in gefährlichen Betrieben arbeiten und infolge dessen eine längere Aktivität haben, schneller in den Besitz einer hohen Rente kommen. — Herr Hise hat

gewünscht, man möge mit der Invalidenversicherung auch die Wittwen- und Waisenversicherung verbinden. Gewiß wäre das sehr erwünscht, wenn wir nur unseren industriellen und landwirtschaftlichen Arbeitern die dazu nötige Erhöhung der Beiträge zumuthen könnten. Die Beiträge müßten nämlich um das Doppelte erhöht werden! Für viel dringender halte ich die Ausfüllung der schrecklichen Lücke, der 18 Wochen, die zwischen dem Aufhören der Krankenversicherung und dem Beginn der Invalidität liegen. Diese 18 Wochen hindurch muß ein Mann, der noch nicht geheilt ist, sich und seine Familie durchbringen und da kann er leicht in seinen Vermögensverhältnissen herunterkommen. Schließlich komme ich nochmals auf die Rentenstellen. Wer die Dezentralisation wünscht, muß unbedingt auch diese Organisation annehmen, denn sie ist der erste Schritt zu diesen Zielen. Das Entscheidende ist — dies bemerke ich gegenüber dem Herrn Redner — daß man die Verhältnisse des Einzelnen von einer lokalen Stelle aus besser beurtheilen kann, als von einer Landes-Versicherungsanstalt aus. Sehr häufig liegen verschiedene ärztliche Urtheile vor und da kann die Rentenstelle gerecht nur entscheiden, wenn sie den Betreffenden vor sich hat. Auf dem Gebiet der Armenpflege unterscheidet doch auch nicht der Landeshauptmann, sondern der zuständige Landrath, ob ein Mann erwerbsunfähig ist oder nicht. Ich betone nochmals, daß ohne den gewissen Schritt zu diesen Zielen die Organisation mit Unterdeckung unansführbar ist.

Abg. Herrmann (Z.):

(bei der Unruhe des Hauses vollends schwer verständlich) spricht über die verderblichen Folgen der Sachfengerei, die hieraus resultierende Nothlage der ostpreussischen Landwirtschaft, die die Kalamität der ostpreussischen Versicherungsanstalt bedingt. Die Leute wandern mit allen arbeitsfähigen Mitgliedern ihrer Familie aus, infolge dessen werden die Zurückgebliebenen doppelt und dreifach besuert. Das Allegebiet hat der Landwirtschaft nur Unheil gebracht. Es hat durch Steigerung der Begehrlichkeit die Leute in die Stadt gelockt. Das Zentrum hat gegen die Einbeziehung der Landwirtschaft in dieses Gesetz gestimmt. Man hat es nicht gehört, und nun muß Opreußen darunter leiden. Jetzt aber hat auch das Reich die Verpflichtung, den Opreußen in ihrer Bedrängnis beizustehen, am besten durch Schaffung eines Reservefonds. (Bravo! rechts.)

Abg. Wurm (Soz.):

Wenn die Debatte über das Invalidenversicherungsgesetz auch manches Absonderliche bereits gezeigt hat, so hat den Vogel auszuwischen mein Redner, der Vertreter von Allenstein, abgelehnt. Er hat hier gesagt: „Das Allegebiet hat die Begehrlichkeit der Leute gesteigert. Und das ist die Ursache, weshalb die Leute vom Lande in die Stadt gehen.“ Das übersteigt ja alles, was von konservativer Seite gesagt worden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der konservative Redner des heutigen Tages, der Herr v. Vöbell, hat das wahre Gesicht der Konservativen und ihre wahre Arbeiter-fremdschaft und gezeigt. Er verhielt sich im Rahmen seiner Fraktion, daß man all die formalen Neuerungen, die Einführung des mündlichen Verfahrens also nicht mitmachen wollte, daß dagegen der geplante Vermögensausgleich einem lang gehegten Wunsch entspräche. Also mit diesen Worten: die eventuellen Vortheile für die Arbeiter gehen um gar nichts an. Nur Geld her! Alles andere ist Nebensache. (Sehr richtig! links.)

Herr v. Vöbell rügte es, daß noch nie von der Sozialdemokratie die Fürsorge der anderen Parteien für die Arbeiterklasse so recht anerkannt worden sei. Ach, meine Herren, was Sie je für die Arbeiter gethan haben, das haben Sie ja nur gethan aus Furcht vor uns. (Stürmische Heiterkeit rechts.) Den besten Beweis dafür bietet die Einleitung der ganzen Sozialreform, die laienliche Volksschule vom Jahre 1881, die ja die Sozialpolitik zum Schutz gegen sozialdemokratische Bestrebungen forderte. Einen weiteren Beweis bietet die Rede des Grafen Posadowsky, mit der er diesen Gesetzentwurf begründet hat wo er ausdrücklich sagte, daß, wenn nichts für die Arbeiter geschehe, die Arbeiter Sozialdemokraten werden würden. (Unruhe und Heiterkeit rechts, die die nächsten Worte des Redners unverständlich macht.) Natürlich ist es Ihnen außerdem noch ganz lieb, daß die Versicherungsgesetze Ihnen einen Theil der Lasten abgenommen haben, die Sie sonst für die Armenpflege hätten anwenden müssen. (Unruhe und Heiterkeit rechts.) Sie würden nicht lachen, wenn Sie die Bücher gelesen hätten, die sich damit beschäftigen. In dem Vierteljahrsheft für Statistik von 1897 ist ein Artikel erschienen, überschrieben: Die Einwirkung der Versicherungs-Gesetzgebung auf die Armenpflege, in dem konstatirt wird, daß die Versicherungsregelung auf die Armenpflege entsetzlich eingewirkt habe. Da haben Sie den atemnahen Beweis für meine Behauptung. In der Armenpflege hätten aber die Arbeiter nichts beigetragen. Sie können also nicht bestreiten, daß die Arbeiter Ihnen einen Theil der Kosten abgenommen haben. Es bleibt freilich bedauerlich, daß die Armenpflege nicht ganz überflüssig gemacht worden ist. Die Empfänger der Renten können oft damit nicht auskommen, so daß die Armenpflege nachhelfen muß. Sie brauchen also wirklich nicht entriest darüber zu thun, daß die Sozialdemokraten es an der Anerkennung Ihrer Thätigkeit so sehr fehlen lassen, zumal das, was geboten wurde, nur zum kleinsten Theile den Anforderungen entspricht, die die Arbeiter an Staat und Gesellschaft zu stellen haben, und zumal hier, wo auf Kosten der Arbeiter eine Liebesgabe an die Agrarier gezahlt werden soll. (Unruhe und Heiterkeit rechts.) Sie mögen widersprechen, wie Sie nur wollen; Schließlich sind all Ihre Schlußfolgerungen doch nur die: Weil wir kein Geld haben, müßt Ihr welches hergeben. (Unruhe und Heiterkeit rechts.)

Nebensächlich in seiner Sonderbarkeit war das, was der Herr Graf v. Posadowsky und mit ihm der Redner der Rechten über die ergänzende Pflicht der Arbeiter für das Recht der Freizügigkeit gesagt hat. Aber, meine Herren, diese Annahme liegt ja über ein halbes Jahrhundert zurück! (Unruhe und Heiterkeit rechts) und ich glaube, Sie werden im Deutschen Reich heute keinen Vorschlag mehr finden. (Lebhafte Widerspruch rechts.) Freilich, Ihnen (nach rechts) würde dergleichen ja sehr recht sein. So eine Art Abzugsgeld für die Freizügigkeit, das wäre so der erste Schritt für die Abschaffung der Freizügigkeit. Und da der erste Schritt bekanntlich stets der schwerste ist, so könnte diese ja bald folgen. (Unruhe und Heiterkeit rechts.)

Man hat ferner den Vermögensausgleich sozialistisch genannt. Meine Herren, sozialistisch ist, wenn man den Arbeitern etwas giebt, nicht, wenn man ihnen etwas nimmt. (Große Heiterkeit rechts.) Wenn Sie, die Sie 1888 uns angegriffen haben, weil wir gegen das Gesetz gestimmt, damals auf unsere Vorschläge eingegangen wären, so wäre die ganze Kalamität, über die Sie heute klagen, nicht vorhanden. (Heiterkeit rechts.) Wir haben damals beantragt, daß eine untere Vermögensgrenze für die Zahlungspflicht gesetzt werde. (Viele Zurufe rechts: Pöhl! Pöhl!) Herr von Pöhl hat nur von uns abgeschrieben und natürlich unsere Forderungen auch verschleiert. (Heiterkeit rechts.) Herr von Pöhl setzte die Grenze auf 600 M. fest, wie aber wollten bereits alle Vermögen unter 8000 M. abgenommen und von da ab die Vermögensgrenze in progressiver Steigerung eingeführt wissen. Herr v. Pöhl hat die Einkommen der Handwerker, der Industrie-Arbeiter, der Bauern mit einbezogen; nur die landwirtschaftlichen Arbeiter hat er abgenommen, um sich bei ihnen lieb Freund zu machen. (Heiterkeit rechts.) Lassen Sie nur, um Ihre Verlegenheit zu verbergen. Sie können nicht bestreiten, daß wir vor Jahren bereits das vertreten haben, was heute erst allgemein anerkannt wird. So vor allem auch die Vereinheitlichung der ganzen Versicherungs-Gesetzgebung. Die Landwirtschaft beklagt sich über zu hohe Lasten. Dabei hat die Industrie andere Lasten zu tragen. Die Lasten aus

dem Unfallversicherungs-Gesetz sind bei ihr bedeutend höher wie bei der Landwirtschaft. Jeder Stand hat seine Freuden, jeder Stand hat seine Last: die Industrie höhere Unfallkosten, die Landwirtschaft höhere Altersversicherungskosten. Es wäre nicht mehr als gerecht, daß die Landwirtschaft diese höheren Lasten aus eigenen Zuschüssen dekt. Herr v. Nitzsche meint, das würde die Arbeiter zu hoch belasten. Wir wissen ja, wie sehr Ihnen das Wohl Ihrer Arbeiter am Herzen liegt. Vielleicht entschließen sich die Arbeitgeber dazu, zwei Drittel der Lasten zu tragen und den Arbeitern nur ein Drittel aufzubürden. Damit würden Sie freilich bei den Bauern schon ankommen, und wie selbst verlangen diese Regelung auch nicht, denn wir sind wohl überzeugt, daß der Großgrundbesitzer diese Mehrbelastung anhalten kann und wollen sie dem Bauern nicht aufhalsen. Das einzige Mittel — ist der Einkommen-Steuerzuschuß in progressiver Steigerung. Auch Herr Vöbell weist diese Bedenken in seiner bekannten Prosaik nicht von der Hand. Wie jetzt aber die Dinge liegen, können Sie es den Arbeitern gar nicht abel nehmen, wenn sie aus dem Paradies, das uns Herr Gamp geschildert hat, fliehen. In dem Paradies ist Herr Gamp auch nur gekommen, weil er für die Einmündigen Berliner Marktpreise berechnet hat. Ja, wenn Sie das Stüchchen Kartoffel und des Arbeiters hier nach Berlin an die Ecke der Friedrichs- und Leipzigerstraße verlegen könnten, dann wäre ja der Arbeiter ein ganz wohlthätiger Mann. (Große Heiterkeit, Widerspruch rechts.) Aber vorläufig gilt vom ländlichen Arbeiter noch das Lied des von Ihnen nicht hochgeschätzten Dichters Heinrich Heine: „Es giebt zwei Sorten Motten, die hungrigen und die fatten, die fatten bleiben vergnügt zu Haus, die hungrigen aber wandern aus.“ Wegen die Landarbeiterlust helfen nicht ihre allerhöchsten Reden, ihre noch so paradiesischen Schilderungen. Da hilft nur die „Suppen-logik mit Knodelgründen“. Aber ich rathe Ihnen diese Speisefarte aus dem Landtag nicht auf das Land zu bringen, die Arbeiter könnten dann doch begehrtlicher werden als sie es jetzt ihrer Ansicht nach schon sind.

Für eine Erhöhung des Reichszustausches sind wir nicht zu haben, denn was ist der Reichszustausch? Er besteht zum größten Theil aus Arbeitergeld, auch den Bayerischen Vorschlag einer einmaligen Unterfertigung müssen wir ablehnen. Auch hier ist der erste Schritt verberlich und bei einer einmaligen Abfindung würde es nicht bleiben. Wir können diesen Vorschlägen nicht zustimmen, da den Arbeitern nicht einmal nennenswerthe Verbesserungen und Rechte in diesem neuen Gesetze eingeräumt sind. Kleine Verbesserungen sind anzuerkennen. Die Erleichterung in der Bewilligung der Invalidenrente, die in § 4 ausgesprochen ist, würde bei verständiger Handhabung eine Verbesserung bedeuten. Leider fürchten wir, daß diese verständige Handhabung ausbleiben wird. In den Motiven heißt es schon sehr verächtlich: die Kosten sollen dadurch nicht höher werden. Nach unserer Meinung müßte schon bei halber Erwerbsunfähigkeit die Invalidenrente eintreten. In den Motiven sind so vielfach die preussischen Anknüpfungslasten herangezogen worden. Gerade diese geben schon bei 50 pCt. Erwerbsunfähigkeit die Rente. Als einen Vorteil sehen wir die Verkürzung der Karenzzeit von 63 auf 28 Wochen an. Es freut uns, daß der Staatssekretär die Befreiung des jetzt noch bestehenden Raumens zwischen Kranken- und Invalidenversicherung für überaus wichtig erklärt hat. Aber die Befreiung dieses Raumens ist doch ganz einfach. Entweder man ändert das Krankenversicherungsgesetz, daß Krankengelder statt nach dreizehn bis nach sechsundzwanzig Wochen gezahlt werden oder man ändert das Invalidengesetz und läßt die Invalidität schon nach 18 Wochen eintreten. Herr Gamp meinte, die Landarbeiter brauchen keine Krankenkassen, sie erhalten bei Krankheiten ihre Medikamente und freien Arzt weiter. Das mag für die auf Jahreskontakt gestellten Arbeiter richtig sein, das ist aber nicht die Mehrzahl (Widerspruch rechts). Keinesfalls können wir die landwirtschaftlichen Arbeitgeber von der Verpflichtung der Krankenversicherung befreien und wir bekunden nur das Solidaritätsgesühl für alle Arbeiter, wenn wir in dieser Beziehung die ländlichen Arbeiter den industriellen gleichstellen wollen. Nun ist von einem Zwang die Rede gemeint, der den Versicherungsanstalten zugesprochen werden soll, wenn sie ein Heilverfahren für nothwendig halten. Auch hiergegen müssen wir uns erklären. Woher kommt der Widerwille der Arbeiter gegen die Heilanstalten? Weil ihnen keine Rechte in der Verwaltung und keine Kontrolle in den Anstalten eingeräumt sind. Bei der Unfallversicherung hat man diese Heilanstalten Rentenquerscheine genannt. Wir wollen diese Rentenquerscheine nicht vergrößern. Geben Sie den Arbeitern die Verwaltung in die Hände, dann wird sich niemand weigern. Das heißt sich aber nicht bloß dahin beschließen lassen, damit die Anstalt Geld spart, können wir ihnen nicht bestreiten. Es werden dort allerlei Kurven an den Arbeitern vorgenommen. Dazu gehört doch die Einwilligung des Patienten! Und den Arbeiter, der sich weigert, mit Rentenentziehung zu bestrafen, das halten wir für barbarisch. Eine solche Bestimmung darf in einem sozialreformatorischen Gesetz keinen Platz haben. Wir halten die soziale Gesetzgebung für einen Ausbau der Armenpflege. Wenn wir dieses Wort gebrauchen, soll darin nichts Herabsetzendes liegen, denn der Staat hat die Pflicht, für seine armen und Schwachen Mitglieder einzutreten. Selbstverständlich soll dieser Armenpflege jedes entprechende Merkmal fehlen. Die Armen, die durch die Gesellschaft arm geworden sind, sollen nicht nach dem Mafel angeheftet erhalten, daß sie ausgestoßen sind aus den Rechten dieser Gesellschaft. Bei den Rentenstellen, dem Lieblingskinde des Grafen Posadowsky ist den Arbeitern ein viel zu geringer Einfluß eingeräumt. Würden sie richtig ausgebaut und zu wirklichen Vertrauensorganen der Arbeiter, so könnten sie in der That Nützliches leisten. Wie kommen denn heute die Gutachten zu Stande? Der Arzt, der das schriftliche Gutachten abgiebt, hat von dem praktischen Arbeiterleben, häufig genug keine Ahnung. (Widerspruch rechts.) Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Frage, ob ein Mann noch erwerbsfähig ist, kann sehr schlecht von dem beurtheilt werden, der außerhalb der Sphäre der Arbeiter lebt. Wenn der Rentenanstaltsteller seine Sache persönlich vertritt, wird er sein Recht leichter finden können wie früher und alles überflüssige Schreibewerk wird vermieden. Wer das Arbeiterleben kennt, weiß, wie schwer es manchmal dem Arbeiter wird, seine Ansprüche durchzusetzen. Auf dem Lande kommt häufig der Bürgermeister und der Gemeindevorsteher die Versicherungs-Gesetzgebung nicht. (Widerspruch rechts.) Es gehören praktische Leute dazu, wie wir sie in jeder Redaktion unserer sozialdemokratischen Zeitungen haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Arbeitersekretariate liefern täglich den Beweis ihrer Sachkunde. In der Begründung lesen wir, daß die Rentenstellen der bösen Sozialdemokratie Konkurrenz machen sollen. Wir wünschen ihnen alles Glück dazu. Wir werden Alles thun, um ein wirklich vorzügliches Gesetz zu Stande zu bringen. Hoffentlich werden Sie unsere Selbstlosigkeit zu würdigen wissen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) So wie die Vorlage aber jetzt beschaffen ist, bringt sie zu wenig Verbesserungen und stiftet zu viel Schaden. Wir verlangen, daß die Revisor bei den Rentenstellen geheim und direkt in der Art gewählt werden, wie wir bei den Gewerbegerichten beauftragt haben. Das aktive und passive Wahlrecht für die Revisor ist gerade bei diesem Gesetz besonders nothwendig. Mindestens alternativ müßten Frauen die Beschwerden der kranken Frauen und Mädchen entgegennehmen und entscheiden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn der Abg. Bayer meint, die Rentenstellen würden zu teuer, so spielt für uns die Kostenfrage keine so große Rolle. Wir fragen zuerst nach der Richtigkeit, und die Richtigkeit ist abhängig von der Form der Organisation. Wie hoch die Kosten sein werden, läßt sich noch gar nicht beurtheilen. Sie werden auf 3,8 auf 10 Millionen geschätzt. Aber man weiß noch gar nicht, wie sehr sich die Kosten des Schiedsgerichts verringern werden. Daß bei

*) Man macht sie einen Kopf kürzer.

der bezweckten Organisation die Kosten höher als nötig sein werden, ist zweifellos. Den Rentenstellen sollten auch die Entscheidung bei den Unfallversicherungs-Anträgen überwiesen werden. Dann könnte gepart und das den Arbeitern ungenügende System der Berufs-genossenschaften aufgegeben werden.

Die Renten sind lange nicht hoch genug. In manchen Städten ist das Armengeld höher. Die Renten könnten erhöht werden, wenn man die großen Gebiude mehr in Anspruch nähme. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Bei der jetzigen Organisation aber ist garnicht an ihren Ausbau zu denken. Dabei ist die Einrichtung einer Wittwen- und Waisenversorgung dringend notwendig. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Eine Unsumme von Geld ist hier zu besichtigen. Wenn Sie aber die Kosten immer wieder auf den Arbeiter wälzen, der bei unzureichenden Löhnen Alles bezahlen soll, dann wird wieder nur eine Bettelstube zustande kommen. (Widerpruch rechts.) Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen eine richtige Organisation der gesamten Versicherung und eine richtige Verteilung der Lasten. Schaffen Sie eine solche Sozialreform, dann können Sie wenigstens hoffen, uns Abbruch zu thun. Vorläufig halten Sie aber lieber schöne Reden im Abgeordnetenhaus, die uns so viel neue Rekruten schaffen, daß wir kaum Zeit haben, sie einzureihen. (Lärm rechts. Lebhafter Beifall links.) Herr v. Löblich hat sich ja heute auch wieder für die Prügelstrafe zur Bekämpfung der Verrohung minderjähriger Arbeiter ausgesprochen. Tiefe Studien über den Strafvollzug hat der Herr Abgeordnete wohl nicht angestellt, denn sonst würde er wissen, daß alle hervorragenden Theoretiker und Praktiker unter Anderen auch der Strafanstalts-Direktor Dr. Krohne — gegen die Prügelstrafe ausgesprochen haben, weil sie verrohend auf den Mächtiger wie auf den Jüngling, wie auf den, der sie in die Gefes-gebung einführen will, wirken muß. (Lärm rechts.) Wie würde es Ihnen gefallen, wenn für die Robbeisverbrechen der herrschenden Klassen die Prügelstrafe verlangt würde? Was wollten Sie anfangen, wenn alle die, die Schmarren im Gesicht haben, blos den Landraths-posten verlieren müßten, den sie etwa bekleiden. (Lärm rechts, Heiterkeit links.) Auf Ihrer Seite haben die Verteidiger des Kolonialhelden Peters gefessen. Wir verurtheilen jede Gewaltthätigkeit, jede Rohheit, jede Brutalität, das entspricht unserem ganzen Wesen. (Lärm rechts, Auf: die Kommune!) Herr Liebermann von Sonnenberg, Sie scheinen seit 1871 nichts mehr zugelehrt zu haben! (Heiterkeit links.) Es war ein Bürgerkrieg und auch in anderen Bürgerkriegen ist tobgeschlagen worden und wurden Häuser angezündet. Auch der Krieg von 1808 gilt manchen Leuten noch heute als Bürgerkrieg. Unterlassen Sie nur die Moralpredigten und gegenüber. Wir halten stramme Ordnung. Der Anschauungen, über die Prügelstrafe z. B., vertritt, die mit der unsrigen nicht konform sind, der geht. (Auf: rechts: Plegt!) Da wird nicht viel Belehrens gemacht. (Lachen rechts.)

Die Vorlage hat sehr viele Freunde im Einzelnen, aber sehr wenig Anhänger im Ganzen gefunden. In der Kommission kann sehr viel an ihr noch gebessert werden. Auch auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung kann für die Arbeiter noch viel ge-schehen. Auch wir beantragen die Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern, und dort sollen Sie uns auf dem Posten sehen, um ein Konkurrenzgesetz gegen uns zu schaffen, so schön, wie es nur irgend möglich ist. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hilb (natl.):

Wenn ein Engel vom Himmel herabstiege, würde er die Sozialdemokraten nicht überzeugen können. Ich will deshalb nicht erst versuchen, den Abg. Wurm zu widerlegen. In einem gebe ich ihm Recht: Die Vorlage ist ganz im einseitigen agrarischen Interesse ge-fallen. Ich schreibe mich dem Vorschläge meines Kollegen Hof-mann an, der die Bildung eines Ausgleichsfonds wünschte, aus dem Zuschüsse an die nothleidenden Anstalten gezahlt werden könnten. Unsere westfälischen Vergleite sehen dieses Verfahren ein-fach für Raub an und ich bin nicht in der Lage, wenn ich wieder nach Hause komme, ihnen zu sagen, das sie lüthet haben. Das Vermögen der Anstalten ist das Vermögen der Arbeiter, man kann es ihnen doch nicht einfach konfiszieren. Wegen der lumpigen zehn Millionen, die der einen Anstalt fehlen, gefährden Sie den sozialen Frieden zweier Provinzen.

Direktor im Reichsamt des Innern Wochter:

Es handelt sich nicht nur um die „lumpigen“ 10 Millionen einer Anstalt, sondern um dauernde Unterbilanzen in mehreren Anstalten. Ein Ausgleichsfonds müßte fortlaufend ergänzt werden.

Abg. Haub (Eh.):

Das alte Invaliditätsgesetz erfreut sich in Elsaß-Lothringen großer Unpopulartät. Die Erlangung der Rente ist zu schwer, die Rente trägt die Charakter des Almosen. Der neue Entwurf stellt einen Fortschritt dar. In die Verwaltung der Rentenstellen darf aber nicht der Kreisdirektor hinein, sonst würde die Invalidenrente bald eine Belohnung für gefällige Wähler werden. In der Frage des Vermögensausgleichs stehe ich auf dem Standpunkt des Abg. Hige. Wir Elsaß-Lothringer behalten gern, was wir haben, namentlich wenn es sich um Preußen handelt. (Heiterkeit.)

Abg. Sachse (S.):

Ich hätte nicht das Wort genommen, wenn nicht Herr Hilb über das Lob des Anknappschaffens gelungen hätte, in das ich nicht einstimmen kann. Das Anknappschaffens hat in den letzten Jahren wesentliche Veränderungen erfahren, aber nicht zu Gunsten der Arbeiter. Herr Hilb hat auf die kolossalen Leistungen der Vergewerks-besitzer hingewiesen; ich will dem gegenüber auf die kolossalen Leistungen der Berg- und Hüttenarbeiter hinweisen und befreite diese kolossalen Leistungen der Arbeitgeber; ich könnte Ihnen Fälle an-führen, in denen sich die Vergewerksbesitzer in geradezu scholler Weise um ihre statutenmäßige Beitragspflicht gedrückt haben. (Hört, hört, links.)

Ich will nur noch kurz auf die Verschlechterungen eingehen, die das Versicherungs-gesetz den Berg- und Hüttenarbeitern gebracht hat. Nach Einführung der Versicherungs-kassen sind die Anknappschaffens zum Theil als gleichberechtigte Klassen umgestaltet worden, zum Theil als Zuschüsse, welche die von der Versicherungsanstalt gezahlten Renten voll in Abzug bringen, auch den Reichszuschuß, der doch sonst den Arbeitern zu Gute kommt. Endlich bringen diese Kassen auch die Leistungen aller anderen Klassen in Abrechnung, z. B. die Militär-pensionen, die Unfallrenten u. s. w. Wenn Sie in Ihren Krieger-vereinen wirklich etwas leisten wollen, so schämen Sie Ihre Krieger gegen derartige Schädigungen! Sorgen Sie für Gesetzesbestimmungen, die so etwas unmöglich machen. Die Berg- und Hüttenarbeiter sind durch das Versicherungs-gesetz stark benachteiligt worden. In den Anknappschaffens wurde die Invalidität bei 50 pCt. der Erwerbs-unfähigkeit anerkannt, in dem Reichsgesetz erst bei 1/2. Natürlich er-zegt das große Unzufriedenheit. Ferner ist es durchaus notwendig, daß die Altersgrenze von 70 auf 60 Jahre herabgesetzt werde; ein Alter von 70 Jahren erreichen gerade in diesen Betrieben die Ar-beiter in den seltensten Fällen. Auch das System der Vertrauens-ärzte muß geändert werden. Die Vertrauensärzte werden in den Vergewerken mit einem Ausdruck bezeichnet, den ich hier nicht gut nennen kann, und zwar, weil sie direkt von den Besitzern abhängig sind und deren Gunst sich nur dadurch erwerben können, daß sie in ihrem Sinne die Urtheile ausstellen. Den Berg- und Hüttenarbeitern hat die ganze soziale Gesetzgebung ohnehin nur Schaden gebracht. Früher zahlten die Klassen bei Verletzungen den vollen Lohn aus, mit der Reichsversicherung fiel das fort; bei Unfällen, die gerade hier am häufigsten sind, erhielten die Arbeiter früher volle Entschädigung; jetzt nur noch 1/2. Es wäre wirklich an der Zeit, daß die Gesetzgebung hier Wandel schaffe, damit die Vergewerker nicht Arbeiter zweiter Klasse werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hieraus wird die weitere Debatte auf morgen verlagert.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort

Abg. Wolfenbühler (Soz.): Der Abg. v. Löblich hat mit den Vorwürfen gemacht, daß ich den Bericht der Kreuz-Zeitung über die Abgeordnetenhaus-sitzung in der Sonnabend-Nummer am Montag hier zitiert habe, obwohl die Kreuz-Zeitung schon am Sonntag den Bericht vom Sonnabend berichtet habe. Ich bin nicht Abonnent

der Kreuz-Zeitung, habe die Sonntags-Nummer der Kreuz-Zeitung bis heute noch nicht gelesen, da ich Sonntag gar nicht in Berlin war und von der Verichtigung erst aus dem Munde des Abg. v. Löblich erfahren. Ich mußte den Bericht der Kreuz-Zeitung un-somewhat für richtig halten, als ich mir nicht denken kann, daß ein Anhänger der Prügelstrafe zugleich Gegner der Verrohung sein kann. (Sehr gut, links.)

Abg. von Liebermann (Antif.) will unter Vorpiegelung einer persönlichen Bemerkung gegen die Ausführungen des Abg. Wurm polemisieren. Er beschuldigt die Sozialdemokratie, den Löblicher Landfriedensbruch nicht mit einem Worte getadelt zu haben, wird aber vom Präsidenten an weiteren Ausführungen verhindert.

Rächste Sitzung Donnerstag, 1 Uhr. (1. Fortsetzung der heutigen Beratung, 2. Interpellation Johannsen, wegen der Ausweisungen von Dänen aus Schleswig. 3. Wahlprüfungen.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

Militärvorlage.

In der Budget-Kommission des Reichstages wurde heute zunächst über den einer Subkommission überwiesenen Etatstitel verhandelt, der für Arbeiterwohnungen auf den Re-monte epots 178 050 M. aussetzt. Wie Abgeordneter Müller-Juda (Z.) berichtet, hat die Subkommission diese Summe für zu hoch erachtet. Nach ihrer Meinung lassen sich die Arbeiterwohnungen billiger herstellen. Die Subkommission schlägt vor, nur 154 000 M. zu bewilligen. Die Kommission beschließt diesem Antrage gemäß — Hierauf wird die Beratung der Militärvorlage fort-gesetzt, und zwar steht § 2 des Gesetzes über die Friedens-Präsenzstärke zur Verhandlung, welcher lautet: „Vom 1. Oktober 1899 ab wird die Friedens-Präsenzstärke des deutschen Heeres als Jahres-Durchschnittsstärke allmählig herab-erhöht, daß sie im Laufe des Rechnungsjahres 1902 die Zahl von 502 506 Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten erreicht und in dieser Höhe bis zum 31. März 1904 bestehen bleibt. An der Friedenspräsenzstärke sind die Bundesstaaten mit eigener Militärverwaltung nach Maßgabe der Bevölkerungsstärke beteiligt. Die Einjährig-Wehrpflichtigen kommen auf die Friedenspräsenzstärke nicht in Anrechnung. In offenen Unteroffizierstellen dürfen Gemeine nicht verpflegt werden.“ Der Referent **Vasermann** betont, an Rekrutenmaterial sei augenblicklich ein Ueberschuß von 72 000 Mann, welche nicht zur Einstellung gelangen konnten. Die Etatserhöhung der Infanterie betrage 10 408 Mann, 222 Unteroffiziere, 112 Offiziere. Die Vermehrungen seien zum Theil die Folge der zweijährigen Dienstzeit. Gerade diejenigen, welche die zweijährige Dienstzeit wählten, müßten in erster Reihe für die Vorlage eintreten. Abg. **Gröber** (Z.) erklärt sich gegen die ge-forderte Verstärkung der Bataillone. Besonders eine Verstärkung der Garde sei nicht notwendig, in Berlin liege bereits Militär genug. Abg. **Graf Stolberg** (L.): Vielfach werde behauptet, die Konser-vativen hätten geheime Absichten gegen die zweijährige Dienstzeit. Diese Annahme sei ganz unbegründet. Seine Freunde seien viel-mehr bereit, den Versuch mit der zweijährigen Dienstzeit weiter zu fördern und zu diesem Zweck Alles zu bewilligen, was not-wendig sei. Die Verjüngung, weiterdienende dreijährige Mann-schaften zu gewinnen, halte er nicht für aussichtslos. Das beste sei eine Vermehrung der Unteroffizier-Stellen. Abgeordneter **Richter**: Der Wachdienst sei vielfach eine Vergeudung militärischer Kraft. Eine Verstärkung der Garde sei nicht nötig. Wollte man Grenz-Bataillone verstärken, so könne man ja andere Bataillone um so viel schwächer machen. Die Kommandierungen, worüber aus-sprechliche Nachweise erwünscht wären, könnten verringert werden. Vor allem aber sei dagegen zu protestieren, daß die zweijährige Dienstzeit als Schraube benutzt werde, um eine Ver-mehrung der Mannschaften zu erlangen. Kriegsminister **v. Goltz**: Die Vorlage sei die Nachwirkung der zweijährigen Dienstzeit. Mit Rücksicht auf die finanziell erforderlichen Mittel habe man sich auf das Wenigste beschränkt. Er bitte im Interesse der lokalen Durch-führung der zweijährigen Dienstzeit um Bewilligung. Abg. **Gröber** bemängelt das in der Begründung der Vorlage gegebene Material als ungenügend. Auch er vermisst die Nachweise über die Ab-sonderungen. Bei der Garde sei eine Vermehrung ent-schieden überflüssig. Die zweijährige Dienstzeit sei nicht ge-fährlich festgelegt. Das gezeichnete Material reiche für ihn nicht aus, um die Vorlage zu bewilligen. Abg. **Graf Noou** (L.): Seine politischen Freunde seien der Ueberzeugung, daß die zweijährige Dienstzeit mehr koste als die dreijährige. Ob der Versuch mit der zweijährigen Dienstzeit gelingen werde, darüber seien die Zweifel noch gewachsen. Abg. **Debel** fragt, was für eine militärische Ausbildung den 30 000 Militärbüchsen zu Theil werde. Nach seiner Ueberzeugung würde sich auch die zweijährige Dienst-zeit reduzieren lassen, wenn man die Volksbildung mehr ver-vollständigt und verbessert. Minister **v. Goltz**: Was die zweijährige Dienstzeit betrifft, so sei er der Ueberzeugung, daß wir bei derselben bleiben werden. Das Prinzip stehe fest, hinsichtlich der Modalitäten seien jedoch noch keine Mittheilungen möglich, weil es an Erfahrungen mangle. Abg. **Gröber** findet die Keuherung des Kriegsministers über die zweijährige Dienstzeit zu unbestimmt. Daraus lasse sich auch schließen, daß man an eine Abschaffung derselben denke. Minister **v. Goltz** wiederholt, daß so viel sicher sei, wir wollen nicht zur vollen dreijährigen Dienstzeit zurückkehren. Abg. **Graf Stolberg** schlägt ein Kompromiß vor: Hinsichtlich der kleinen Bataillone und der Grenztruppen die Bewilligung der Verstärkung und Wegfall der Vermehrung der Garde. Abg. **Vasermann** beantragt, an der Vor-lage für Preußen 2250 Mann zu streichen und bei den anderen Kontingenten die entsprechende Verminderung. — Wegen Beginn der Plenarsitzung wurde die weitere Beratung und Abstimmung ver-lagert, und zwar bis Freitag, da morgen der Kriegsminister ver-hindert ist, theilzunehmen. Donnerstag steht das Extra-Ordinarium des Reichsamts des Innern auf der Tagesordnung.

Die Verteidiger des Herrn Scherl.

Der **Gutenbergs-Bund**, diese Organisation einer kleinen Zahl von Buchdruckern, die so tapfer sich des Herrn Scherl annahm und ein Loblied auf die Mahregelung der Buchdrucker in ihrem Organ, den „**Typograph**“ anstimmte, hat nunmehr ein Flug-blatt herausgegeben, in welchem sie sich gegen den Vorwurf, eine Streikbrecher-Organisation zu sein, verteidigt. Der Ton ist ein anderer als im „**Typograph**“, fast klingt er wie ein ängstliches Wimmern. Neben den organisierten Streikbrechern mögen wohl auch einige Leute in dieser Organisation gewesen sein, die es als eine Schandtat empfanden, haben, daß ein Arbeiterblatt so über das Koalitionsrecht der Arbeiter urtheilen kann, wie es der „**Typograph**“ thut. Die Flucht der Mit-glieder bringt eine Kagenjammerstimmung hervor und so versucht das Flugblatt den Nachweis zu führen, daß auch Gutenbergs-bündler schon an Streiks theilgenommen haben. Zur Entschuldigung für ihr jetziges Verhalten werden einige Fälle sogenannter Terro-rismus des Verbandes der Buchdrucker vorgeführt, die schon deshalb wenig glaubhaft klingen, weil ja der Verband selbst eine Verein-batung mit den Prinzipalen dahin getroffen hat, daß über die Zugehörigkeit zur Organisation von keiner Seite, weder von den Prinzipalen noch von den Verbandsmitgliedern ein Druck ausgeübt werden darf. Zum Schluß wird auch Herr Scherl wieder verteidigt, aber mit etwas weniger Erapour.

Ein anderes Organ, das sich dadurch auszeichnet, möglichst fern-ab von allen Thatsachen mit heftigen Angriffen gegen die Arbeiter die Sache des Herrn Scherl zu vertreten, ist die **Wand'sche Buchdrucker-Zeitung**, ein Unternehmervorgan, welches gleich-zeitig mit düstlerster Ueberhebung den Kampf gegen die Tarifgemein-schaft führt. Die angegriffenen Arbeiter hatten vor Kurzem an die Redak-tion dieses Blattes eine Verichtigung eingeschickt, die nach einer Mittheilung der Redaktion aufgenommen werden sollte, später aber mit der Motivierung abgelehnt wurde, die Zuschrift enthalte Beleidig-

ungen für Herrn Scherl. Die Buchdrucker bitten uns, diese Ver-richtigung in unserem Blatt abzudrucken, und nun mögen die Leser selbst urtheilen, ob diese Verichtigung Herrn Scherl beleidigen konnte. Nach unserer Meinung geht unzweifelhaft aus der Verichtigung her-vor, daß die Wahrheitsliebe dieses Blattes in ein mögliches Licht gestellt wird. Die Verichtigung lautet:

„**Geheime Redaktion!** Bezugnehmend auf Ihren Artikel: „Der Ausstand im „**Berliner Lokal-Anzeiger**“, in Nr. 5 Ihrer Zeitung vom 29. Januar er. erlauben wir uns laut § 11 des Pres-se-gesetzes um Aufnahme nachfolgender Verichtigung ergeben zu er-luchen:

„Sie schreiben: „Der bekannte Führer **Massini** wurde von 24 Aus-erwählten zu einer Vorbesprechung eingeladen und in dieser „streng vertraulichen“ Besprechung wurde der Angriffsplan entworfen, um bei dem Aufbruch des Geschäfts dafür einzutreten, daß nur „ziel-bewußte“ Kollegen eingestellt werden sollten.“ Wir erwidern hierauf, daß diese beiden Behauptungen un-wahr sind, denn 1. ist der Vor-sitzende des Vereins **Berliner Buchdrucker und Schriftgießer**, Herr **A. Massini**, zu dieser Besprechung am 8. Januar er. weder eingeladen, noch erschienen; 2. handelte es sich nur um eine Beratung der Druckerbestimmungen resp. um Regelung des sogenannten Speds. Weiter schreiben Sie, „daß die am 22. Januar er. in Keller's Fest-sälen stattgefundene Volksversammlung von dem früheren Schrift-seher **Massini** geleitet wurde.“ Auch dieses entspricht nicht den Thatsachen, denn einstimmig wurde der Gewerkschaftssekretär Herr **Willmar** zum Leiter dieser Versammlung gewählt. Ferner kon-statieren wir, daß Herr **Massini** als Referent bei dieser Gelegenheit nur sirtte Thatsachen vorbrachte und durch diese der Wahrheit ent-sprechenden Schilderungen ein ungeheurer Widerwillen und eine große Empörung gegen Herrn Scherl laut wurde. Folgender Weise kann, wie Sie schreiben, von Lügen und Verleumdungen keine Rede sein. Auf Ihre Ausführung, daß die Verbandsmitglieder Herrn Scherl durch Streikandrohung Zwang anstun wollten, erklären wir, daß von sämtlichen 80 Verbändlern in der Scherl'schen Offizin nie Derartiges geplant weder besprochen ist. Wenn Sie ferner von einem Einfließen der Verbandsmitglieder in die Druckerei des „**Berliner Lokal-Anzeigers**“ berichten, so behaupten wir, daß sowohl der tech-nische Leiter Herr **H. Wollen** wie auch Herr Scherl seit Jahren ge-wußt haben, daß in der Offizin eine große Anzahl Mitglieder des Verbandes beschäftigt waren. Auf Ihre weitere Mittheilung über eine angebliche Ueberbürdung der Zeitungsseher stellen wir richtig, daß eine solche in Wirklichkeit vorgelegen hat, da die Arbeitszeit wöchentlich 70—80 Stunden betragen hat; daraus geht schon zur Genüge hervor, daß es nicht gleichgültig sein konnte, wieviel Seher die Arbeit herstellten, zumal der Raum ein derartig be-schränkter war, daß die polizeilicherseits zulässige Arbeiterzahl weit überschritten worden ist. Auf die Bemerkung, daß die Schriftseher sich zu Abonnentenwerbungen und Inseraten-Acquisi-teuren des „**Vorwärts**“ stempeln lassen, wie der zweite Theil der in be-sagter Versammlung gefassten Resolution befohlen soll, werden Sie aus der in oben zitiirter Nummer Ihres Blattes wohl selbst nicht heranzufinden können. Bezugnehmend auf den Schlußsatz Ihres Artikels, wollen wir noch erwähnen, daß wir getroff den Urtheil der öffentlichen Meinung entgegenzusetzen können, da unsere Aus-führungen nur der Wahrheit entsprechen.“

Hochachtungsvoll

Die Kommission der Ausständigen.

Kommunales.

Im Kampf gegen das Mittelalter. Zu der Angelegenheit, betreffend die Ordinarate jüdischer Lehrkräfte an den hiesigen Gemeindefschulen, welche auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung steht, hat der Stadt-verordnete Dr. Preuß mit Unterstützung der Mitglieder der Neuen Fraktion der Linken beantragt, folgenden Beschluß zu fassen: „In Erwägung 1. daß die Berliner Gemeindefschulen — bis auf die aus-drücklich als katholisch bezw. evangelisch anerkannten Ausnahmen — seit dem Jahre 1875 mit Genehmigung der Regierung einen paritätischen Charakter haben; 2. daß dieser einmal anerkannte Charakter unserer Schulen durch einseitige Verfügung der Aufsichtsbehörde von Rechts wegen nicht beseitigt werden kann; 3. daß auf die Lehramter an solchen Schulen — unbeschadet der Bedürfnisse des Religionsunterrichtes — das in der preussischen Verfassung wie im Reichsgesetz vom 3. Juli 1869 gewährleistete Prinzip der vollkommenen Gleichberechtigung der Religionen Anwendung findet, fordert die Stadtverordneten-Versammlung den Magistrat auf, jeder dieses Recht verletzenden Maßregel bezüglich des Wirkungskreises wie der Anstellung der Lehr-kräfte seine Mitwirkung zu verweigern und eventuell die durch solche etwa von der Aufsichtsbehörde unmittelbar getroffenen Maß-regeln geschädigten Lehrkräfte durch Veretzung in ein anderes Amt oder in sonst geeigneter Weise zu schützen. — Der Ausschuß, welchen die Versammlung zur Vorberatung dieser Angelegenheit eingesetzt hat, ist beauftragt zu folgendem Antrage gekommen: Die Ver-sammlung nimmt davon Kenntniß, daß eine Antwort des Provinzial-Schulkollegiums auf die Memorialisation der städtischen Schul-Deputa-tion vom 10. November vorigen Jahres gegen die Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums vom 22. April vorigen Jahres bisher nicht ertheilt worden ist, die Angelegenheit mithin ihre Erledigung noch nicht gefunden hat, und spricht die Erwägung aus, daß der Magistrat mit ihr das Interesse der durch die Verfügung betroffenen jüdischen Lehrkräfte sowie die bestehenden Einrichtungen unseres Gemeindefschulwesens wahren wird.“

Die städtische Tiefbau-Deputation hat gestern im Anschluß an die Plenarsitzung unter Vorsitz des Stadtraths Voigt auf Antrag einer eingeleiteten Kommission beschlossen, den Antrag der Unter-nehmer, in die Verträge über auszuführende städtische Arbeiten die berückichtigte Streikantantel anzunehmen, abzulehnen. — Ferner hat die Deputation das vom Bau-rath Krause vor-gelegte Projekt zur Reherstellung der Eisernen Brücke (Museum's-Brücke) genehmigt. Die Ausführung derselben soll streng in schmelzigen Formen und im Einklang mit dem Charakter der Museumsbauten gehalten werden. Die Kosten für diesen Brückenbau sind auf 650 000 M. veranschlagt. — Dagegen soll das Projekt des Bau-rath's Krause zur Herstellung der Siegesmunds-hof-Brücke nur in einfacher Konstruktion ohne architektonische Aus-schmückung erfolgen. — Ferner beschloß die Deputation, zwei Quer-strassen auf dem zwischen der Hochstraße—Brennerey sowie Brunnens- und Wiesenstraße belegenen Viertel in den Bebauungs-plan aufzunehmen, um späterhin eine Auftheilung dieses Viertels zu ermöglichen.

Das **Plenum der städtischen Deputation** hat beschlossen, die Fortführung der Kaiser Wilhelmstraße nach dem Projekte des Stadtbau-rath's Krause durchzuführen und das Cohn'sche Projekt fallen zu lassen.

Lokales.

Zur Parteinwahl im zweiten Reichstags-Wahlkreise. Den Parteigenossen und Genossinnen des zweiten Wahlkreises die Mit-theilung, daß am Freitag Abend 8 1/2 Uhr in Widel's Salon, Hafens-trasse 52/53, eine Versammlung stattfindet, in der Genosse **Richard Fischer** über die Neuwahl zum Reichstags sprechen wird. Ferner erfolgt in dieser Versammlung die Aufstellung des Kandidaten. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Vertrauenspersonen.

Den Parteigenossen des dritten Wahlkreises die Mit-theilung, daß heute, Donnerstag Abend 8 Uhr in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57, eine Volksversammlung stattfindet, in der Reichstags-Abgeordneter **Wolfgang Heine** einen Vortrag „Der Kampf um Gerechtigkeits“ hält.

Ueber unsere Rechtszustände hält Genosse **Liednecht** heute (Donnerstag) Abend 8 1/2 Uhr im Ködliner Hof, Ködlinerstr. 8, einen Vortrag. Wir machen hiermit die Parteigenossen auf diese wichtige Versammlung aufmerksam.

Den Mitgliedern des Wahlvereins Berlin VI zur Kenntnissnahme, das heute der Tagabend wegen der im „Nössler Hof“ stattfindenden Volksversammlung ausfällt. Der Vorstand.

Die Behandlung „dringlicher“ Anträge bei den Armen-Kommissionen wurde in der letzten Versammlung der Armen-Kommissionen-Vorsteher erörtert. Dabei kam zur Sprache, daß es bei vielen Kommissionen üblich ist, die Eingaben resp. persönlichen Meldungen der Armen um Unterstützung nur an bestimmt festgesetzten Tagen entgegen zu nehmen, und daß infolge dessen Arme, welche um Hilfe oder gegen Ende des Monats um sofortige Unterstützung eingekommen waren, bis zum nächsten Monat haben zu warten müssen. Der Vorsitzende der Armenverwaltung, Stadtrat W. L. H. Berg, bemerkte dazu, dieses Verfahren dürfe nicht zur Härte oder völligen Verjagung führen. Die Schlemmigkeit und Bittlichkeit in der Behandlung solcher dringlichen Anträge lasse bei den Kommissionen zu wünschen übrig. Der Vorsteher müsse mit gelibtem Blick und scharfer Unterscheidung den Moment erfassen, wo sofort unterstützend eingzugreifen sei, damit die erbetene Hilfe nicht zu spät komme. — Die Klagen über die Langsamkeit des Geschäftsganges bei der Armenverwaltung und ihren Organen sind alt und gehen von Zeit zu Zeit immer wieder. Vor mehreren Jahren haben sich, als den Vorstehern von der Armenverwaltung ähnliche Vorwürfe gemacht wurden, die Vorsteher ihrerseits darüber beschwert, daß auch die Armenverwaltung zu langsam sei, und daß wichtige Akten manchmal erst sehr spät von ihr zu bekommen seien. Ja, — wo man, wie bei unserer Armenverwaltung, jeden Groschen vor dem Weggeben vorsichtig dreimal in der Hand umdreht, wo man sozusagen nach dem Grundfrage verfährt: „Lieber zehn Hungrige abweisen oder warten lassen, als einen Satten unvernünftigerweise unterstützen“, da wird es eben immer langsam gehen. Der Geschäftsgang bei solchen ängstlich abwägenden Armenverwaltungen kann einem das bekannte Lied von dem hungrigen Kinde ins Gedächtnis rufen, das mit den Worten endet: „Und als das Brot gebaden war, da lag das Kind auf der Todtenbahn!“ In denjenigen Fällen von Verzögerung, die in der erwähnten Versammlung der Armenkommissionen-Vorsteher vorgebracht wurden, handelt es sich freilich um einen Mißstand oder richtiger um einen Unfug, der nicht auf die den Vorstehern zu Pflichten gemachte Vorsicht, sondern wohl nur auf die Bequemlichkeitsliebe einiger dieser Herren zurückzuführen ist. Es kann aber als eine Erklärung und als eine Art Entschuldigung für dieses Verfahren dienen, daß die Armenkommissionen durch ihre Jurisdiction daran gewöhnt sind, sich in Armenfragen niemals sehr zu beeilen.

Unsere Hauswirthe. Im Hausbesitzerverein „Nordost“ wurde nach einer Zeitungsmeldung die kirchensündliche Stellung (N) des Magistrats betont, die sich besonders wieder zeigt in dem Verhalten gegenüber der Auferstehungskirche, wo die Anlegung eines einfachen Mastenplatzes verweigert wird, während für den Friedhof der Märgelassenen jede Summe zur Verfügung stehen würde, obwohl sonst Kirchhöfe nach dreißig Jahren einzeln werden und für die im Friedhofsbain Beerdigten schwerlich Angehörige gegen diese gleiche Behandlung des dortigen Friedhofs Einspruch erheben würden. (11) Sogar die Nichtbestätigung des Oberbürgermeisters wurde gewünscht, weil man daran die Hoffnung knüpfte, daß dadurch das politische Parteitreiben in der Stadtverwaltung einen empfindlichen Schlag erleiden würde. Ist diese Meldung richtig, so wird abermals dargethan, daß das Berliner Hausbesitzertum an volksfeindlicher Gesinnung den Agrariern Ostelbiens nicht im Geringsten nachsteht.

Aus der Gesellschaft. Gegen seine Entmündigung hat sich Graf Galostein aufgelegt, indem er die Aufhebung beantragt. Der Antrag auf Entmündigung war von dem Vater des Entmündigten, der sich in Nizza aufhält, gestellt worden. Graf Galostein jun. behauptet, daß die Schulden, die zu dem Verfahren Anlaß gegeben haben, aus seiner aktiven Dienstzeit herrühren. Da sein Vater die Bezahlung damals abgelehnt, habe er aus dem Dienst scheiden müssen. Zu seinem Unglück sei er dann mit v. Kriegsheim in Verbindung getreten.

Der Ausbruch für die Erhaltung des Botanischen Gartens als Park hielt gestern Abend eine Sitzung ab. Mitgetheilt wurde, daß einer Abordnung des Ausschusses, die sich abermals zum Finanzminister begeben hatte, um über die von ihm als endgültig in Aussicht genommene Forderung für den Botanischen Garten eine bestimmte Erklärung zu erbitten, damit der Aufbringung der Summe mit Hilfe einer Lotterie nähergetreten werden könne, der Bescheid geworden sei, daß der Finanzminister auch jetzt auf genau denselben Standpunkt stehe, wie früher, daß er also seine ursprüngliche Forderung von 18 Millionen Mark für den Garten als Daulgelände aufrecht erhalte, daß er im übrigen jedoch ein Angebot der Stadt Berlin erwarte. Weiter wurde allerhand geheimnißvolles Zeug von dem Zusammenhang der Befähigungsfrage mit der Angelegenheit des Gartens und von Dokumenten, die das Eigentumsrecht der Stadt an dem Garten darlegen sollen, in der Versammlung vorgebracht.

Eine neue Rettungswache der Berliner Rettungsgesellschaft wurde heute Adalbertstr. 10 eröffnet. Die Rettungsgesellschaft hat diese Wache dadurch gewonnen, daß die bisherige Sanitätswache 10 ihr beigetreten und mit regelmäßigem Tagesdienst versehen worden ist. Leider mußte die neue Wache gleich im Verlaufe des Tages in Funktion treten. In der Oranienstraße verunglückte ein ca. 18 jähriges Mädchen dadurch, daß es von einem Pferdeabfuhrwagen während der Fahrt absprang, von demselben überfahren wurde und sehr schwere Verletzungen erlitt. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde es von dem durch die Wache herbeigekommenen Transportwagen der Rettungsgesellschaft nach dem Krankenhaus am Urban überführt.

Als Kautionschwünder wurde gestern früh der Agent Krysteller, Prinzeßinnenstr. 30, verhaftet. Er war erst am 15. v. M. dort zugegen und hatte ein Komptoir in einem kleinen Zimmer eingerichtet, an dessen Thür ein Schild mit der Aufschrift: „Redaktion und Expedition der „Internationalen Bau- und Gewerbezeitschrift“ prangte. In verschiedenen Zeitungen erschien nun R. Inzerate, nach denen Beamte für sein Bureau und für besondere Vertrauensstellungen gegen Kautionsstellung von 300 bis 600 M. gesucht wurden. Von den sich daraufhin Meldenden zogen die meisten vor, auf eine Anstellung zu verzichten, da sie Unkeil mitbrachten; verschiedene Personen gingen jedoch auf den Leim, opfereten die Kaution und sahen zu spät, daß sie hineingelegt waren. Unter den Letzteren befindet sich auch ein Förster aus Medlenburg, der 300 M. einzahlte. Ein anderer junger Mann stellte einen Wechsel auf 500 M. aus, der dem Verhafteten aber durch die Kriminalpolizei wieder abgenommen ist. Der erwähnte Förster konnte trotz aller Mahnungen und Drohungen die ihm abgeschwindelte Summe nicht wieder erhalten, weshalb er heute früh der Kriminalpolizei Anzeige erbatete, so daß die Verhaftung erfolgte.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich vorgestern Abend gegen 6 Uhr in der Filiale der Allgemeinen Elektrizitätswerke in Ober-Schönevide. Der 32 Jahre alte Monteux Schönfeld und der um drei Jahre jüngere Monteux Max Ivan, beide aus Halle a. S., waren im Maschinenraum mit der Aufstellung einer neuen Dampfmaschine beschäftigt. Die Dampfketten von diesem Raum in gut-erhaltenen Motoren nach dem Kesselwerk geleitet. Durch bisher nicht aufgeklärte Umstände plakte eine der Leitungen an der Stelle, an welcher die beiden Monteux arbeiteten. Diefelben wurden durch den ausströmenden Dampf sichtlich verbrüht und mußten in Hoffmanns-Fabrik in Potsdam nach Berlin überführt werden, wo sie im Krankenhaus Bestanden Aufnahme fanden.

Zum Zusammenbruch des Bauhauses S. Glas wird gemeldet, daß der Bruder Eduard des sächsischen Geschäftsinhabers Sally Glas von der Kriminalpolizei verhaftet worden ist. Er hatte bisher angegeben, daß er schon vor Monaten aus dem früher gemeinsam mit seinem Bruder Sally betriebenen Geschäft ausgeschieden sei und daher von dessen Delinquenten nicht wisse. Es ist nun aber gelungen, den Nachweis zu führen, daß

Eduard Glas zum mindesten sehr genaue Kenntniss von den Vorgängen hatte.

Das Polizeipräsidium theilt mit: Am 11. d. M. in der Morgenstunde wurde vor der Zentral-Markthalle ein werthvolles, leeres, einpänniges Schlächer-Fuhrwerk gestohlen. Der Wagen ist blau, die Räder sind roth gestrichen und trägt ersterer die Firma: Gustav Janide, Frankfurter Allee 81. Das Fuhrwerk ist eine Kappstute mit weissem Stern, rechts hinten weiß gefesselt. Zuletzt wurde das Fuhrwerk, von zwei unbekanntem Männern geführt, in Lindenbergl bei Oranienburg gesehen. Es wird ersucht, Mittheilungen über Abhater oder den Verbleib des Fuhrwerks an das Polizeipräsidium, Kriminal-Abtheilung, Zimmer 330, gelangen zu lassen.

Mit der Einführung des elektrischen Betriebes hofft die Neue Berliner Omnibusgesellschaft schon am 1. April d. J. beginnen zu können. Vorerst sollen nur wenige Bogen probeweise in Betrieb gestellt werden.

Zu dem Leichenfund an der Waisenbrücke wird uns mitgetheilt, daß Frau Wilhelmine Elbinger das Opfer eines Unglücksfalles geworden sei. Es wäre ausgeschlossen, daß die Verunglückte Selbstmord begangen hätte.

Kindesmord. Ein in vergangener Nacht aus einer Gesellschaft heimkehrender Architekt traf in seiner Wohnung in der Ritterstraße einen Mann an, der später als der Arbeiter Karl Heinrich festgestellt wurde und veranlaßte, da er einen Diebstahl vermutete, eine Durchsuchung der Wohnung. Hierbei wurde in dem Kleiderschrank des Dienstmädchens Anna Jungbusch die Leiche eines Kindes entdeckt, welches dieses am Abend vorher geboren hatte. Das Mädchen wurde wegen Verdachts, ihr Kind gleich nach der Geburt getödtet zu haben, als Gefangene nach dem Krankenhaus am Urban gebracht und ihr Liebhaber Heinrich, da er der Beihilfe verdächtig war, festgenommen.

Muhammed, ein zwölfjähriger Kegerknabe, ist am Sonntag Morgen um 8 1/2 Uhr aus dem Hotel Stadt Koburg in der Zimmerstraße 81, wo sein Dienstherr, der Baron v. F. wohnt, spurlos verschwunden. Muhammed stammt aus Tunis und wurde im September vorigen Jahres von dem Baron als Diener nach Deutschland mitgebracht.

Das bekannte Etablissement Sansonci, Rothbuserstr. 4a, ist von dem Direktor des Konzerthauses in der Leipzigerstraße, Herrn Adolf Hoffmann erworben worden. Das Lokal soll völlig modern renovirt werden.

Der Spielbogen-Abend des Vereins „Berliner Presse“ beginnt am Donnerstag, dem 16. d. M., pünktlich 8 Uhr, in dem großen Saale des Architektenhauses. Der Dichter beschäftigt einzelne Kapitel aus „Hühner und Erländer“ und „Janitius“, sowie zwei Gedichte: „Aus der Jugendzeit“ (Die Kraftprobe, In der Laube) zu zwei Büllets und in den Buchhandlungen von Kietz, Langens, Speyer u. Peters und Trautwein zu haben.

Theater. Das Schiller-Theater bringt heute die erste Aufführung von „Der Dornenweg“, Schauspiel in 3 Akten von Fritz Schlipf. Sonntag Radamantus findet, vielfachen Wünschen entsprechend, eine Aufführung von Gerhart Hauptmann's Traumbildung „Daneels Himmelfahrt“ in Verbindung mit Blumenthal's Lustspiel „Abu Seid“ statt. — Im Apollo-Theater wird Mlle. Pevette Guibert auf vielfaches Verlangen, heute und morgen einige Wiederholungen ihres vorjährigen Repertoires zum Vortrage bringen.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Den Mitgliedern zur Kenntniss, daß heute Abend, 9 Uhr, in Bismarckshöhe die fällige Monatsversammlung des Wahlvereins stattfindet. Genosse Jubel referirt über die dem Reichstag zugegangene Regierungsvorlage „lex Heinze“. Wir erwarten zahlreiche Besuch.

Charlottenburg. Außerordentlich stark wird, wie aus den Mittheilungen des Magistrats ersichtlich, die Armenpflege in Anspruch genommen. Der hierfür im laufenden Etat ausgeworfene Posten muß eine wesentliche Erhöhung erfahren, da die zur Zeit vorhandene Summe kaum ausreicht, um die laufenden Unterhaltungen für den nächsten Monat zu decken. Die Ursachen dieser Erscheinung ist der Magistrat nicht in der Lage, genau anzugeben, er muß sich größtentheils auf Vermuthungen stützen. In einer großen Zahl von Fällen erfolgte die Unterstützung, um die vielfach unmittelbar bevorstehende Ermision abzumenden. Trotzdem haben eine große Zahl Familien, die bereits obdachlos geworden waren, in das neue Familienhaus aufgenommen werden müssen, und auch in den neuen Wohnbaracken sind schon jetzt 5 Wohnungen belegt. Soweit es sich um laufende Unterhaltungen handelt, war bei 320, also bei mehr als der Hälfte von den vom 1. April 1898 bis 31. Januar 1899 in Zugang gekommenen 577 Fällen die Unterstützung infolge von Krankheit notwendig geworden, bei 101 Fällen infolge geringeren Verdienstes, bei 67 Fällen infolge von Altersschwäche, bei 22 Fällen Haft des Eheannes, bei 35 Fällen Verlassen der Familie durch ihren Ernährer. Unterstützungen wegen Arbeitslosigkeit wurden in 44 Fällen bewilligt gegen 76 Fälle im Jahre vorher — zweifellos mit einer Folge des milden Winters. Auf das Gesamtbild der Armenpflege Charlottenburgs aber hat die Witterung keinen zu großen Einfluß, da die Personen, mit denen es die Armenverwaltung zu thun hat, meist Wittwen und alte, nicht mehr arbeitsfähige Leute sind. Neben 774 Ehepaaren und 170 einzelnen Männern wurden 1530 Frauen und Mädchen unterstützt. Ein großer Prozentsatz der Unterstützten ist 60 bis 80 Jahre alt und darüber hinaus. Im Jahre 1898/97 hat nach den Mittheilungen der Charlottenburger Statistik die Armenpflege bei den Einwohnern von mehr als 70 Jahren etwa ein Siebentel der ganzen männlichen und ein Fünftel der ganzen weiblichen Bevölkerung betragen. — Als weiteres Moment, das von Einfluß auf die Zahl der Unterstützten ist, wird der Zugang einer großen Anzahl von Arbeitern, Handwerkern und kleinen Gewerbetreibenden aus dem Osten angeführt, die vielfach nicht mehr arbeitsfähige Angehörige mit sich bringen. Von diesen nimmt ein großer Prozentsatz, sobald sie zwei Jahre ansässig sind, also den Unterstützungswohnsitz erworben haben, die Hilfe der öffentlichen Armenpflege in Anspruch. Allerdings bleibt der Magistrat den zahlenmäßigen Nachweis für diese Verhältnisse schuldig, so daß wir es bis auf Weiteres mit einer bloßen Vermuthung zu thun haben. Aber trotz des Mehrbedarfs für die Armenpflege wird auch in diesem Jahre voraussichtlich der auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Aufwand hinter den Zahlen der meisten anderen Großstädte zurückbleiben.

Der innige Zusammenhang zwischen modernem Christenthum und modernem Militarismus ergiebt sich abermals, wenn folgende, von der liberalen „Voss. Zig.“ ohne jeglichen Kommentar gebrachte Meldung richtig ist: „Die antiklerikale Bewegung, die in Spandau infolge Einführung der Kirchensteuer unter der evangelischen Bevölkerung entstanden ist, hat die Aufmerksamkeit der Militärverwaltung erregt. Der Kriegsminister hat in voriger Woche einen Offizier der Feldzeugmeisterei, der vorgelegte Verhöre der Militärverhöre, zu dem evangelischen Oberpfarrer geschickt, um über den Umfang der Bewegung Erkundigungen einzuziehen und insbesondere zu erfahren, ob und wieviel Arbeiter der königlichen Fabriken ihren Austritt aus der Landeskirche angemeldet hätten. Man hält es für sicher, daß, im Falle die Bewegung gegen die Kirche unter der Arbeiterklasse der militärischen Verhältnisse eine merkwürdige Ausdehnung annehmen sollte, das Kriegsministerium Maßnahmen ergreifen würde. In der That haben schon solche Arbeiter ihre bereits eingereichte Austrittserklärung inzwischen wieder zurückgezogen, weil sie Entlassung aus ihrer Stellung befürchteten.“

In früheren Zeiten wurden die Leute, die sich von der geistlichen Staatsreligion abwandten, ohne viel Federlesens als Kezer verbrannt. Wenn man sie jetzt mit ihrer Familie nur einfach dem Verhungern überantworten wollte, so wäre das eine, wenn auch nicht

humanere, so doch billigere Art der Bekämpfung des Unglaubens. Gespannt sind wir, ob die Nachricht der „Voss. Zig.“ bestätigt wird und ob das freisinnige Blatt dann je nachdem entweder die Arbeiter oder auch die Militärverwaltung mit mehr oder minder schicktern Worten tadeln wird.

Die Steuerverhältnisse der Stadt Spandau beginnen sich um ein geringes zu bessern. In den letzten beiden Jahren wurden noch 180 pCt. Zuschlag sowohl zu der Einkommensteuer als auch der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer erhoben. Für das neue Etatsjahr schlägt der Magistrat 170 pCt. Zuschlag zur Einkommensteuer und 160 pCt. zu den Realsteuern vor. Damit aber die Besserung der Finanzen nicht zuviel Leppigkeit in der Bevölkerung erzeuge, ist bekanntlich die gänzlich überflüssige Anstellung einer Anzahl neuer Polizisten vom Magistrat in Vorschlag gebracht worden.

Die neuerbauten beiden Brücken, die auf Schöneberger Gebiet die Potsdamer, Wannsee- und Ringbahn überbrücken, nämlich die Siegfriedbrücke (im Zuge der Studienbahn) und Monumentenstraße) und die Friedentauer Brücke (im Friedentauer Ortsteil) sind nunmehr dem öffentlichen Verkehr übergeben worden.

Gewichts-Beitrag.

Wegen Mißhandlung eines Dienstmädchens hatte sich der Kaufmann Jacques Raphaeli gestern vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte hatte f. J. in seinem Haushalt ein jüngeres und ein älteres Dienstmädchen. Mit dem jüngeren Mädchen war er wiederholt unzufrieden und geriet, als dasselbe eines Tages ein ganz unbekanntes Versehen machte, in solche Erregung, daß er ihm mehrere Backpfeifen verabreichte. Das Mädchen klagte sein Leid der älteren Kolligin und diese erklärte ihm, daß es sich um solche Bagatelie nicht schämen zu lassen brauche. Der Angeklagte, welcher fälschlich glaubte, gehört zu haben, daß das ältere Mädchen Schimpfworte gegen ihn ausgesprochen und die jüngere gegen ihn aufsehe, richtete nun seinen Jörn gegen die ältere, die er in der Küche wiederholt ins Gesicht schlug, so daß sie ein blutunterlaufenes Auge und mehrere Schwellungen im Gesicht davontrug und nach ihrer Behauptung etwa zehn Tage nicht hat arbeiten können. Der Angeklagte gab das Schlägen zu, behauptete aber, durch die Jengin gereizt und selbst angegriffen worden zu sein. Nach seiner Darstellung habe dieselbe nicht nur eine Schale nach Pfeffer nach ihm geschleudert, sondern auch mit einer Gabel nach ihm geschlagen, so daß er an der Hand blutete. Er hat die blutende Hand auch sofort dritten Personen gezeigt und diesen auch Scherben der zertrümmerten Pfefferdose vorgezeigt. Dennoch bestritt die Jengin die Beschuldigung des Angeklagten und behauptete, daß das Geschirr herabgefallen sei, weil sie von dem Angeklagten gegen das Gesichtspind gestoßen worden sei. Sie sei bei dem Angriff des Angeklagten gestochen mit dem Abwascher beschäftigt gewesen und habe möglicher Weise eine Gabel in der Hand gehabt, an der sich der Angeklagte verletzt haben könnte. Ein Kesse des Angeklagten behauptete, daß die Jengin, die dies entschieden bestritt, beschimpfende Redensarten ausgesprochen habe. Der Schöffengericht erachtete den Beweis nicht für geführt, daß der Angeklagte begründete Ursache zur Gereiztheit gehabt habe oder von der Jengin selbst angegriffen worden sei. Die vom Rechtsanwält Dr. Schmidt beauftragte Kompensation könne daher nicht Platz greifen. Mit Rücksicht auf die offenbar krankhafte Erregbarkeit des Angeklagten verurtheilte ihn der Gerichtshof zu 120 Mark Geldstrafe event. 8 Tagen Gefängnis. Mit ihrem Anspruch auf Buße wurde das Mädchen auf den Weg der Zivilklage verwiesen.

Eine ganze Manneslese der verschiedensten Straftaten wurde dem Hausdiener Bille im Maul zur Last gelegt, welcher gestern der dritten Strafkammer des Landgerichts I aus der Unternehmungshaft vorgeführt wurde. Die Verhandlung ergab folgenden Sachverhalt: Der Angeklagte hat in den letzten Jahren seine Stellung gehabt, sondern sich lediglich durch Inhaberdienste ernährt. Längere Zeit hindurch hatte die unverehelichte W., welche den Angeklagten zu ihrem „Besitzer“ erkoren, demselben täglich 10 M. abzurufen. Als die W. dieses Beschäftigers überdrüssig wurde und demselben weiterhin täglichen Tribut verweigerte, wurde sie von ihm schwer mißhandelt. In ähnlicher Weise verfuhr der Angeklagte gegenüber anderen Mädchen. Eine Ausschreitung unerhörter Art beging der Angeklagte in einer Jamarnacht des vorigen Jahres. Zwei Damen standen auf dem Leipziger Platz und warteten auf den Nacht-Omnibus. Der Angeklagte wandte sich an eine der beiden Damen mit den Worten: „Komm mit mir!“ Die Angeredete bat kurz, sie in Ruhe zu lassen. Darauf schlug der Angeklagte sie unter Ausstoßung unsäthiger Beschimpfungen mit dem Spatsiedel gegen die rechte Kopffseite. Auf die Hilferufe der Mißhandelten eilten die Schenkens-Kammerling und Schulz herbei. Sie wurden von dem Angeklagten mit Schimpfworten überhäuft; er legte ihnen den schwersten Widerstand entgegen, als er zur Wache gebracht werden sollte. Es kam zwischen ihnen zu einem furchtbaren Kampfe; bei den heftigsten Kräften, über die der Angeklagte verfügte, war es den beiden Schenkens nicht möglich, ihn zu überwältigen. Sie griffen zur Nothpfeife, worauf noch fünf Schenkensleute herbeieilten. Aber auch diese sieben Beamten hatten zu thun, den Widerstand des Angeklagten zu brechen. Er mußte zur Wache getragen werden, wo ihm Hände und Füße gebunden wurden. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gesamtstrafe von drei Jahren Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte nach diesem Antrage.

Ein gefährlicher „Spezialist“, der in der Uniform eines Eisenbahn-Assistenten seine Schwindelcünste zu verüben pflegt, stand gestern in der Person des Sattlers Bruno Goldhammer vor der I. Strafkammer des Landgerichts I, um sich wegen vollendeten und versuchten Betruges, unbefugter Führung des Adels und unbefugten Tragens einer Uniform zu verantworten. Der Angeklagte hat sich eine solche Uniform eines Eisenbahn-Assistenten einschließlich des Portepes und Regens anfertigen lassen und mit Hilfe dieses Augenpublers schon seit Jahren immer dieselben Betrugereien verübt. Zuletzt ist er in Kassel zu 4 Jahren Gefängnis verurtheilt worden. Sonderbarer Weise ist ihm nach Abbüßung seiner Vorstrafen die Uniform immer wieder ausgedient worden und er hat sie dann immer sehr bald zu neuen Schwindelcünsten benutzt. Nach Verbüßung der vierjährigen Gefängnisstrafe in Kassel kam er am 14. Dezember v. J. nach Berlin. Er ließ sich hier sofort in verschiedenen mit der Aufschrift „von Kassel, Eisenbahn-Assistent“ drucken, zog wieder die Uniform an und ging auf neue Abenteuer aus. Er miethete hier ein nobles Zimmer und sagte seiner Wirthin, daß er das Examen als Stationsvorsteher machen wolle. Am nächsten Tage kam er freudschwebend nach Hause und erzählte, daß er sein Examen glänzend bestanden habe. Er suchte die Wirthin zu überreden, ihm die zur „Kautions“ nötigen 500 M. zu beschaffen, bezeugte sich aber schließlich mit 10 M., als die Frau in tiefer Verwirrung erklärte, bedauerlicher Weise für ihren illustren Mäthel nicht mehr offen zu können. Dieser hat dann noch eine ganze Woche unisoni bei seiner Wirthin gewohnt und gegessen und ist dann verschwunden. Einen anderen Streich übte er gegenüber einem Militärtextil-Fabrikanten aus, bei dem er unter Vorweisung seiner Wirthin einen Zivilanzug und eine Uniform bestellte und Dienstwege, Handschuhe und Manschetten auf Kredit sofort mitnahm. Dann erließ er in einer Zeitung eine Bekräftigungsannonce, nach welcher ein höherer Beamter eine passende Heirathspartie suchte. Ihm sind dann ganze Verge von Zuschriften heirathslustiger Wittwen und Jungfrauen zugegangen. Er trat auch mit einem Mädchen in nähere Beziehungen und dieses war ganz geneigt, ihm die gewöhnlichen 1000 M. zur Kautions vorzuschicken. Nur durch die plötzliche Verhaftung des Angeklagten ist sie sowie wahrlich auch manche andere Heirathslustige, die in seinem Register stand, vor schwerem Verlust bewahrt worden. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten außer zu 4 Wochen Haft, die als Verbüßung erachtet wurden,

zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust und 750 M. Geldstrafe event. noch 50 Tagen Zuchthaus. Außerdem wurde auf Eingekerkert der Uniform erkannt.

Wegen unbefugten Verkehrs mit Gefangenen war ein gewisser Jurist aus der Gegend von Halle auf Grund einer Regierungs-Polizeiverordnung vom 14. Oktober 1885 zu 15 M. Geldstrafe verurteilt worden. Der Angeklagte hatte Gefangenen von der Strafe aus Lebensmittel, Zigarren und dergleichen zugereicht. Nachdem das Landgericht die Verurteilung des Angeklagten verworfen hatte, legte er beim Kammergericht Revision ein und machte geltend, eine Polizeiverordnung, die den Verkehr mit Gefangenen verbiete, sei überhaupt nicht gesetzlich zulässig.

Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht verwies dem gegenüber auf den § 6g des Polizei-Verwaltungs-Gesetzes, durch den alle gemeinschaftlichen und gemeingefährliche Handlungen dem polizeilichen Verwaltungsrecht unterstellt würden. Auch stütze das Polizeigesetz ein polizeiliches Verbot des Verkehrs mit Gefangenen wenigstens insoweit, als ein solcher Verkehr von der Strafe aus stattfindet, denn nach § 6b gehöre zu den Gegenständen polizeilicher Vorschriften die Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen. Der Strafsenat des Kammergerichts hob in dessen die Vorentscheidung auf und sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei: Die Verordnung vom 14. Oktober 1885 sei rechtlich ungiltig, denn sie sei im Interesse des Strafvollzuges und der

Gefängnisdisziplin, nicht aber im Interesse der öffentlichen Ordnung erlassen. Das Polizeiverwaltungs-Gesetz stütze eine solche Verordnung nicht.

Briefkasten der Redaktion.

N. 21. 100. Weiter nicht zu verwenden.
H. B. Nixdorf. Sind Sie Mitglied einer Krankenkasse, so müssen Sie zunächst mit dem Vorstand oder dem Arzt sprechen, der Sie behandelt. Andernfalls schreiben Sie direkt an die Redaktion am Grodowier.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 16. Februar 1899.
Mild und vorherrschend wolkig mit etw. Regen und mäßigen südwestlichen Winden.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Donnerstag, den 16. Februar, Abends 8 1/2 Uhr:

Volksversammlung

im Köslner Hof, Kösliner Straße Nr. 8.

Tagesordnung: Unsere Rechtszustände. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Wilhelm Liebknecht**.
Zahlreichen Besuch erwarten Die Vertrauensleute des 6. Kreises.

Achtung! Maurer. Achtung!

Donnerstag, 16. Februar, Abends 8 Uhr, bei Rümmer (fr. Gründel), Brunnenstr. 188:

Große öffentliche Versammlung der Maurer Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Wer trägt die Schuld an den Bau-Unfällen im allgemeinen und am Bau-Einsturz in Galessee im besonderen. Referent: Kollege **Kater**.
2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.

Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Lohnkommission. F. K.: Fritz Kater.

Achtung! Maurer Berlins und der Umgegend.

Freitag, den 17. Februar, Abends 8 Uhr, in Keller's Festhöl, Koppenstr. 29:

Große öffentliche Maurer-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die Arbeiterkoalition und der Zuchthauskurs im Lichte der Thatfachen. Referent Reichstags-Abgeordneter **R. Frohme**. 2. Das letzte Baumstück in Galessee und seine Ursachen. 3. Das Sammelwesen und Verschiedenes.

131/12

NB. Die Wichtigkeit der Tagesordnung gebietet das Erscheinen aller Kollegen

Die Lohnkommission. F. K.: Karl Panier.

Freie Volksbühne.

II. Abtheilung (blaue Karten) Sonntag, 19. Februar, Nachm. 3/4 Uhr, im Friedrich Wilhelmst. Theater:
In Behandlung.

III. Abtheilung Sonntag, 26. Februar: **In Behandlung.**
I. Abtheilung (rothe Karten) Sonntag, 26. Februar, im Lessing-Theater: **Premiere** der Komödie von Otto Erich Hartleben:
Novität. Erziehung zur Ehe. Novität.

Hierauf:
Liebesträume von Max Dreyer. Komödie in 1 Akt.
Am 26. Februar finden also in beiden Theatern Vorstellungen statt.
Pünktliches Erscheinen der Mitglieder wird dringend erbeten.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Hierdurch theile ich allen Freunden, Kollegen und Bekannten mit, daß mein lieber, unerschütterlicher Mann, treusorgender Vater, der Maurer **Adolf Hirschfelder** bei der Katastrophe im Galessee zum Opfer gefallen ist. Die Beerdigung findet Freitag Nachm. 4 Uhr auf dem Georgenkirchhof in Weichenheide statt. Um stilles Beileid bittet
[9726]
Frau Theres Hirschfelder
nebst zwei unwilligen Kindern.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten zur Mitteilung, daß meine liebe Frau **Bertha Holstein** Montag, den 13. Februar, verstorben ist. Die Beerdigung findet am 17. d. M., Freitags Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Jerusalemer Kirchhofes aus statt. Die trauernden Hinterbliebenen.
[9706] **L. Holstein** und Kinder.

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, 19. Februar, Abends 7 Uhr, in Dietrich's Festsaal, Dresdenerstrasse 116:
Vortrag des Genossen Wuschick über: Konsumgenossenschaften.

Nach dem Vortrag: **Gemüthliches Beisammensein und Tanz.**
Eintritt 10 Pf. - Garderobe 10 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Zunngs-Krankenkasse der Tischler-Innung.

General-Versammlung am Donnerstag, den 23. Februar, Andreasstr. 21.

Tages-Ordnung:
1. Annahme der Jahresrechnung pro 1898.
2. Wahl von 4 Vorstandsmitgliedern.
3. Abänderung des Statuts, laut Verfügung der Aufsichtsbekörde, nach den Vorschriften des § 90 der Gewerbe-Ordnung vom 26. Juli 1897.
4. Antrag des Vorstandes auf Aenderung des § 17. Die Leistungen der Krankenkasse von 20 auf 32 Wochen zu erhöhen.

Sämtliche großjährigen Kassenzugehörige haben Zutritt und sind stimmberechtigt.
Das Mitteilungsblatt ist zur Registrierung unbedingt erforderlich.
Um pünktliches Erscheinen ersucht
[8515] **Der Vorstand.**

Allen Betannten, Kollegen und Genossen empfehle mein
[8376] **Weiß- und Vairisch-Bier-Lokal** u. bitte um gütigen Zuspruch. **Hermann Labs**, Grünwaldstr. 12, Schöneberg.

Kranken-Unterstützungsverein der Tabakarbeiter Berlins.

(Eingetragene Hilfskasse Nr. 88.)
Sonabend, 25. Februar, Abends 9 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:
General-Versammlung.

Tagesordnung: Rechnungslegung pro 4. Quartal 1898. Neuwahl des Vorstandes und Ausschusses. Verschiedenes.
[8571] **Der Vorstand. Carl Batry, Vorsitzender.**

Bereine und Gewerkschaften!

Empfehle mein **Weiß- u. Vairisch-Bierlokal** nebst frang. Billard- und Vereinszimmer für 40-50 Personen, auch geeignet für Gaststellen.
Kommandantenstr. 55, **G. Ladewig**, nahe Alte Jakobstraße.

Die Wahrheit bricht sich von selbst Bahn!!

Das Interesse, welches von allen Seiten unserer Anhalt entgegen gebracht wird, beweist, daß die Dichtung sich auf dem richtigen Wege befindet. Seit Beginn des Wintersemesters fanden

300 Neuaufnahmen

aus allen Berufsarten statt. Diese Erfolge verdanken wir unserer leichtfaßlichen und für jeden ohne Vorbildung verständlichen Lehrmethode und ganz besonders wichtig ist der Umstand, daß nur praktische Ingenieure mit akademischer Bildung den Unterricht leiten und jeder Vortrag experimentell mit Benutzung von über 300 Demonstrationsapparaten gehalten wird.

Aber auch dann nur ist es möglich, ein tüchtiger Elektromonteur, Installateur, Maschinist etc. zu werden, wenn

Theorie und Praxis

Hand in Hand gehen. In unserem elektrotechnischen Laboratorium werden alle Montagearbeiten mit direktem Strom praktisch ausgeführt.

Jeder erbringt selbst praktisch mit.

Nach Abschluß des betr. Kurses ist stets Nachfrage nach Elektromonteur, welche die Schulprüfung bei und bestanden haben. Auf unsere Zeugnisse und Empfehlungen erhalten dieselben

Stellung

bei den großen Fabriken, welche sich und gegenüber schriftlich dazu bereit erklärt haben. Ein

Neuer Abendkurs

beginnt am Freitag, den 3. März. Honorar monatlich 6 Mark. Praktischer Kursus 9 Mark. Dauer 4 bzw. 6 Monate. Bei dem großen Andrang beschleunigt man die Anmeldungen, jederzeit auch Sonntag im Bureau der

„Elektra“ (G. m. b. H.), Prinzenstr. 55,

gegenüber der Turnhalle.
Man vermeide die auf weiteren Dienstleistungen und verlange Prospekt und Stundenplan (gratis). Telefon IVa 6000.

!!!Biel Geld!!!

Wiederverkäufern u. Hitherrreisenden billige Einkaufspreise. Händler, Reisenden, Hausfrauen, Kolportageverköufer, bedeutende Preisermäßigung. [9559]
Berg, Vredigstr. 28a, I.

Stoppdecken, Gardinen, Bettten, Portieren, Winterpaletots, Kuschel, Kissen, Kissen, Regulator, Dorngräser, spottbillig Pfandleiche **Neanderstr. 6.**

Sur gef. Beachtung! Jede Uhr zu reparieren (außer Bruch) kostet bei mir nur 1,50 M. [9098]
H. Broh, Brangestr. 4.

Junger Mann sucht bis 1. März bei anständigen Leuten, Nähe Moritzpl. möbl. Schlafstelle. Offerten Waisenstr. 26, IV., bei **Sehe**. [8458]

Achtung! 2. Wahlkreis. Achtung!

Freitag, 17. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in Bidel's Salon, Hafenstraße 52-53:

Partei-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehende Neuwahl. Referent **Richard Fischer**.
2. Diskussion. 3. Aufstellung des Kandidaten.
Frauen haben Zutritt.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Die Vertrauensperson.

III. Wahlkreis.

Donnerstag, den 16. Februar 1899, Abends 8 Uhr:

Volks-Versammlung

in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57.

Tages-Ordnung:
1. Der Kampf um Gerechtigkeit. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Wolfgang Heine**. 2. Diskussion.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vertrauensmann**.

Sozialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 16. Februar, Abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Straße 11-12.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Rosenow** über: „Die deutsche Bauernbewegung von 1835, ihre Ursachen und Wirkungen.“
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Wäse sehr erwünscht. **Der Vorstand**.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband (Ortsverwaltung Berlin).

Sonntag, den 19. Februar, Vorm. 10 Uhr, in Marten's Salon, Friedrichstr. 236:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Botschaft der Stützwehr. 2. Jahresbericht und Bericht der Revisoren. Jahresbericht. 3. Neuwahl zur Ortsverwaltung. 4. Stellungnahme zum 1. Mai. 5. An die Ortsverwaltung gelangte Anträge. 6. Bekanntgabe des Wahlresultats der Delegiertenwahlen.
[110/13] **Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.**

Die Vertrauensleute sind verpflichtet, allen Mitgliedern die Mitgliedsbücher auszubändigen.
Wer 8 Wochenbeiträge zurück, ist nicht wahlberechtigt und hat keinen Zutritt, dergleichen haben Mitglieder anderer Verwaltungstellen keinen Zutritt.

Jedes Mitglied erhält beim Eintritt einen gedruckten Stimmzettel, bezw. hat einen solchen zu fordern. Spätere Reklamationen können nicht berücksichtigt werden.
Der Stimmzettel enthält die Namen der zwei zur Stichwahl stehenden Kandidaten.
Einer dieser Namen ist zu streichen. Jeder Stimmzettel, welcher zwei Namen enthält oder einen anderen als vorgezeichnet, ist ungültig.
Die Wahl beginnt um 10 Uhr und wird geschlossen punkt 11 Uhr.

Verband der Vergolder.

Montag, den 20. Februar, Abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. Referent **Redakteur Rob. Schmidt** über: Die Reorganisation der Zwangsinnungen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Angelegenheiten.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Unpünktliches Erscheinen erwartet **Der Vorstand**.
[225/3] **Avis! Sonntag, 19. Februar: Besuch der Treptower Sternwarte.** Treffpunkt: Voel's Volksgarten, Köpenicker Landstraße, Nachmittags 3 1/2 Uhr.

Bürger Berlins!

Arbeiter und Unterangestellte sämtlicher städtischer Betriebe!

Montag, den 20. Februar, Abends 8 Uhr, bei Stechert (Andreas-Festsaal), Andreasstrasse 21:
Große öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Der Angriff des Berliner Magistrats auf das Koalitions- und Verbandsrecht seiner Arbeiter und die Ablehnung des Einigungsamtes in Sachen der Wasserwerks-Arbeiter. 2. Die Krankenversicherungs-Frage. 3. Verschiedenes.
Zu dieser Versammlung sind sämtliche Stadtverordnete und Magistratsmitglieder, ferner die Herren Reichstags-Abgeordneter **Rösike**, **Redakteur Weigert**, **D. Freund**, **Professor Kaufmann**, **Professor Höpfer** etc. eingeladen worden.
Der Ausschuh der Berliner Kassen des Berufs der städtischen Arbeiter. **W. Rogan**.

Der Arbeiter-Steinographen-Verein „Stolze“ (Einigungs-System)

eröffnet neue Unterrichtskurse in der Vereinfachten deutsch-Steinographie (Stolz-Schrey) am Montag, den 20. Februar, bei Kleinert, Müllersstr. 7a, am Dienstag, den 21. Februar, im Louisenstädt. Clubhaus, Annonenstr. 16, am Donnerstag, den 23. Februar, bei Jahn, Gräfstr. 82, und am gleichen Tage im Moabit Clubhaus, Beusselstr. 9. - Anfang überall 8 1/2 Uhr Abends.

Mitgliedsbuch u. Deutsch-Metallarb.-B. a. d. Namen **Paul Des**, Kommandantenstr., verloren. Abzugeben **Kamenstr. 39.** [9735]

Aufholerung, reell, **Watrang 49R**, **Sophia 6**, **Wärfner, Landsbergerstr. 104**.
Dreirädriger Kinderwagen ist zu verli. bei **Wroh**, **Gräfstr. 33.** [8606]

Speisewirtschaft. Wegen Abreise nach Amerika für 400 M. m. Warenbestand verkauft. Näheres **Kaustoir**, **Holzmarktstr. 40, part.** [9668]

Kopfschmerzmittel zu verkaufen
U. Gronau u. Co., **Alexanderstr. 97.**

Krankheits- [8556]
halber Material-Vorlagengeschäft mit **Holle**, **Brennmaterial** verbunden ist. **Verkauflich**. **Wöh**, **Beißer**, **Poststr. 3a.**

Wäse, **Portogeschäft**, **Holle**, **400 R.** **Kaustoir**, **30** zu verkaufen. [9745]

Ruhbaum-Wirtschaft [8455] **verzugsholzer** billig zu verkaufen. **Frau Thiele**, **Kangestr. 10.**

Ein **fast neuer Kinderwagen** billig zu verli. **Kranz**, **Commercerstr. 12 II.**

Kanarienvogel v. **Näht**, **Mariannenstr. 19.** [9716]

Wach- u. Plätt-Anstalt.

in **Wohn- u. eig. Waschküche** **Laden** ev. auch **eig. Waschküche** **1. April** **Michaelstr. 28.**

Ein möbl. Zimmer, 2 Betten wird im **Ed.** ab. **Woh.** **Ed.** **Off.** **m. Preis** **u. E. H. Postamt** **Potsdamer Bahn.**

Arbeitsmarkt.

Achtung! Achtung!

Stockarbeiter!

In der Stadtfabrik von **Gebr. Noa**, **Dresdenerstraße 38**, haben **50 Cellulose-Arbeiter** wegen Differenzen die Arbeit eingestellt. **Zug** ferngehalten. **175/8**

Arbeiter!

Bei der Firma **Carl Lutz** (**Ablerhof**) haben sämtliche **Tischler** wegen Differenzen die Arbeit eingestellt. **76/20**
Zug ist ferngehalten.
Die Ortsverwaltung.

Klavier- und Geigenspieler ev. auch **andere** **Belegung** empfehlen sich zur **Ausführung** von **Tanz- und Unterhaltungsmusik**. **8509**

O. Niemeyer, strasse 34, III.

Rechtliche und **freibare** **Berater** in **Berlin** und den **Provinzen** für **Feuerversicherungen** **geleitet**. **Durch** **hohe** **Provision** und **Kostenfreiheit** **hoher** **Verdienst**. **44/4***
Offerten sub **J. V. 6935** **Rudolf** **Mosse**, **Berlin** **SW.**

Bedeutende

Bremer Cigarrenfabrik

gibt **gebildeten**, **soliden** **Personen** **Gelegenheit** zu **gutem** **Rechenverdienst**.
C. Asendorp, **Bremen**. [8428]

Linirer, **zuverlässige**, **auf** **Veis-** **zuger** **Wäsche**, **wollen** **sich** **melden** **bei** **Riesenthal**, **Zump & Comp.**, **Ge-** **schäfts** **Bücherfabrik**, **Holzmarktstr. 67.**

Geld **blieben** - **Beleger** **nach** **Ausland** **geschickt**. **Näheres** **Donnerstag** **Abend** **7-8** **Uhr** **bei** **Wassermann**, **Oranien-** **straße 179**, **Hof part.** [9656]

Jacken- Waschkleider-

arbeiter, **welche** **Posten** **liefern** **können**, **unter** **Vorlegung** **von** **Probe-Arbeit** **sofort** **verlangt** **bei** [9626]

Eigenberg & Hymann,

Verwaltungsstr. 19-20.
Porzellan **verlangt** [9638]
Wolf, **Waldstr. 14.**

Tüchtige **Koch** **u. Jaquet-** **Schneider**
finden **gute** **Beschäftigung**. **Probe-** **arbeit** **vorlegen**. **M. B. Rosenthal & Co.**, **Raiser** **Waldstr. 48.** [47/11]

Goldarbeiter **lehrling** **verlangt** [8578]
Grüner **Beg 66.**

Ramells **auf** **Sp. Fragen** **verlangt** **Kopist**, **Kranzstr. 33, v. 3 Tr.**

Ramells **auf** **Kassiere** **verlangt** **Kaustoir**, **Prinzenstr. 35.** [8045]

Ramells **auf** **Jadettis** **u. Hauje** **verlangt** **Wünschmann**, [8265]
Niederbörnerstraße 52.

Fantaisie-Federn. [47/4*]
Gebildete **Arbeiterinnen** **bei** **hohem** **Gehalt** **und** **honorerer** **Stellung** **ver-** **langt** **Wilhelm** **Freystadt**, **Kommandantenstr. 89/91, 2. Etage.**

Blumenfabrik.
Kreditorinnen, **Wanderinnen** u. **Ver-** **mählten** **finden** **sofort** **Beschäftigung** **bei** **Tramborg & Möbis**, [8145]
Abalderstraße 8.

Kraut **Vorarbeit**, **Lehrmädchen**, **verl.** **Schmidt**, **Kranzstr. 76.** [9756]

Stepperrinnen **auf** **Blusen** **enden**, **näht**, **u. Nixdorf**, **Bannierstr. 33a, I. r.**

Blusen-Arbeiterinnen **in** **u. außer** **dem** **Hause** **m. (of. u. Nixdorf)**, **Woystr. 90.**

Berufsjägerin u. Handnäherin **auf** **Anbau** **gehört** **verl.** [8569]
Sachs, **Landsberger-** **strasse 108.**

Tüchtige **Stepperrinnen** **auf** **Blusen** **enden** **verl.** **Nixdorf**, **Raiser** **Friedrich-** **straße 15, I. r. z.** [8585]

Arbeiterinnen **auf** **Unterricht** **verl.** **Schwan**, **Kranzstr. 83, u. III.** [9668]

Anton, **Bombardierstr. 56.**
Knabenjungen, [9075]
Rechenhofen **Arbeiterinnen** **verlangt** **Rollenstr. 12, 3 Tr. Rollenmarkt** **Niederlegung.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 15. Februar.
Opernhaus. Die weiße Dame. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schanztheater. Auf der Sonnenseite. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Hamlet. Anfang 7 1/2 Uhr.
Veitling. Im weißen Rösch. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Bild. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neubau. Der Schlafwagen. Kontrakt. Vorher: Zum Einfiedler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Volant. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die kleinen Mädchen. Hierauf: Die Engeldjäger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der Dornenweg. Anfang 8 Uhr.
Reichen. Fra Diavolo. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Schiddebold's Engel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Das Mädchen von Heilbronn. Anfang 8 Uhr.
Welle-Alliance. Der Rastplatz. Anfang 8 Uhr.
Chend. Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Kollidmädchens. Das Herz von Maryland. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Im Liebesrausch. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Johann Saffer (Schinderhannes), der Händerhauptmann am Rhein. Anfang 7 1/2 Uhr.
Mytho. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: „Das Land der Fjorde“. Operntelephon. Invalidenstraße 57/62. Täglich Abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.
Been. Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
 Donnerstag 8 Uhr:
 Zum ersten Male:
Der Dornenweg.
 Freitag 8 Uhr:
Der Dornenweg.
 Sonnabend 8 Uhr:
Othello.

Thalia-Theater.

Dresdenstr. 72/73.
Gastspiel Emil Thomas Schiddebold's Engel.
 Hofe mit Gesang in 4 Akten von W. Mannhardt. Musik von demselben. Koupé mit Alfred Bender. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Luisen-Theater

31. Reichenbergerstraße 31.
 Abends 8 Uhr:
Das Mädchen von Heilbronn.
 Großes historisches Ritterchauspiel in 5 Akten von Heinrich von Kleist. Freitag: **Al! Heil!** - Monsieur Gerfales. - Das Fest der Handwerker.
 Sonnabend Nachmittags 3 Uhr:
17. Schüler-Vorstellung zu besonders ermäßigten Preisen: **Das Mädchen von Heilbronn.**

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
 Heute Donnerstag: Zum 50. Male:
Die kleinen Mädchen.
 Operette in 3 Akten v. André Messager.
 Hierauf:
Die Engeldjäger.
 Tanspodus in 14 Bildern von G. Regel und J. Bayer.
 Freitag: Diefelbe Vorstellung.
 Sonnabend: Auf allgemeines Verlangen:
Vierter Metropol-Theater-Maskenball.
 (Letzter).
 Sonntag: „Die kleinen Mädchen“ und „Die Engeldjäger“.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.
 Abends um 8 1/2 Uhr
 Kolossaler Bekanntheit über die weltweite Gefangenschaft:
Berliner Konfektionseisen.
 August Ritzberg aus Kalau: Direktor Wilhelm Fröbel.
 Im Spezialitätenzelt:
 Noch nie dagewesener Erfolg!
 Follies-Truppe.
 Leo Ba. Theodoros. Roberty-Trio. Osadasan. Teo Plattl. Helene Voss. Marietta. Gustav Schmidt. Adols Zoth.
Lebende Photographien.
 Anfang 7 1/2. Sonntag 8 Uhr.
 Bildet-Born. Born u. 11-11 Uhr.

Urania

Taubenstraße 48/49.
 Im Theater:
Das Land der Fjorde.
 Im Hörsaal:
Dr. Spies: „Ueber Schallwellen“. (Experimentalphysik 5.)
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
 Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panoptikum.

Geschl. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
 Nur noch kurze Zeit:
40 Krieger des Mahdi.
 Im Theateraal von 6 Uhr ab:
Théâtre variéte.

Castan's Panoptikum.

Ital. Sänger- u. Tänzer-Gesellsch.
„Santa Lucia“.
 Die berühmten „lebenden Bilder“.
Neu! Dreyfus-Esterhazy.

Abend-Garl Weij-Theater.

Gr. Frankfurterstraße 132.
 Zum 55. Male:
Der Brandstifter
 Sensationelles Ausstattungsstück mit Gesang in 5 Akten (12 Bildern) von G. Dostoyewsky. Musik von S. Fall. Anfang 8 Uhr.
 Im Tunnel von 7 Uhr an Freikonzert.
 Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
 Motto: Immer halb und halb Herr Prinzipal.
 Morgen und folgende Tage: **Der Brandstifter.**
 Sonntag Nachmittags: **Vorbereitung und Bettelstab.**

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.
Die Puppe (La Poupée)
 Operette in 3 Akten mit einem Vorspiel von Ordonneau und Sturges. Musik von Ch. Audran.
 Morgen und folgende Tage: **Die Puppe (La Poupée).**
 Sonntag Nachmittags zu halben Preisen: **Die Flodermäuse.** - Vorbeil Walde aus Hamburg a. Ost.

Olympia Theater.

Karlstr. (Circus Renz) Karlstr.
 Heute u. folg. Tage 7 1/2 Uhr:
Sensations-Spezialitäten-Programm.
Strohschnöder.
 Halbe Preise.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.

Direktion: J. M. Hatt.
 Täglich: **Grosses Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung** mit reichem Programm.

Alcazar-Theater

Dresdenstr. 52/53. City-Passage.
 Direktion: Richard Winkler.
 Neu!
Markthalle VII
 oder:
Ein Kostümfest.
 Burleske von O. Victor-Roeder.
 Neu! Großer Erfolg! Neu!
Carl Jörgensen,
 der beste Wirtler der Zeit.
 Widmard vom Jungling bis zum Greise.
 Neu! Vorher: Neu!
Ich werde den Major einladen.
 Lustspiel von Labiche.
 Anfang: **Wochent. 7 1/2 Uhr.**
Freitag: 6 1/2 Uhr.
Entrée: Wochentags 50 Pf.
Sonntags 40 Pf.
 Vorzugsbillets haben Gültigkeit.

Circus Busch

Donnerstag, 16. Februar 1899:
Parade-Gala-Vorstellung.
 Zum 94. Male:
PERSIEN.
 Besonders hervorzuheben: Ritt über die hundert Fuss hohe Burgmauer. Debut des weltberühmten
POLO.
 Direktor Busch als Schlichter sowie mit seinen neuen Freizeitsportarten. Auftritten der vorzüglichen Klowns und Augenspiele der Gesellschaft mit ihren drohlichen Späßen.
 Morgen Freitag, 17. Februar, Abends 7 1/2 Uhr: **Persien.**

Seefische

Riesige Fänge unserer Dampfer ermöglichen uns
Cabliau per Pfd. 16 Pf., im Ausschnitt ca. 20 Pf., Schellfische per Pfd. 18-25 Pf.
 während dieser Woche in unseren hiesigen Verkaufsstellen abzugeben.
 Andere Fischarten - auch Steinbutt, Seezungen, Tarbutt, Scholle etc. - ebenfalls billig.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“.

Haupt-Filliale:
 Berlin O, 22, **Bahnhof Börse,**
 Bogen 9-10.
No. II. Charlottenburg,
 Wilmersdorferstrasse 10-11,
 am Wilhelmplatz.

No. III. Berlin NW.,
 Lüneburger Strasse, Ecke Paulstrasse,
 Stadtbahnbogen 389 (Zentrallager).
No. IV.
 Im Schlesischen Bahnhof,
 Madistr. 22.
No. VI. Prinzenstr. 30,
 zwischen Moritzplatz und Ritterstrasse.

Apollo-Theater.

Nur noch 3 Tage.
Dreizehnter Abend:
Madame Yvette Guilbert.
 Ferner:
16 allererste Spezialitäten.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Vorverkauf an der Theaterkasse von 10-11 Uhr u. beim „Künstlerdank“, Unter den Linden 89.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 49.
 Täglich:
Hoffmann's Quartett-Humoristen
 Heute Donnerstag:
 Guten Morgen Herr Fischer.
 Freitag:
 Ein Dienstmädchen von heute
 In Vorbereitung:
 Ein Theater-Diandal.

Quarg's Spezialitäten-Theater

Im Grand Hotel Alexanderplatz.
 Täglich:
 Hervorragende Kunstkräfte!
Horley-Trio
 Frieda Schwarz, Louis Höhn, Duo Lemence, Lozère.

Willy Walde,

Luca Waldmann, Prager.
Der Mann mit der Maske.
 Neue Bilderserie des Micrograph etc.
 Anfang 8 Uhr. - Sonntags 7 Uhr.

Mähr's Theater

Cranienstr. 24.
 Täglich:
Berliner im Hochland.
 Hofe mit Gesang in 2 Akten. Und das gesamte Personal.
 Sonntag 6 Uhr.
 Band haben Wochentags Gültigkeit.
 Freitag, 17. d. M.: Familienabend.
 Die Lieber des Musikanten.

Moabiter Gesellschaftshaus,

Alt-Moabit 80-81.
 Jeden Sonntag:
Ball.
 Anfang 4 Uhr.
 Jeden Mittwoch:
Hippel's Stettiner Gesellschaft.
 Anfang 8 Uhr.
 Passe-partouts haben Gültigkeit.
 C. Peters.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
 (Weibel, Bierro, Britton, Steidl, Arone, Mühl, Schneider und Schrader.)
 Neu!
Frauen-Emanzipation
 Burleske von Weysel.
 Anfang 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
 Vorverkauf 40 Pf.
 Nummeriert 75 Pf. bis 2 Mark.
 Tagesklasse von 11-1 Uhr.
 Jeden Freitag: Neues Programm.

W. Noack's Theater

Brunnenstr. 16.
 Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Große Extra-Theater-Vorstellung
Unsere Jungen
 oder:
 Da können Sie Schlichtmann schlecht Lebensbild mit Gesang in 4 Akten von O. Hirschel.
 Nach der Vorstellung:
Lanzentränzen.

Volksnahrung.

Der Ausstoss
 VON
Schultheiss' Bock
 hat begonnen.

Eigene Stallungen für 120 Kühe.
Vollmilch
 in plombierten Flaschen frei Haus 1 Liter 20 Pf.
Beste Kindermilch
 1 Liter 35 bzw. 50 Pf.
Schweizerhof
 BERLIN, Emdenerstr. 40/41. Telephon-Amt II, 2517.

Achtung!

Freie Kranken- und Sterbefälle für Anhänger des **Naturheilverfahrens.**
 Eing. Hilfskasse 115 (Roggeburg). Verwaltung Berlin Norden Nr. 9.
 Sonnabend, den 18. Februar, Abends 8 1/2 Uhr,
 in Schiller's Restaurant, Rosenthalerstr. 57 (Eing. im Hof)

Vortrag

des Herrn Dr. med. Weyl über: **Das Wasser als Heilmittel.** Diskussion.
 Die Mitglieder mit ihren Damen bitten wir, recht zahlreich zu erscheinen. Gäste willkommen.
 Die Ortsverwaltung.

D. Wurzel & Co.,

Wrangeistr. 17.
Große Mantelverkauf
 Schöner, weicher, eigener Fabrik. Spezialität: **Arbeiter-Veranstaltung:** Blau-Erdbeer-Jacke Nr. 1, 65, Reizend je Größe um 10 Pf. Blau-Erdbeer-Hosen in allen Längen, Nr. 1, 65. Arbeiterhemden, Blusen, Wasser-tittel und Monteurhemden.
D. Wurzel & Co.,
 1840* Wrangeistr. 17.
Großer Möbelverkauf
 Schöner, weicher, eigener Fabrik. Wegen Aufgabe meines Möbelfabrik-Speichers sollen viele Einrichtungen neuer sowie gebrauchter Möbel ganz billig verkauft werden. Einrichtung 95 bis 300, hochlegante 400 bis 4000 Mark. Gefasste Möbel kamen bis 5. April fest, werden durch eigene Gespanne in die Wohnung gebracht, auch nach außerhalb. Auch gebe ich an höhere Preise auf Theilzahlung.
Große Betten 12 M.
 (Stecher, Lieder, zwei Arten) mit gereinigten neuen Federn bei **Großhandlung, Berlin N., Pringelstraße 40.** Preisliste kostenlos. Viele Anerkennungs-schreiben.

Ein wahrer Segen für die Menschheit

Es ist doch sich die unternehmende Tuchfabrik zum Prinzip gemacht hat, ihre Fabrikate direkt an Jedermann abzugeben. - Durch den Bezug unserer Fabrikate können Sie direkt aus der Fabrik und entgegen dadurch vollständig dem Zwischenhandel.
 Auf unsere morgen in diesem Blatte beiliegenden Prospekte machen Sie heute ganz besonders aufmerksam.
Lehmann & Assmy, Spremberg, S.
 Einzige Tuchfabrik Deutschlands, die ihre Fabrikate direkt an Jedermann versendet.

Möbel auf Theilzahl. Oraniensstr. 131.

Konstante H. & M. Lewent. Brauten Zahl.-Beb. ohne Anzahl.
Luisenstädt. Klubhaus,
 16, Annenstr. 16,
 empfiehl seine Säle u. Vereinszimmer zu Festlichkeiten u. Versammlungen. - Sonnabend, der 11. März ist frei geworden, frei ist noch Sonnabend, der 25. März, 1. und 3. Osterfeiertag.
Die beste Cigarre
 kaufen Sie bei **Binnböse, Schillingstr. 36.**
Zähne 1,50 M. Reparaturen 2 Pf. Schmerzl. Zahngelb. 1 Pf.
 Blumen 1 Pf. u. E. Fahrman, Dantzig, Schwedterstr. 245 a. G. Rosenkranz-Allee.
Dr. med. Schaper,
 prakt. Homöopath. Arzt u. Spezialist f. Haut-, Horn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-8.
Schöneberger Ufer 25.
Homöopath. Poliklinik:
 Montag, Mittwoch, Sonnabend 7-8.
 Friedrichstraße 114, I. (829) L.